Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

Jg. 5, Nr. 18
5. Mai 1977

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 – Gedruckt in Plankstadt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21060 C

Neuer Großkredit an die Sowjetunion vermehrt den Sprengstoff der imperialistischen Konkurrenz

Letzte Woche haben die Westdeutsche Landesbank und die Dresdner Bank AG mit der sowjetischen Außenhandelsbank einen Kredit über 2,5 Milliarden DM abgeschlossen. Für das Geld kauft sich die Sowjetunion bei Krupp und der Friedrich Uhde Gmbh, einer Tochterfirma des Hoechst-Konzerns, zwei Chemiefaserwerke. So kommen die neuen Zaren zu Fabriken und zur Ausweitung ihres Produktionspotentials für die imperialistische Konkurrenzschlacht, die sie aus eigener Kraft nicht zustandebringen würden. Die westdeutschen Finanzbourgeois, deren Kapital in den Werken zur Ausbeutung sowjetischer Arbeiter angelegt wird, erwerben sich Stützpunkte im Lande der russischen Sozialimperialisten.

Per Ende 1975 gibt die Bundesregierung die Kredite westdeutscher Banken und Wirtschaftsunternehmen an „Staatshandelsländer" zusammen mit 18,9 Milliarden DM an. Der größte Teil ging in die UdSSR und es ist ganz unmöglich, daß diese Kredite zurückgezahlt werden. Die „Neue Zürcher Zeitung" formulierte Anfang April die Frage: „Besteht die Möglichkeit, daß der Ostblock versucht sein könnte, sich mit politischen Aktionen einer drückender werdenden Schuldenlast zu entledigen? Ist mit anderen Worten in den Finanzbeziehungen zwischen Ost und West politischer Sprengstoff enthalten?" Mit jedem neuen dieser Großkredite naht der Zeitpunkt rascher, da dieser Sprengstoff zur Explosion reif ist.

Mit jedem neuen dieser Großkredite naht der Zeitpunkt rascher, da dieser Sprengstoff zur Explosion reif ist.

Chimurenga, Zimbabwe!

Am 28. April feiert das Volk von Zimbabwe den Chimurenga-Tag, den Tag des bewaffneten Kampfes. Am 28. April 1966 nahm das Volk von Zimbabwe den zweiten Chimurenga gegen die imperialistische Beherrschung auf. Es stützte sich auf die Erfahrungen der Großväter, die den ersten Chimurenga 1896/97 gegen die britischen Imperialisten gekämpft hatten, damals aber deren Besetzung des Landes nicht verhindern konnten. Der zweite Chimurenga begann 1966 mit der Schlacht von Sinoia. 7 Befreiungskämpfer lieferten aus einer Stellung hinter einer Feldmauer der Polizei eine solche Schlacht, daß das Siedlerregime Infanterie und schließlich Hubschrauber einsetzte. Die Befreiungskämpfer schlugen auch sie zurück. Jagdbomber bombardierten schließlich das ganze Gebiet. Die 7 gefallenen Befreiungskämpfer hatten dem Feind Verluste von über 25 Toten zugefügt.

Das Volk von Zimbabwe kann am Chimurenga-Tag große Fortschritte des bewaffneten Kampfes gegen das Siedlerregime feiern. Robert Mugabe, Generalsekretär der ZANU, erklärte vor kurzem in Radio Maputo, daß das Aktionsgebiet der Befreiungskämpfer der Patriotischen Front auf 80 bis 90 Prozent des Landes ausgedehnt wurde. Je mehr das Smith-Regime die Unterdrückung der Massen verschärft, desto zahlreicher wird die Zahl derjenigen, gerade der Jugendlichen, die sich den Befreiungskämpfern anschließen. Vor zwei Wochen sind erneut 100 Schüler aus dem Grenzgebiet nach Sambia in ein Lager gekommen, um sich dort ausbilden zu lassen. Die revolutionären Jugendlichen in Westdeutschland machen große Anstrengungen, um die Beschaffung von Gewehren für die Jugend Zimbabwes durch eine Geldsammlung zu unterstützen und dafür die ganze Jugend des Volkes zu gewinnen.

Sinkender Zigarettenverbrauch

Der Zigarettenverbrauch werde in diesem Jahr um 7 Prozent zurückgehen, das erwartet die Zigarettenindustrie. „Steigendes Gesundheitsbewußtsein", wie die Sozialdemokraten behaupten? Folge der Erhöhung der Tabaksteuer zum 1. Januar 1977! Wir haben nachgerechnet:

1976 gab ein Durchschnittsraucher 979 DM für Zigaretten aus (gleich 8 513 Zigaretten). 70,3 % (gleich 688 DM) davon kassierte der bürgerliche Staat über die Tabaksteuer. Vorausgesetzt, der Zigarettenverbrauch bliebe 1977 gleich: Von den nunmehr 1 149 DM, die für die gleiche Anzahl Zigaretten bezahlt werden müßte, raffte der bürgerliche Staat 812 DM an Steuern, gleich 70,7 Prozent, an sich. Der Zigarettenverbrauch sinkt aber und zwar notwendigerweise: 14 DM mehr monatlich für Zigaretten, das kann sich kaum ein Lohnabhängiger leisten. Er sinkt um 7 Prozent. Für fast 600 Zigaretten weniger im Jahr muß ein durchschnittlicher Raucher dann immer noch 90 DM mehr als 1976 zahlen! Der bürgerliche Staat bringt das Kunststück fertig, bei sinkendem Verbrauch wachsende Steuerlasten den Volksmassen abzupressen: pro durchschnittlichem Raucher 756 DM im Jahr, 68 DM mehr als 76, insgesamt nach dieser Rechnung 10,298 Milliarden DM gegenüber 9,379 Milliarden DM 1976.

„Wir können den Entwicklungsländern alles bieten, was auch die Supermächte haben"

BRD-Imperialisten auf Reisen in aller Welt

Mitte Mai wird Außenminister Genscher nach Zaire fliegen, um ein Kapitalhilfeabkommen zu unterzeichnen. Das „Verständnis" der BRD-Imperialisten für die Intervention der französischen Imperialisten in Zaire findet so seine materielle Grundlage. Zuvor hatten die BRD-Imperialisten schon „humanitäre Hilfe" verabreicht. Waren im Wert von 5 Millionen DM sollen gebracht worden sein. Ein Soldat aus dem Fliegerhorst Penzing bei Landsberg berichtet der KVZ: „Am 25.4.77 ist im Fliegerhorst Penzing bei Landsberg Alarmbereitschaft ausgerufen worden. Konkret heißt das für uns Soldaten, sofort die gesamte Ausrüstung verpacken und sich nur noch mit dem Gewehr und Stahlhelm in der Kaserne bewegen. Am Abend wird die Lage bekannt gegeben: ‚Verschärfte politische Spannungen. Ein Teil des Geschwaders sichert den Flugplatz, indem es sich in der umliegenden Gegend verteilt. Einige Maschinen werden nach Tripolis und Marokko fliegen. Ab so-

es sich in der umliegenden Gegend verteilt. Einige Maschinen werden nach Tripolis und Marokko fliegen. Ab so-

fort ist es verboten, sich in Zivilkleidern zu bewegen und Geld mit sich herumzutragen.' Damit sollen im Ernstfall Desertationen verhindert werden. Uns wurde gesagt, es handele sich nur um eine Übung. Die Flugzeuge seien nicht bis Tripolis geflogen, sondern hatten vorher abgedreht. Tatsächlich aber fliegen öfters Flugzeuge nach Afrika. Sie werden von uns mit Kisten beladen, von denen wir nicht wissen, was sie enthalten. Sie werden von außerhalb des Standortes antransportiert."

Immer heftiger entwickeln sich die Aktivitäten der Imperialisten bei ihrem Kampf um die Aufteilung und Neuaufteilung der Welt. Der Kapitalexport ist für imperialistische Staaten bestimmend. Kapitalexport und seine Sicherung verlangen zum einen die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse im eigenen Land, zum anderen, daß politischer und militärischer Druck ausgeübt werden kann auf die Länder, in die Kapital exportiert wird. Zu diesem Zweck baut der BRD-Imperialismus seine Fregatten, zu diesem Zweck baut er seine Luftflotte aus und läßt sie üben, zu diesem Zweck wird humanitäre Hilfe verabreicht und zu diesem Zweck wird auch die fieberhafte Reisetätigkeit der BRD-Politiker durchgeführt.

Grad hat Minister Genscher 10 Tage Südostasien besucht, Anfang Juni fliegt er nach Mexiko, danach nach Moskau, geplant ist weiterhin eine Reise nach Ostafrika und Ostasien. Man hat den Eindruck, daß gegenwärtig der Fieberstand bei den BRD-Imperialisten am höchsten ist. Es ist das alte Kreuz des deutschen Imperialismus, daß er immer zu spät dran ist bei der Neuaufteilung der Welt und er dann jagen muß, um Schritt zu halten mit den imperialistischen Konkurrenten. Das macht den deutschen Imperialismus auch so aggressiv und gefährlich.

Konzentriert sich der Kampf der Imperialisten um die Beherrschung der Welt auch auf Europa und seine Produktivkräfte, so ist dennoch dafür die jeweilige Rolle im Welthandel, die Reserven an Rohstoffen, Kapitalanlagesphären und Warenexporten entscheidend für das Kräfteverhältnis der Imperialisten untereinander in diesem Konkurrenzkampf. So stoßen die Imperialisten ständig aufeinander. Die Rivalität und Konkurrenz wächst, weil durch den Kampf der Völker der Dritten Welt im Bündnis mit den sozialistischen Staaten der Weltmarkt eng wird für die Imperialisten und die Profitjägerei eingeschränkt ist.

„Wir können den Entwicklungsländern alles bieten, was auch die Supermächte haben" (Süddeutsche Zeitung) – unter dieser Linie hat der BRD-Außenminister Indien, Sri Lanka, Indonesien, Singapur und auf dem Rückweg Bahrain am Golf von Oman bereist. Mit ihm sind dreißig Vertreter des westdeutschen Finanzkapitals geflogen, die vorher festgestellt hatten, daß „Südostasien jahrelang von der deutschen Außenpolitik vernachlässigt" worden ist.

Alles bieten, was eine Supermacht hat, will also der BRD-Imperialismus. Das heißt nichts anderes, als daß er gerne so werden möchte wie die Supermächte USA und die Sowjetunion. Dazu reicht es gegenwärtig nicht, deshalb wenden die BRD-Imperialisten eine Politik an, die sie selbst als „politisch unverdächtigen Partner" bezeichnen. Dazu schreibt „Die Welt": „Zwei Faktoren schlagen zu Buch, seine koloniale Unschuld, die einzigen überseeischen Besitztümer des deutschen Volkes gehören einer fernen und in der Erinnerung besonnten Vergangenheit an, und sein Status als Nichtsupermacht."

Diese Taktik hat nichts anderes zum Ziel, als unter der Flagge der Nichtko-

(Fortsetzung Seite 2)



In 95 Städten nahmen rund 170 000 Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte, Schüler und Studenten an den Maidemonstrationen und Maikundgebungen des DGB teil. Unser Bild zeigt die Maikundgebung in München. Berichte und Kommentare zum 1. Mai Seite 2, 12, 15 und 16.

In den Gewerkschaften wird das Rentenprogramm der Regierung bekämpft

„Die Probleme der Rentner sind weitgehend gelöst", hat Kanzler Schmidt auf der DGB-Maikundgebung in Köln frech behauptet. „Die Probleme der Rentner" – das ist für die Finanzbourgeoisie die Sorge, daß sie nicht mehr genügend Risikokapital aus den Versicherungskassen und besonders der Rentenversicherung der Arbeiterklasse rauben kann, weil durch die scharfe Ausbeutung in der kapitalistischen Produktion die Arbeitskraft immer rascher verschleißt und immer mehr Arbeiter schon vor dem Rentenalter aus den kapitalistischen Produktionsprozeß geworfen werden und das Heer der verbrauchten Arbeiter vergrößern. Der „Rentenberg" drückt auf die Kassen der Rentenversicherungen, die nicht mehr als Kapitalquellen sprudeln.

„Die Probleme der Rentner" – das ist für die Arbeiterklasse und die Volksmassen der Kampf für eine Rente, die zum Leben reicht, für die Bezahlung der Versicherungskosten durch die Kapitalisten und für die Selbstverwaltung der Rentenkassen, die in den Händen der Finanzbourgeoisie Druckmittel gegen die Arbeiterklasse sind.

Die Interessen der beiden Klassen sind vollständig entgegengesetzt. Deshalb hat Kanzler Schmidt, als Rentenbetrüger verhaßt, für seine Worte Empörung und Pfiffe auf der Maikundgebung geerntet.

In der letzten Woche hat der sozialpolitische Bundestagsausschuß getagt. Er hat „Beschlüsse zur Sanierung der Renten und zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen" gefaßt auf der Grundlage des Regierungsprogramms. Deshalb spricht Schmidt von „weitgehender Lösung des Rentnerproblems". Der Inhalt der Beschlüsse ist unter anderem: Senkung der Renten durch Verschiebung der Anpassung der Renten an die Lohnentwicklung, durch Erhöhung der Renten künftig entsprechend der Nettolohnentwicklung statt der Bruttolohnentwicklung, aus den elend niedrigen Renten soll künftig auch noch Krankenschein- und Rezeptgebühren aufgebracht werden und teilweise Beiträge zur Krankenversicherung gezahlt werden, was den Gesundheitszustand der Rentner und ihre Lebenserwartung sicher verschlechtert. Schließlich sind auch die Bedingungen für Erholungsaufenthalte noch verschärft worden.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet über die Beschlüsse des Ausschusses: „In anderen Fragen gab es eine wesentliche Verschärfung der Gesetzentwürfe (der Regierung, Red.). Dies trifft vor allem die freiwillig und die privat Versicherten in der Krankenversicherung sowie die freiwillig Versicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Änderungen werden mit der Forderung nach mehr Beitragsgerechtigkeit und den Abbau der Privilegien begründet." Unter diesen Tönen werden vor allem Angestellte geplündert, die bislang etwas weniger als die Masse der Arbeiter und Angestellten in den Fängen der staatlichen Plünderung des Lohns hängen geblieben sind.

Auch dies wird dazu beitragen, daß das billige Kapital aus der Sozialversicherung wieder sprudelt. Und daß auf der Gegenseite die Verelendung und Unterdrückung der Arbeiterklasse weiter vorangetrieben wird.

Dabei sind die bestehenden Gesetze und Verordnungen schon scharfe Waffen der Finanzbourgeoisie.

Sie hat sich Gesetze geschaffen, daß die Lohnarbeiter die Zeiten, die sie unter der direkten Knute der Finanzbourgeoisie in den Arbeitsdienst oder die imperialistische Armee gepreßt waren, nicht auf die Renten angerechnet bekommen, d.h. die Renten niedriger ausfällt. In der Versicherungsunterlagenverordnung (VUVO) ist die Anerkennung von Versicherungsbeiträgen geregelt, die nicht in der BRD oder deren imperialistischen Vorgängern geleistet worden sind. Die Arbeiter, die früher in der Tschechoslowakei gelebt haben, müssen die gesonderte Anerkennung dieser Zeiten für die Rente beantragen. Der „Versicherungsträger" nimmt dann eine „Beweiswürdigung" vor, und dann passiert es oft, daß der Arbeiter in der Tschechoslowakei Beiträge gezahlt hat, die ihn dort zum Rentenbezug berechtigt, die aber nach dem westdeutschen Sozialversicherungssystem nicht anerkannt werden.

In Verträgen hat sich die westdeutsche Finanzbourgeoisie den direkten Raub der von den ausländischen Arbeitern gezahlten Versicherungsbeiträge gesichert. Sie werden meist weniger als fünf Jahre in Westdeutschland von den Kapitalisten ausgebeutet und haben damit keinen Rentenanspruch. Sie zahlen aber trotzdem Beiträge zur Rentenversicherung, die ihnen bei der Rückkehr in die Heimatländer nicht ausgezahlt werden, sondern direkt von der Finanzbourgeoisie einbehalten werden.

Die Sozialdemokratie in der Regierung hat die Rentenversicherung mit

(Fortsetzung Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

„Wir können den Entwicklungsländern alles bieten ...

lonialmacht zurückzukehren zur Blüte alter Eroberungen. Die Genscher-Reise ist dazu Kettenglied und er bewegt sich dabei auf historischen Pfaden. Zugleich entspricht dieser Pfad den aktuellen weiteren Zielen des BRD-Finanzkapitals. Historische Pfade, weil bei Indonesien eine ganze Inselgruppe nach dem Reichsgründer Bismarck benannt ist und ehemaliges deutsches Kolonialgebiet war, aktuell, zeigt folgende Erklärung einer Fachtagung der Deutschen Bank: „Auf einer Pressekonferenz wurde von Vorstandsmitgliedern die Bedeutung des Pazifischen Beckens herausgestellt. Das ingesamt 220 Millionen Quadratkilometer umfassende Gebiet wird durch die westlichen Landesteile der

Genschers Reisestationen

	Warenhandel 1976 Einfuhr in BRD (Mio DM)	Ausfuhr aus BRD (Mio DM)	Westd. Kapitalexp bis 6/76 (Mio DM)
Indien 20.-22.4.77	750,099	921,455	178,6
Sri Lanka 23.-25.4.77	58,462	63,193	2,4
Indonesien 25.-28.4.77	534,699	1 198,333	83,9
Singapur 28.-29.4.77	479,407	645,784	143,2
Bahrain 29.4.77	29,775	156,021	

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Außenhandel 6, Runderlaß des Bundesministers für Wirtschaft, Vermögensanlagen Gebietsansässiger in fremden Wirtschaftsgebieten

USA und Kanada, Japan, der übrigen ost- und südostasiatischen Staaten sowie Australien/Neuseeland repräsentiert. Im Pazifischen Becken werden fast die Hälfte des Sozialprodukts der Welt erstellt und ein Drittel aller Importe in Auftrag gegeben. Annähernd 40 % der Weltbevölkerung leben in diesem Raum, der zu rund vier Fünfteln vom Pazifischen Ozean ausgefüllt wird. Die Deutsche Bank betrachtet das Pazifische Becken mit seinem Rohstoffreichtum und seinen bedeutenden Finanzzentren Hongkong, Singapur und auch Tokio als die Region mit dem größten Wachstumspotential." (Geschäftsbericht 1976)

Der Sprung des BRD-Imperialismus in das arg „vernachlässigte Südostasien" ist so Konsequenz aus dieser Einschätzung. Genschers Reise hatte den direkten Zweck, den Kapitalexport zu intensivieren in diesem Gebiet. In Indien bedauerte Genscher, daß „die Privatinvestitionen keinen Anteil an der sonst erfreulichen dynamischen Entwicklung der deutsch-indischen Wirtschaftsbeziehungen gehabt hätten. Zwar sei Indien mit Abstand der wichtigste Partner der BRD in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, und auch seien die größten und leistungsfähigsten deutschen Unternehmen in Indien engagiert, doch stellten die Direktinvestitionen mit 178 Millionen DM nur einen Bruchteil der potentiellen Möglichkeiten auf diesem Gebiet dar." (Handelsblatt)

Gegründet wurde in Indien eine „Deutsch-Indische Kommission zur Förderung der technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit und privater deutscher Investitionen." Einsteigen will der BRD-Imperialismus auch in diesem Gebiet in das Atomkraftwerksgeschäft, genau wie in Brasilien. „Ich könnte mir vorstellen, daß in unseren Bemühungen die wirtschaftlichen und technischen Kontakte auszubauen, dieser Punkt eine wichtige Rolle spielen könnte" (Genscher). In Madras wurde Genscher dann noch die Ehrendoktorwürde gegeben. In „einem weißen Talar (...), der eigentlich bis zu den Schuhspitzen reichen sollte, indessen schon in Kniehöhe endete, so daß die grauen Hosenbeine etwas kraß hervorstechen", schritt er unter Beifall seiner Begleitung auf die Bühne.



Die Brücke, die sich die BRD-Imperialisten geschaffen haben für diesen Sprung nach Südostasien, ist der Nahe Osten. Im Windschatten der Supermacht USA und in Konkurrenz zu ihr haben die BRD-Imperialisten sich Schritt für Schritt durch Direktinvestitionen und Warenexport an den Golf von Oman gekauft. So ist auch Genscher auf seinem Rückflug in Bahrein zwischengelandet.

Die Absichten, die die BRD-Imperialisten des weiteren mit dieser Reise verbanden, ist die Front der Staaten der Dritten Welt aufzubrechen, dabei treten sie auch als Sprecher der EG auf. Die Reise könne auch „politisch genutzt werden", schreibt „Die Welt". „Zwar pflegen sich die Entwicklungsländer im bilateralen Verkehr mit Bonn wesentlich kooperativer zu verhalten als in Abstimmungen in der UNO, wo sie sich oft der Blockdisziplin beugen. Doch gerade deswegen ist es notwendig, ihnen im persönlichen Kontakt geduldig und nachdrücklich die Beweggründe der Bonner Politik, beispielsweise im Nord-Süd-Dialog, darzulegen und sich um eine Lockerung kollektiver Verhaltensweisen zu bemühen." Ausbeutung, Unterdrükkung und Spaltung hat der BRD-Imperialismus den Ländern der Dritten Welt anzubieten, sonst nichts.

(Fortsetzung von Seite 1)

In den Gewerkschaften wird das Rentenprogramm ...

allen Feinheiten zum Fangnetz zum Raub von Lohnbestandteilen ausgebaut. Über ihre Fraktion in der Gewerkschaften hat sie den Kampf der Arbeiter dagegen unterdrückt und den Widerstand abgestumpft. Die gegenwärtige „Rentenreform" im Auftrag der Finanzbourgeoisie wird von der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften aktiv unterstützt. Janzen vom IG Metall-Hauptvorstand hatte geschrieben: „Wir sind immer noch bereit, wenn die Bundesregierung ihrerseits den Willen zeigt, mit uns gemeinsam eine Konzeption zu entwickeln, die das Dilemma der Renten- und Krankenversicherung tatsächlich ... langfristig beseitigt. Das gilt auch dann, wenn die Eingriffe schmerzlich und unpopulär sind." Damit hat er zu Anfang des Jahres grünes Licht für den verschärften Raub von Lohnbestandteilen und die Plünderung der Versicherungskassen gegeben.

Am 1.Mai haben die Arbeiter an vielen Orten Forderungen gegen die Rentenreform der Bundesregierung, für die Bezahlung der Versicherungsbeiträge durch die Kapitalisten und für die Selbstverwaltung der Versicherungskassen durch die Versicherten erhoben. In Hamburg hat der Vertrauenskörper der Montblanc-Werke unter anderem folgende Forderung als Anträge an den IG Metall-Gewerkschaftstag gerichtet: Gleichzeitige und einheitliche Erhöhung der Renten mit den Löhnen! Mindestrente in Höhe von 75 % des Facharbeiterlohns! und hat sich gegen die Rentenreform der Bundesregierung ausgesprochen.

In vielen Betrieben führen die Beschäftigten gegenwärtig Lohnzettelversammlungen durch. Dabei werden unvermeidlich die großen Abzüge für die Renten- und Krankenversicherung zur Sprache kommen und wird die Grundlage geschaffen, den Kampf für die Bezahlung der Renten durch die Kapitalisten und die Selbstverwaltung der Versicherungen zum Bestandteil einer einheitlichen Front gegen die absolute Verelendung, staatliche Ausplünderung und Unterdrückung zu machen.

„Postenwechsel"

„Die Rentenversicherung und die Krankenversicherung sind die heikelsten Gebiete der Sozialpolitik", ist man sich im Lager der Bourgeoisie einig. Die „Schwierigkeiten" in der Sozialpolitik sind die bürgerlichen Kräfte aber gewohnt, denn mit den Auseinandersetzungen mit dem § 218 noch vor den Manövern um die Renten- und Krankenversicherungen haben sie bereits die Erfahrungen gemacht.

Ein straffer Zügel muß im Arbeitsministerium geführt werden. Das waren die Gründe vom Ausscheiden des Arndt vom Posten des Arbeitsministers. Die straffen Zügel des Ehrenberg haben aber bereits Federn lassen müssen. Die Unruhe vor allem in den Gewerkschaftskreisen und in der linken Sozialdemokratie wird größer.

In der Arbeiterklasse haben die bürgerlichen Politiker keine Anerkennung, Widerstand organisiert sich um die Renten- und Krankenversicherungsfragen Die „Schwierigkeiten" in der Durchsetzung des Regierungsprogramms in der sogenannten „Sozialpolitik" müssen beseitigt werden, bespricht Ehrenberg zusammen mit Schmidt abends beim Glas Sekt.

„Anke Fuchs" ist die Lösung. „Die Arbeit an der Basis der Gewerkschaften in früheren Jahren hat ihr praktische Erfahrungen in der Sozialpolitik eingebracht." All dies weiß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" zu berichten.

Die Kapitalisten können sich auf Frau Fuchs stützen. Mit der Linie des Chauvinismus und der Spaltung konnte sie sich auf sie in der Auseinandersetzung um den § 218 wesentlich stützen.

Damals stellte Anke Fuchs in Metall fest: „Der § 218 ist seit jeher ein Klassenparagraf." Sie trieb den Widerstand in den Gewerkschaften gegen den § 218 Stück für Stück auf die Fristenlösung zu, mit Argumenten der Arbeiterklasse, die sie für sich auslegte. Mit dieser Politikerin hat sich die Bourgeoisie nicht irgendeine „linke Frau" ins Ministerium genommen, sondern „eine gut ausgebildete Politikerin. Sie stammt aus der Bürgermeisterfamilie Nevermann aus Hamburg." Den Verrat an der Arbeiterklasse hat sie schon mit der Flasche eingeflöst bekommen. „Sie ist Juristin mit beiden Examen." Also eine „Vollblutpolitikerin" ist sie von „Kindesbeinen" an. War es die Linie der Finanzbourgeoisie, ihre Regierungsmannschaft straffer auszurichten, kann man doch auf die Gewerkschaftler in den Ministerien nicht verzichten. Entweder sie werden auf harte Linie gestutzt, wie Leber und Matthöfer, oder ausscheiden ist dem Bundeskanzler lieber. Dafür werden sie in der zweiten Linie aufgestellt, um die Ge-
Bundeskanzler lieber. Dafür werden sie in der zweiten Linie aufgestellt, um die Ge-
werkschaften nicht von der Verfilzung der Bundesregierung abzuschneiden. Dafür brauchen sie aber willfähige Betrüger. Dies hat Anke Fuchs bisher gut in den Gewerkschaften organisiert. Wer nicht mehr Mitglied in der IG Metall ist, und das sind doch einige wegen Gewerkschaftsausschlüssen nach den Unvereinbarkeitsbeschlüssen, der kennt die Unterschrift von Frau Fuchs.

Bei dem Postenwechsel „strahlen die Augen der Hanseatin: Gerade darum freue ich mich auf den Wechsel nach Bonn."

Damit hat die Bourgeoisie zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Die scharfen Auseinandersetzungen, die um die Versicherungen der Arbeiterklasse noch bevorstehen, sind mit den Erfahrungen der Anke Fuchs in der Verhinderung des Kampfes gegen den § 218 im Ministerium des Arbeitsministers gut vertreten.

Gleichzeitig wird ein neuer Gewerkschaftsmann zur Regierung gruppiert, die Bestechung der Organisation der Arbeiterklasse gelingt weiterhin, und die Zusammenarbeit der Sozialdemokraten in Gewerkschaft und Regierung wird gefördert.

Diese Taktik ist aber schon entdeckt. Ob sie tatsächlich unschädlich gemacht wird, das wird sich im weiteren Kampf der Arbeiterklasse gegen die Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat zeigen. Möglich ist das.

300 000 auf 1. Mai-Demonstration in der Türkei

Bewaffnete Provokation gegen die Kundgebung

300 000 Arbeiter haben in Istanbul an einer Kundgebung zum 1. Mai teilgenommen. Seit Jahren führen die Arbeiter in der Türkei einen heldenhaften Kampf für Unabhängigkeit und Volksdemokratie und gegen die imperialistische Herrschaft in der Türkei. Dieser Kampf findet statt gegen die imperialistische Ausbeutung und die reaktionären Umtriebe der türkischen Kompradoren und Großgrundbesitzer, die das Land an den Imperialismus verkaufen. Um die Vorbereitung der 1. Mai-Kundgebung in Istanbul hat es Kampf gegeben zwischen den Revolutionären in der Arbeiterklasse und den Revisionisten, die auch den Gewerkschaftsverband DISK beherrschen. Die Reaktionäre haben darauf gesetzt, daß sich die Arbeiterschaft darüber so zersplittert, daß die Kundgebung in Chaos und Straßenschlachten endet. Das ist verhindert worden. Daraufhin haben reaktionäre Trupps die Massen mit Gewehren beschossen und mindestens 34 getötet. Dieser Angriff ist ein Angriff auf das ganze türkische Volk und seinen Kampf gegen Imperialismus und Reaktion, für Volksdemokratie und Unabhängigkeit. Es wird die Umtriebe zerschlagen. Die Auseinandersetzungen in Istanbul bilden den Auftakt zu gewaltigen Klassenschlachten in der Türkei, wo jetzt Wahlen bevorstehen. Im folgenden drucken wir Auszüge einer Pressekonferenz, die türkische Revolutionäre in Köln anläßlich der Ereignisse in Istanbul gegeben haben:



Auf den Taxim-Platz strömten auch die revolutionären Arbeiter, mehr als 10 000. Durch die Erfahrungen des vergangenen Jahres belehrt, wo einzelne Trupps immer wieder in Auseinandersetzungen mit den Revisionisten gerieten, und angesichts der gespannten Lage, achteten die Revolutionäre auf hohe Disziplin und zogen in Kolonnen auf 3 bis 4 Wegen auf den Platz! Die proletarischen Revolutionäre gehen diszipliniert auf den Platz, die Revisionisten wagen keinen Angriff. Während der Veranstaltung sind die Parolen „Weder Amerika noch Rußland – eine demokratische unabhängige Türkei!" präsent, aber keine Zwischenfälle bis zum Ende der Kundgebung.

Am Ende wollen die Revisionisten eine Gedenkminute für Ibrahim Güzelce abhalten, der vor einem Jahr starb. In diesem Augenblick fallen von den Dächern und Fenstern des Hotels Intercontinental Schüsse auf die Menge. Gleich darauf folgen Schüsse aus Wohnungen und Geschäftsgebäuden der Großbourgeoisie, ebenfalls am Rande des Platzes gelegen. Menschen werden ohnmächtig, Verletzte stürzen zu Boden, eine Panik bricht aus.

Während dieser Panik sind Auseinandersetzungen mit Stöcken und Steinen zwischen den Organisationen schon möglich, da jeder vermutet, der andere habe geschossen. Während die Schüsse fallen, greift die Polizei nicht ein. Als die Menge in Bewegung gerät, fahren sie mit Panzern direkt darauf los. Statt wie gewöhnlich gefärbtes Wasser einzusetzen, wird direkt in die Menschenmenge geschossen, auf die die Panzer zurollen. Ein Bild zeigt einen Panzer, der gerade eine Frau überfährt. Mindestens zwei Frauen sind auf diese Weise ums Leben gekommen.

Ist es möglich, daß aus der Demonstration heraus geschossen wurde? Es wurden 38er Kaliber und weittragende Gewehre verwendet, die man nicht so einfach mitschleppen kann. Wenn es sich um einen Kampf zwischen Revisionisten und Revolutionären gehandelt hätte, wären Revolver verwendet worden.

Die Genossen haben auch mit den Revisionisten gesprochen. Die haben selber gesagt, es ist unmöglich, solche Gewehre in die Demonstration mitzunehmen, es handelt sich um eine Polizeiprovokation.

Das Ergebnis: das türkische Radio spricht von 34 Toten und 200 Verletzten. BBC und Zeitungen von über 40 Toten und 200 Schwerverletzten, über Tausend Verletzten. Das Radio hat erst abends gemeldet, Sicherheitskräfte hätten Ordnung geschaffen, ein längerer Kampf ist möglich. Jetzt demonstrieren Zehntausende, wollen ihre Toten, drücken ihre Trauer und Empörung aus. Wichtigste Ergebnisse:

a) Die Türkei hat vier Armeen, die 1. Armee, in Istanbul stationiert, ist in Alarmzustand.

b) Das Kabinett diskutiert den Ausnahmezustand.

c) Demirel hat eine Nachrichtensperre über das hinaus, was verlautet ist, verhängt. Heute war es unmöglich, ein Gespräch in die Türkei vermittelt zu bekommen.

Absicht der Bourgeoisie dabei? Es war ein Angriff, in die Volksmassen hinein, um durch Spaltung die Bewegung zu unterdrücken.

Die Widersprüche in den Organisationen und zwischen den Organisationen sollen geschürt werden. Darauf zielte die ideologische Vorbereitung. Gesetzt hatten die Faschisten auf offene Feindseligkeiten. Als diese nicht ausbrachen, mußten sie selber provozieren.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Kommitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 19, Telefon 0611 / 730236 – Gedruckt in Plankstadt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3 406, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 15, 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 18/ 1977: 32 000

Die neuen Zaren und das „schwarze Gold" im Nahen Osten

Eine Studie des US-Geheimdienstes CIA (auf die der amerikanische Präsident Carter sich bei seiner Kriegsrede über das Energieersparnisprogramm bezogen hat) hat festgestellt, daß sich die Konkurrenz zwischen den Großmächten um die natürlichen Energieressourcen der Erde, besonders aber die Erdölvorkommen, im Laufe der 80er Jahre sprunghaft verschärfen werde und insbesondere die Sowjetunion – gegenwärtig einer der größten Rohölexporteure – sich ebenso wie die USA zu einem großen Importeur von Erdöl entwickeln werde, so daß eine Auseinandersetzung zwischen beiden Supermächten um den Nahen Osten wahrscheinlich sei. Vieles spricht dafür, daß die Einschätzung des CIA zutrifft.

Dabei scheinen die Tatsachen zunächst eine andere Sprache zu sprechen. Seit dem Jahr 1976 ist die Sowjetunion selbst der größte Erdölproduzent der Welt, ebenso der größte Produzent von Steinkohle. Sie verfügt über die größten bekannten Erdgasvorkommen der Erde und steigert die Gewinnung in geometrischer Progression. Die Produktion von Erdöl soll nach dem laufenden Fünfjahresplan bis 1980 um weitere 130-150 Mio. Tonnen auf 620 – 640 Mio Tonnen gesteigert werden. Davon soll ein großer Teil in die weitere Steigerung der Exporte (gegenwärtig ca. 130 Mio t) gehen. Der Zuwachs an eigener Energie soll vor allem durch das forcierte Kernenergieprogramm erzielt werden. Allein 1977 soll das Kernkraftpotential der Sowjetunion um 50 % gesteigert werden (vgl. „Das Kernenergieprogramm der Sozialimperialisten", in KVZ 11/77)

Mitte Februar aber kam die „Prawda", das Zentralorgan der sowjetischen Revisionisten, mit einem Leitartikel heraus, in dem „der Kampf um die Einsparung der energetischen Ressourcen" als „die wichtigste Bedingung für die Entwicklung der Volkswirtschaft" bezeichnet wurde. Und vor wenigen Tagen erst wurde in einer Erklärung der TASS (als indirekte Antwort auf das Energieprogramm Carters) mitgeteilt, daß auch in der Sowjetunion angeblich „die vorhandenen Brennstoffreserven nicht länger den ständig steigenden Energieansprüchen der Wirtschaft gerecht" würden.

Tatsächlich entwickeln sich in der Sowjetunion unter der restaurierten Diktatur der Bourgeoisie die Umrisse einer „Energiekrise", ähnlich der in den USA. Dabei verfügt die UdSSR über noch reichere Naturressourcen zur Energieerzeugung als ihr Rivale. Hier wie dort handelt es sich denn auch keineswegs um einen absoluten Energiemangel, sondern um Erscheinungen, die sich einzig und allein aus der kapitalistischen Produktionsweise ergeben.

Mit der Machtergreifung der neuen Bourgeoisie ist an die Stelle der planvollen Entwicklung der Produktion und Nutzung der natürlichen Ressourcen durch die Arbeiterklasse die rücksichtslose Jagd nach Höchstprofit getreten. Der staatliche Plan ist heute eine bloße Hülle, innerhalb deren die Monopole und Monopolgruppen im Wettstreit um die effektivsten Methoden der Ausbeutung der Arbeiter liegen, sich um Marktanteile balgen und bestrebt sind, sich einen möglichst großen Anteil an der Beute, dem von der Arbeiterklasse produzierten Mehrwert, zu sichern. Die Maschinerie ist hier nicht das Arbeitsmittel der vereinten Produzenten, sondern ein Kriegsmittel der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse mit dem Ziel, einen Teil der in einem Zweig der gesellschaftlichen Produktion Beschäftigten zu ersetzen, während die anderen um so intensiver ausgebeutet werden. So ist in der Sowjetunion – wie sorgfältig auch in der offiziellen Statistik unter Titeln wie „Arbeitsplatzwechsel" etc. wegretuschiert – eine große Massenarbeitslosigkeit entstanden, die trotz der auf Pump betriebenen Kriegsproduktion der neuen Zaren in den nächsten Jahren sprunghaft zunehmen und zu Tage treten muß.

Diese fortschreitende Ersetzung lebendiger Arbeitskraft durch Maschinerie, bei Intensivierung der Ausbeutung der verbleibenden Arbeiter, die zu Schichtarbeit rund um die Uhr und zur beschleunigten Arbeit mit der Maschine als Antreibemittel gezwungen werden, muß sich ausdrücken in einem sprunghaft wachsenden Verbrauch von Energie, besonders von elektrischem Strom. Seit 1970 haben die Staaten des RGW, in allererster Linie die Sowjetunion, ihre Stromerzeugung um die enorme Menge von 500 Mrd. kWh gesteigert, fast das Dreifache dessen, was die Staaten der EG in diesem Zeitraum mehr produziert haben (180 Mrd. kWh).

Der weitere Zuwachs an energetischen Rohstoffen kann jedoch in der Sowjetunion selbst im wesentlichen nur noch aus den sibirischen Landesteilen gewonnen werden. Um die Öl- und Erdgasfelder Sibiriens in größerem Umfang zu erschließen, sind unter den Verhältnissen des restaurierten Kapitalismus gewaltige Kapitalinvestitionen notwendig. Wo es für die Arbeiterklasse, wenn sie die Macht ausübt, in diesem Kampf mit der Natur keine andere Schranke als ihre revolutionäre Entschlossenheit und den tatsächlichen gesellschaftlichen Bedarf und Nutzen gibt – so wie die chinesischen Arbeiterklasse sich in den eisigen Weiten des Nordens das Ölfeld von Datjing erschlossen und in harter, kollektiver Arbeit und im Kampf gegen das Geschrei der Revisionisten von der mangelnden „Rentabilität" aufgebaut hat – da liegt den neuen Bourgeois der Sowjetunion die große Kapitalmasse, die sie in Sibirien aufwenden müssen, bevor sie aus der Ausbeutung der Arbeiter und der Bodenschätze endlich nach sehr langer Zeit einen Gewinn ziehen können, wie ein Stein auf der Seele. Die Erschließung von Vorkommen in „neuen Territorien" verspreche „keinen erheblichen Nutzen mehr", jammern sie in einer ihrer Wirtschaftszeitungen herum, und sei „in vielen Fällen unrentabel." Um schließlich mit dem herauszurücken, was ihnen am Herzen liegt:

„Eine Lösung des Problems der Versorung mit Rohstoffen kann durch Zusammenarbeit mit den Staaten gefunden werden, auf deren Territorien es Vorräte an Naturschätzen gibt, deren Erschließung keine oder nur wenige klimatische Schwierigkeiten entgegenstehen." (Außenhandel, 2/1977).

Mit ihren eigenen großen Ölvorkommen streben die Monopolbourgeois der UdSSR nach Extraprofit auf dem RGW- und Weltmarkt. Dazu muß die Konkurrenz ausgeschaltet werden. So treibt der große Besitz in den eigenen Grenzen die russischen Imperialisten erst recht dazu, noch mehr und *alles* zu besitzen, um mit dem eigenen Öl Monopolpreise und Extraprofit erzielen zu können und mit den zusätzlich geraubten Ölquellen in anderen Ländern noch mehr Extraprofit an sich zu bringen. Die hochgradig monopolisierte sowjetische Wirtschaft ist die Ausgangsbasis dieser Expansionszüge. Konkurrenz schadet dem Extraprofit. Es geht um das Monopol über die Ölquellen der Erde. Kann sich die Sowjetunion in Besitz der Quellen des Nahen Ostens, die die Hälfte der Weltreserven umfassen, bringen, so gräbt sie der anderen Supermacht das Wasser ab, kommt dem Weltmonopol näher, macht neue Superprofite. Die Länder, für die die UdSSR schon jetzt hauptsächlicher Öllieferant ist, bekommt die UdSSR so noch vollständiger unter die Knute, indem andere Liefermöglichkeiten abgeschnitten werden, und sie erlangt die Mittel, ihre Hegemonie auf zusätzliche Gebiete der Erde auszudehnen. Diese Überlegungen stecken hinter dem Gerede der Sozialimperialisten über die „Zusammenarbeit" mit anderen Staaten, die Erdöl haben.

Gegenwärtig haben die Erdölimporte der Sowjetunion aus den Ländern des Nahen Ostens, Nord- und Mittelafrikas noch einen verhältnismäßig geringen Umfang (etwa 13 Mio t in 1976). Aber sie stellen fast sämtlich einen Rückfluß aus Kapitalexport dar. Um nichts anderes als Kapitalexport handelt es sich, wenn die Sozialimperialisten sich die Entsendung von Such- und Bohrtrupps und Lieferung von Produktionsanlagen mit langfristigen Lieferverpflichtungen für das geförderte Öl (oder Erdgas) weit unter Weltmarktpreis bezahlen lassen. Praktisch schaffen sie sich damit vorläufige, erste Besitzrechte auf die Produktionsanlagen.

So wie die Dinge liegen, können die Sozialimperialisten ihr Ziel jedoch nur erreichen, wenn es ihnen gelingt, den Zusammenhalt der OPEC zu schwächen und schließlich zu zerstören. Gegenwärtig ist es für die Sozialimperialisten selber noch günstig, die Forderungen der OPEC nach Anhebung der Rohölpreise zu unterstützen. Diese Lage, in der sie noch nicht gezwungen sind, ihre eigenen Absichten offenzulegen, nutzen sie zielstrebig, um über eine bösartige Agitation gegen die als „reaktionär" bezeichneten Staaten die OPEC zu spalten und sich Vorwände für Aggressionen im Namen des Fortschritts und des Sozialismus zu schaffen.

„Es wäre . . .nicht richtig, wenn man die Augen . . .davor verschließen wollte, daß die Verwendung der (Erdöl-) Rente zur Deckung der staatlichen Ausgaben in einigen dieser Länder zum großen Teil dazu dient, die Zusammenarbeit der herrschenden Führungsgruppe mit dem internationalen Monopolkapital zwecks gemeinsamer Ausbeutung der werktätigen Massen zu festigen und das militärische Potential für den Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung zu vergrößern." (Außenhandel 4/1977)

Ist es da nicht die „internationalistische Pflicht" der Sowjetunion, solchen Mißbrauch mit dem „schwarzen Gold" zu verhindern und, sagen wir, dem bedrängten saudi-arabischen Brudervolk zu Hilfe zu eilen? Zwanzig Unterzeichner eines Rufs um brüderliche Hilfe könnte man ja vielleicht auftreiben . . .

Die fieberhaften Anstrengungen der Sozialimperialisten, sich im Nahen Osten über eine imperialistische „Friedenskonferenz" als Garantiemacht einzunisten, ihre Anstrengungen, die arabischen Völker zur Anerkennung eines „Existenzrechts" für die zionistische Festung Israel zu bewegen, sind darauf gerichtet, den Konflikt offenzuhalten und die fortlaufende Möglichkeit zur Einmischung und Intervention zu erhalten. – (Z-Red.)

Die US-Imperialisten wollen die Interventionsmöglichkeiten des Währungsfonds erweitern

IWF-Tagung in Washington / Arabische Staaten und PLO beschließen eigenen Währungsfonds

Die Tätigkeit des Internationalen Währungsfonds (IWF) als Instrument der Unterdrückung der Dritten Welt und der Erpressung im Konkurrenzkampf unter den Imperialisten hat in letzter Zeit erheblich zugenommen. Auf einer Tagung in Washington in der letzten Woche sollten die finanziellen Mittel, die dem Fonds dafür zur Verfügung stehen, noch erweitert werden.

Der IWF ist ein internationales Finanz-Kartell, das die USA nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet haben, um ihr Oberkommando über ihre westeuropäischen Verbündeten und ihre Vorherrschaft auf dem Weltmarkt aufrechtzuerhalten. Es gelang ihnen auch, die Staaten der Dritten Welt, die in der folgenden Zeit unabhängig wurden, in die Fänge des Weltwährungsfonds zu verstricken. 130 Mitglieder zählt der Fonds heute. Statuarisch herrscht der Geldsack. 20,75 Prozent der Stimmen und damit ein Veto-Recht in allen entscheidenden Fragen haben die USA, 8,72 Prozent hält Großbritannien, 5,01 Prozent Westdeutschland, 4,71 Prozent Frankreich, 3,78 Prozent Japan. Dagegen hat ein Land wie Indien, das wesentlich mehr Einwohner als diese fünf imperialistischen Staaten zusammen repräsentiert, gerade 3,07 Prozent der Stimmen.

Nehmen wir an, ein afrikanisches Land muß Zement in Westdeutschland kaufen. Dazu braucht es westdeutsche Währung. Hat es aus dem Verkauf seiner Rohstoffe nicht genügend westdeutsche Währung erlöst, so muß es einen Kredit nehmen.

In solchem Fall eines Zahlungsbilanzdefizits tritt der IWF in Aktion. Das afrikanische Land leiht aus den DM-Beständen des Fonds die benötigte Währung. Zwischen vier und acht Prozent Zins zahlt das afrikanische Land im Jahr, damit es seinen Zement kaufen kann. Es wird den Zement also für eine Fabrik verwenden müssen, die nach Westdeutschland liefert, um hinterher vielleicht den Zins zahlen und den Kredit tilgen zu können. So arbeiten die afrikanischen Arbeiter in der Fabrik für die BRD-Imperialisten, ohne daß diese unmittelbarer Eigentümer derselben sind.

„Der Währungsfonds wächst in eine mächtigere Rolle hinein", schreibt das „Handelsblatt" über die Konferenz in Washington. Kredite in Höhe von 18,12 Milliarden DM hat der Fonds im letzten Jahr vergeben, 1974 waren es erst 2,91 Milliarden DM.

Nicht nur die Zins- und Rückzahlungsverpflichtungen lasten schwer auf den verschuldeten Ländern, sondern sie sind auch Erpressungsmanövern ausgeliefert. Den Imperialisten, für die das „Handelsblatt" spricht, hüpft darüber das Herz im Leibe.

„In dem Maße, wie vor allem Kreditgebernationen wie die USA, die Bundesrepublik und Japan mit Blick auf die Notwendigkeit harter wirtschaftspolitischer Auflagen – und damit interner Einflußnahme – auf ‚Multilateralisierung' internationaler Finanzhilfen drängen, kommt der Währungsfonds als eingefahrener supranationaler Bankenapparat stärker ins Spiel."

Nicht nur die Dritte Welt bekommt dies zu spüren, sondern auch im Konkurrenzkampf unter den Imperialisten findet das Erpresserwerkzeug des Fonds seine Anwendung gegen den schwächeren Konkurrenten und verschärft die Widersprüche unter der Räuberbande. Ehe Großbritannien und Italien kürzlich Milliarden-Kredite bekamen, kam eine Kommission des Währungsfonds, um in den Büchern der Finanzminister zu schnüffeln. Die britische Regierung mußte ihren Haushalt kürzen, die Staatsverschuldung zugunsten von Steuererhöhungen senken und die Kürzung der Arbeiterlöhne zusichern. Die italienische Regierung mußte ebenfalls ihren Haushalt kürzen und sich auf eine Politik der noch stärkeren Kürzung der Löhne verpflichten.

Die hauptsächliche Tätigkeit des Fonds geht gegen die Dritte Welt. Zaire wurde für einen Kredit, den es in diesen Tagen benötigt, erpreßt, den Imperialisten enteignete Produktionsmittel zurückzugeben. Mexiko sollte mehr seiner Produkte ausführen und weniger Maschinen usw. im Ausland kaufen. Die ägyptische Regierung wurde gezwungen, Subventionen für Nahrungsmittel zu streichen, letzten August hatte sie im Gefolge von IWF-Krediten einen amerikanischen „Wirtschaftsexperten" einstellen müssen, damit er die Investitionsmöglichkeiten in Ägypten untersuche. Portugal wurde letzten Mai erpreßt, seine Währung abzuwerten. Die Liste dieser Verbrechen ließe sich fortsetzen.

US-Notenbankpräsident Burns ist das nicht genug. Er fordert: „Der IWF muß mit größerer Bestimmtheit auftreten können." Um den Aktionsradius zu dehnen, sollten die Kreditvergabemöglichkeiten und das Erpresserinstrumentarium der Kreditauflagen des IWF erweitert werden. Dies ist in Washington gescheitert.



(Der Schuldenstand ist angegeben nach der Statistik der Weltbank, für Ende 1976 nach Angaben der Dresdner Bank AG)

Die Forderungen der Dritten Welt zielen vor allem auf mehr Kreditmöglichkeiten zu geringerem Zinssatz und ohne Bedingungen sowie Vergabe von Sonderziehungsrechten, eine vom IWF geschaffene Währung, die an 16 nationale Währungen gebunden ist. Das Bestreben der Imperialisten hingegen ist es, einen Zins zu erzwingen, der höher ist als die Akkumulationsrate, die die unterdrückten Länder mit dem geliehenen Geld erzielen. So müssen diese sich dann immer weiter verschulden. ä

Mit gegenwärtig 250 Milliarden Dollar gibt die Dresdner Bank die Schulden der Entwicklungsländer an. Die Bundesbank schreibt in ihrem Geschäftsbericht von rund 180 Milliarden Dollar Ende 1976, doppelt soviel wie 1973. Mag also einer sagen: Immerhin besser, wenn der Währungsfonds und die Weltbank das Geld verleihen, als wenn es die Bankmonopole selbst tun. Tatsächlich sind die privaten Banken völlig frei, ob sie einen Kredit überhaupt vergeben und zu welchen Bedingungen. Auch sind die Zinsen höher. 1976 mußten die Entwicklungsländer für eine Anleihe in Westdeutschland über 9 Prozent Zins zahlen, 1974 sogar 11 bis 12 Prozent, jeweils ein Prozent mehr als die Kapitalisten untereinander verlangen. Jedoch ist Tatsache, daß die Imperialisten ihre Räubermethoden schwerlich in diesem Ausmaß betreiben könnten ohne das ideologische Flair, das dem IWF sein internationaler Charakter verleiht. In der ganzen Welt unterhält er seine Büros und führt genau Buch über die einzelnen Länder. Weiterhin bekommen Länder, in deren Währung ein Kredit gezogen wurde – in unserem Beispiel die BRD – reichlich Zins. So haben die BRD-Imperialisten vergangenes Geschäftsjahr 100 Millionen DM Zins kassiert.

Schließlich haben die Kredite des IWF lediglich stützende Funktion für die Kredite, mit denen sich die imperialistischen Bankmonopole unmittelbar in diese Länder einkaufen. Jahr für Jahr steigt der Anteil der Bankkredite an der Schuldenlast der Länder der Dritten Welt. Das weisen die Statistiken des IWF und der Weltbank aus. Der Jahresbericht 1976 des IWF schreibt, es sei „vor allem bemerkenswert, daß Kreditaufnahmen am Markt, insbesondere bei Geschäftsbanken, überwogen." Mit den Bankkrediten wiederum betreiben die Imperialisten die Einverleibung der betreffenden Länder in ihren eigenen Warenmarkt und ihre wirtschaftliche Unterwerfung mittels Kapitalexport in Form von Direktinvestitionen. Die Instrumente greifen ineinander, und ihr gemeinsames Ziel ist die Ausdehnung der Sphäre, die der Ausbeutung durch das monopolitische Kapital unterworfen ist.

Der Widerstand der Dritten Welt gegen den Währungsfonds nimmt zu. Wenige Tage vor der Washingtoner Konferenz des IWF haben 20 arabische Staaten von Somalia bis Mauretanien und die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO einen gemeinsamen Währungsfonds gebildet. So sollen die Zahlungsbilanzüberschüsse der einen Länder den anderen als Kredit zu günstigen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden. Dies erweitert und festigt die wirtschaftlichen Beziehungen unter den arabischen Ländern und verschlechtert damit die Interventionsmöglichkeiten der Imperialisten ganz erheblich.

Die Länder der Dritten Welt verstehen es immer besser, auch die abgefeimtesten und durchtriebensten Methoden der imperialistischen Ausbeutung zu bekämpfen. Der Widerstand gegen die geltenden Kreditbedingungen und Auflagen des IWF sind Fortschritte. Die entscheidende Forderung ist die nach vollständiger und bedingungsloser Streichung aller Schulden der Dritten Welt bei den Imperialisten. Sie ist Bestandteil des Programms einer neuen Weltwirtschaftsordnung und für ihre Durchsetzung muß weiter gekämpft werden. – (Z-Red.)

Benneter und andere Helden

Am Abend des 1. Mai haben die „Bonner Perspektiven", die regelmäßige Magazinsendung des ZDF am Sonntag nach den Abendnachrichten, in einem Beitrag die schrumpfende Massenbasis der bürgerlichen Parteien beklagt. Logisch, daß da was passieren muß. Die „Parteienlandschaft" müsse in Bewegung kommen, stellt Franz Josef Strauß schon lange fest. Die „vierte Partei" hieß das Projekt, bevor ihm Strauß den Namen „Liberale Union" gab. Bindung von Teilen der Volksmassen, die die SPD satt haben und die CDU für eine Partei der Großbourgeoisie halten, Bindung dieser Teile des Volks an die Reaktion ist das erklärte Ziel dieses Projektes, das mit kleinbürgerlich-demokratischen Phrasen einsteilen noch innerhalb der CDU betrieben wird. Es ist nicht aufgegeben. Warum auch? Es wird betrieben und muß von der Bourgeoisie betrieben werden, wenn sie nicht freiwillig auf ein Instrument der imperialistischen Politik und der Demagogie verzichten will. Das will sie nicht.

Franz Josef Strauß ist einer der klügeren Politiker der Bourgeoisie. Ob man das von Jochen Steffen behaupten kann, mag dahinstehen. Jedenfalls betreibt er auf der anderen Seite der „Parteienlandschaft" das entsprechende Projekt zwecks Bindung der Massen an die Reaktion. Das wäre dann die „Fünfte Partei", oder, wie Steffen vorhat, „die Partei der Umweltschützer". In der Zeitschrift „Das da" erforscht er die Lage und fragt: „Umweltschützer – eine neue Partei?" Ausgangspunkt seiner politischen Konjunkturforschung ist die Feststellung: „Seit der ersten Jugendrevolte war es Mode geworden, wieder von der Basis zu reden. In den Organisationen der Arbeiterbewegung redet man immer noch von der Basis. Man hat sie allerdings nicht mehr. Die aktiven Bürger sind längst ausgewandert in die Bürgerinitiativen. Geblieben sind die Apparate, die Schreibtische, die überfüllten Terminkalender, die hektische Jagd von Sitzung zu Sitzung. Das Korn ist längst ausgedroschen. Man drischt Stroh. Mit den Menschen ist die soziale Bewegung ausgewandert." Steffen selber hat einen seiner Schreibtische aufgegeben. Er ist nimmer Vorsitzender der schleswig-holsteinischen SPD und auch kein Ministerpräsidentenkandidat. Der sozialen Bewegung ist er dorthin vorausgeeilt, wo er sie hinführen will: auf die grüne Wiese. Er läßt gern Bilder von sich lancieren, wo er am Wiesenrain sitzt und Grashalme kaut. Die soziale Bewegung will er so

ungefähr nach der Gauloise-Reklame

ungefähr nach der Gauloise-Reklame modeln. Als Lebenskünstler verkauft er sich auch selber. Er wird einer sein. Kunststück bei seinen Tantiemen. Die soziale Bewegung, die der Mann an der Nase herumführen will, hat allerdings keine Tantiemen und will auch keine.

Sie entspringt aus der Lohnarbeit und will sie abschaffen. Bocksprünge sind also nötig für einen Mann wie Steffens, wenn er da landen will. Einstweilen sitzt er noch im Bundesvorstand der SPD. Daß das kein Zufall ist, sieht man gleich, wenn er nach langem Sermon über „schwachsinnige, kapitalistische Wachstumspolitik" sich an seine Kollegen in den bürgerlichen Parteien wendet: „Die erste und entscheidende Frage lautet: Wollt ihr die soziale Privilegien- und Einkommensstruktur verändern? Ja oder nein? Ohne *das* geht nichts mehr. Aber vielleicht geht *das* dann auch nicht mehr, weil die Instrumente kaputt sind." Ist dieser Linke, der sich mit Gedanken einer Parteigründung trägt, nicht rührend in seiner Furcht, daß die „Instrumente" kaputt gehen. Offensichtlich trägt der Mann sich mit Gedanken der Parteigründung, weil er Furcht hat, die bestehenden bürgerlichen Parteien könnten den Ansturm der sozialen Bewegung nicht aushalten. Was empfiehlt er ihnen als Rezept? Die „soziale Privilegien- und Einkommensstruktur verändern"! Also: Lohnarbeit und Kapital, Unterdrückte und Unterdrücker soll es weiter geben, bloß die „soziale Privilegien- und Einkommensstruktur", die darauf beruht, soll verändert werden. Nicht etwa die Privilegien abschaffen und die Lohnarbeit beseitigen, aus deren Ausbeutung die Kapitalisten ihr Einkommen wie ihre Privilegien ziehen, nein, ein bißchen an den Erscheinungen drehen, mehr will der Grashalmkauer nicht. Will er doch seine Partei gerade, damit der sozialen Bewegung was Ernstes nicht in den Sinn kommt.

Mit Franz Josef Strauß hat dieser Flügelmann der SPD nicht nur gemein, daß er eine neue Partei gründen will, mit dem hat er auch gemein, daß er nicht genau weiß, ist der Zeitpunkt schon gekommen oder noch nicht, soll man schon oder ist es noch zu früh? Andere Parteistrategen sehen das anders und wollen das Projekt beschleunigen. So einer ist Bahr, der Geschäftsführer der SPD, und, wie es heißt, „dialektisch geschult". Soll heißen, im Betrügen geeicht und versiert.

mai
5/77 - DM 3,50
C4143 EX
konkret
Neue Serie:
Die Medizin Mafia
KONKRET Interview mit Juso-Ch...
Ein roter Abenteurer?
Feminismus-Diskussion: Die Panther-Tanten kommen!

Hermann Scheer
Defensive ist kein Schicksal
Vorwärts 14.4.1977

Vorwärts 14.4.1977



das da Nr. 5, Mai 77

B & B

Die Jungsozialisten haben auf ihrem letzten Kongreß im Hamburger Kongreßzentrum den Rechtsanwalt Benneter zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Er gilt als „Stamokap"-Anhänger, was bedeutet, daß er mit der revisionistischen DKP zusammengehen will. Die SPD-Führer und die bürgerliche Presse haben ein großes Hallo gemacht, wie links der Mann sei. Wir haben beim Juso-Bundesvorstand angerufen, ob Benneter seine Auffassungen irgendwo zu Papier gebracht hat, damit man sie nachlesen kann. Es hat uns interessiert. Er hat nicht. Er hat nur etliche Interviews gegeben, und an die müssen wir uns im folgenden halten.

Der „dialektisch geschulte" Hans-Egon Bahr ist geschickt umgesprungen mit dem linken Rechtsanwalt. Auf dem Juso-Kongreß selber hat Bahr mitgeteilt, Karl Marx hätte in der SPD eine „Heimstatt". Das ist auch eine Methode, Karl Marx noch mal „töten" zu wollen, ihm eine Heimstatt an der Seite Willy Brandts, Herbert Wehners und Helmut Schmidts einzurichten. Die Jusos haben über diesen Versuch, Karl Marx nochmal zu töten, laut gejubelt. Als Benneter gewählt wurde, hat Bahr im Fernsehen besorgte Dackelfalten gezogen. Innerlich wird er gejubelt haben. Einen „Linken" an der Spitze, und noch dazu einen solchen, wie konnte er leichter zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: mit dem Mann zusammen ein Stück Unruhe in der SPD loszuwerden, ohne fürchten zu müssen, daß die SPD dabei zuviel los wird. Der zu gründenden „neuen" Partei eine Flasche als zukünftigen Vorsitzenden zu liefern, dieser Plan muß schon damals Bahr durch den Kopf gegangen sein. Er ging zielstrebig daran, ihn umzusetzen. Benneter hatte auf dem Juso-Kongreß getönt, er würde bei der jährlichen Entspannungsdemonstration, die die DKP durch „friedliebende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" wie den Pastor Niemöller verantworten und durch Gunnar Matthiessen, der eigens für den Entspannungszauber von der DKP ausgehalten wird, organisieren läßt, – Benneter hatte also verkündet, er würde bei dieser Demonstration in der ersten Reihe marschieren. Damit frevelte er gegen den Unvereinbarkeitsbeschluß der SPD. Benneter wurde gewählt, der Juso-Bundesvorstand ging daran, „Bündnispolitik" zu machen. Der SPD-Vorstand stellte ein Ultimatum und Benneter an der Spitze des Bundesvorstands der Jusos fiel um. Damit hatte er seinen Ausschluß besiegelt. Erst sich der DKP an den Hals werfen wollen, dann sich auf den ersten Ordnungsruf dem SPD-Vorstand an den Hals werfen, kann es einen besseren Vorsitzenden für die zu gründende Partei geben als so einen? Gefährlich kann er der SPD nicht werden, und wird er durch den Ausschluß herausgeputzt, dann mag er doch ausreichen, um als Katalysator für die zu gründende Partei, die der SPD die Flanken sichern soll, zu wirken. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" sieht die Zeit gekommen, die Entwicklung voranzutreiben. „Unwichtiger Benneter", schreibt sie, man müsse eine ganze Reihe aus den Jusos hinauswerfen: „Zu deutsch, ob sie (die Jusos) Kommunisten als mögliche Partner, Parteien der Mitte – ganz zu schweigen von der rechten Mitte – jedoch als ‚die Parteien des Klassengegners' behandeln kann. Um diese unabweislich gewordene Klärung, die verständlicherweise der Juso-Vorstand vermieden wissen möchte, geht es jetzt. Die Antwort muß gegeben werden, koste es, was es wolle. Wer die Volksfront wünscht, kann es sagen. Sie zu wünschen ist erlaubt. Nur sozialdemokratisch ist es nicht. Dieser Unvereinbarkeit muß Geltung verschafft werden. Der windige Benneter ist uninteressant."

Uninteressant? Windig? Sicher, aber unwichtig wird Benneter für die Bourgeoisie damit noch lange nicht. Der Mann ist wichtig, um eine Auffangstellung für die Bourgeoisie gegenüber der demokratischen Bewegung zu schaffen. Redet von Klassenkämpfen und hat mit der Revolution nichts im Sinn, so einen braucht die Bourgeoisie. Deshalb putzt sie ihn heraus. Den Anlaß für seinen Ausschluß hat ein Interview mit „Konkret" gegeben. „Was wäre, wenn Benneter in diesem Land Bundeskanzler wäre?", ist er gefragt worden. Und dann kommt Benneter ins Schwärmen: „Ein konsequent sozialistischer Kanzler müßte jedenfalls nicht nur im Parlament regieren und auf Pressekonferenzen agieren, sondern der müßte auch für seine Vorstellungen mobilisieren und draußen eine Stütze im Kampf gegen die Reaktion und gegen die rechtsorientierte Presse suchen."

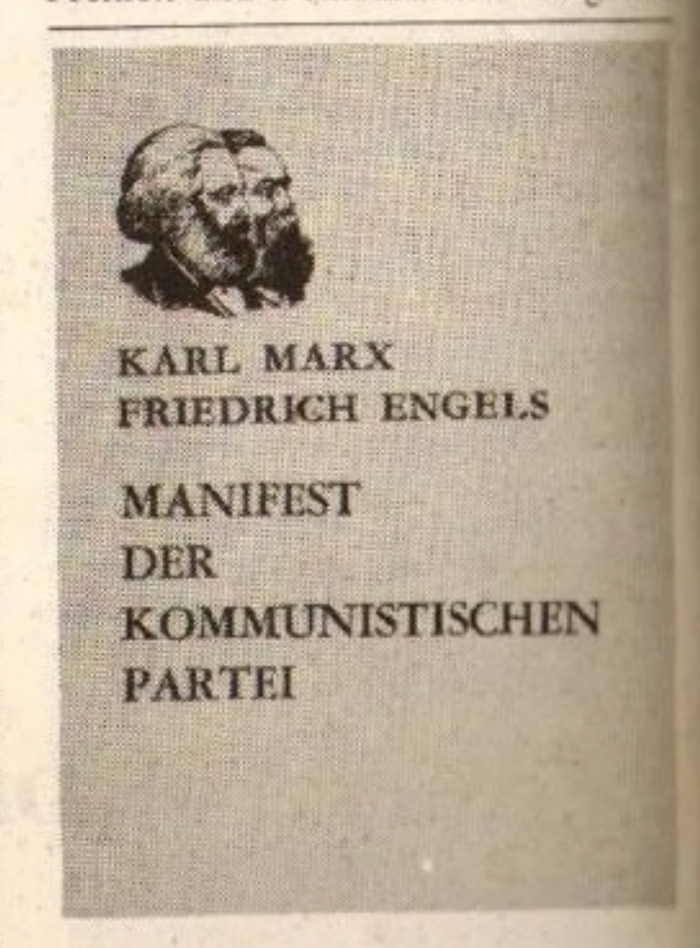
Nicht nur ..., sondern auch ... So denkt der Mann sich das. Er regiert im Parlament, agiert auf Pressekonferenzen, aber er sucht „auch draußen" Unterstützung. Es wird nie dazu kommen. Das lächerlichste an dem Mann ist, daß er sich offensichtlich ernst nimmt. Kanzler Benneter: leerer Traum. Soviel hat die Bourgeoisie mit dir nicht vor. Leisten könnte sie es sich: „Sicher müßten längerfristige Verpflichtungen auch von einem konsequent sozialistischen Kanzler eingehalten werden." Der Mann bietet sich als Krisenmanager für die Bourgeoisie. Am Kapitalismus mit Investitionslenkung und Ähnlichem herumzudoktern, um die „gegenwärtigen Krisenerscheinungen dauerhaft" zu lösen, das ist ein echt sozialdemokratisches Programm. Die Krise soll nicht mehr erscheinen, sie soll „dauerhaft" verschwinden, ohne daß die Ausbeuterordnung beseitigt wird, ohne daß der bürgerliche Staatsapparat zerschlagen wird, um das Privateigentum zu beseitigen und die Lohnarbeit, die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruht. „Gründet Benneter jetzt eine neue linke Partei?", fragt die „Welt". Besorgt ist sie darüber nicht. Erfreut stellt sie fest: „Er (Benneter) könnte schließlich das personelle Schwergewicht abgeben, das die Vision von ei-

wicht abgeben, das die Vision von ei-

ner linken vierten Partei auf die Erde brächte." Mit so einem „Schwergewicht" läßt sich's leben, sagt die „Welt". Um wessen Vision es sich bei der „linken vierten Partei" handelt, kommt auch gut raus.

Flankensicherung auch in der SPD

Bahr wird als „Parteistratege" bezeichnet. Da weiß er, daß eine solche neue linke Partei nur nützt, wenn sich die SPD irgendwie konsolidiert. Die mit Korruption allzu offensichtlich bekleckerten Spitzensozialdemokraten müssen ins zweite Glied zurückgenommen werden. Osswald tritt zurück, Neubauer tritt zurück, Schütz ist zurückgetreten. Wenn mehr herauskommt, werden auch noch ein paar andere zurücktreten müssen. Arndt steht auf der Kippe. Korruption ist bloß erlaubt, wenn sie bestimmt nicht herauskommt. Benneter hatte in seinem Interview mit „Konkret" festgestellt: „Und drittens war der größte Pluspunkt von Sozialdemokraten, daß sie als Personen integer waren, daß sie also nicht im Geruch von Korruption standen." Dieser Pluspunkt muß wieder her, und wenn ein paar Geruchsverbreiter dafür aufs Altenteil müssen. Den nötigen „Hintergrund" haben sie ja inzwischen, so daß man unerfreuliche Enthüllungen wie bei dem verschuldeten Steiner, der gegen Geld von der SPD der CDU abgekauft worden war, nicht zu fürchten braucht. Man kann auch noch ein bißchen nachhelfen, indem man den Leuten Brot verschafft. Sauberkeit muß jedenfalls wieder einkehren. Aber Sauberkeit allein reicht nicht. Trotz neuer linker Partei muß auch in der SPD die „linke" Flanke besetzt bleiben. Dafür ist die bisherige Vorstandsriege der Jusos gut, die durch die Stamokaps abgelöst worden war. Einer von ihnen ist Hermann Scheer. Im „Vorwärts" schreibt er: „Defensive ist kein Schicksal." Natürlich nicht, das weiß der Scheer, hat er doch entsprechend seiner bescheidenen Möglichkeiten schon so manche Vorwärtsverteidigung für die SPD betrieben. Sein Vater ist Professor und hoher Verwaltungsbeamter in Sachen Strahlenphysik. Das besagt noch nichts, ist aber gut, wenn man es weiß. Selbiger Scheer hat in Heidelberg studiert. Man mußte seinerzeit aufpassen, daß er nicht bei jeder Gelegenheit die rote Fahne schwingend in die erste Reihe von Demonstrationen schlüpfte. Gab's Polizei, mußte man nicht mehr aufpassen. Dann sicherte er Flanken wie jetzt. Er war SHB-Vorsitzender, und dem SDS bot er seinerzeit an, den SHB in den SDS aufzulösen. Das wurde dankend abgelehnt. Über sozialdemokratische Bildungsarbeit und Wahl in den baden-württembergischen Landesvorstand der Jusos und dann in den Bundesvorstand hat er sein Fortkommen gesichert. Nachträglich ist der Mann sicher froh, daß ihm die Ablehnung des SDS, den SHB zu schlucken, erlaubt hat, sich auf diese sichere Bank zu setzen, als er in die Jahre kam. Jetzt verklärt er im „Vorwärts" die Schmutzgeschichte der reformistischen Sozialdemokratie mit seinen persönlichen Erfahrungen: „Daß die Sozialdemokratie sich für den reformistischen Weg nach langem theoretischem Ringen entschied, weil dieser allein die Einheit von Sozialismus, Freiheit und Demokratie in Weg und



Ziel garantiert, wird weitgehend unterschlagen." „Was muß die SPD tun? Sie muß ihre Grundhaltung gerade aus der Geschichte und der Entwicklung der Arbeiterbewegung her offensiver denn je begründen." Früher hat er das etwas anders gesehen. Bei SPD-Kreisversammlungen, die Spesen waren hoch, und die höheren und mittleren Stadtbürokraten, die die „Basis" bildeten, ließen sich das üppige Mahl munden, hat er gern über den Verrat der SPD referiert oder referieren lassen. Geschmeckt hat es ihm damals schon. Ob er lange „theoretisch gerungen" hat, bis er sich endgültig für den Reformismus „entschieden" hat, mag man bezweifeln. Egal. Jedenfalls hat die SPD schon ihre zweite Generation von Osswalds bei der Hand. Der hat auch als „Linker" angefangen.

Krisenmanagement

Wer kann die Schlagzeile der Zeitschrift „Arbeiterkampf" zu dem Rausschmiß Benneters voraussagen? „Sozialdemokratie immer weiter nach rechts!" oder wie? Man kann jedenfalls keinen Preis aussetzen für die richtige Antwort. Das Rätsel ist zu einfach. Man weiß schon, was der „Arbeiterkampf" sagen wird. Die Rechtsentwicklung schreitet voran. In Wirklichkeit ist es ein bißchen anders: Die Bourgeoisie geht zielklar daran, „linke" Positionen aufzubauen, um die spontane demokratische Bewegung einzufangen. Sie geht daran, diese Positionen außerhalb der SPD und in leichter Distanz zur DKP aufzubauen. Sie versucht sie auch in der Partei zu sichern. Enthüllung eines solchen Manövers wird man nicht von Leuten verlangen können, die Figuren sind in diesem Spiel der Bourgeoisie. – (Z-Red.)

Reederhilfe und Fregattenprogramm als Lockvögel

Spaltungsversuche im Kampf gegen die Entlassungen in der Werftindustrie

In der Werftindustrie herrscht eine Überproduktionskrise. Von den Riesenöltankern versprachen sich die Werftkapitalisten Riesenprofite. Dementsprechend begann ein Wettlauf der verschiedenen Länder im Schiffsbau, insbesondere im Tankerbau. Große Werftkapazitäten wurden geschaffen. Die Regierungen der jeweiligen Länder haben „ihre" Kapitalisten durch staatliche Subventionsprogramme kräftig unterstützt, weil sie ein strategisches Interesse am Flottenausbau für den Kampf um die Neuaufteilung der Welt haben. Die Ablieferung von Tankern verdoppelte sich allein von 1972 auf 1974 von 10 auf 20 Mio Brt. Die japanischen Kapitalisten gewannen dabei den Wettlauf der führenden Schiffbaustaaten. Bis 1975 ergatterten sie sich 50 % der Neuaufträge, im Jahre 1976 sogar 60 %. Das Ergebnis dieses Schiffbautaumels war eine riesige Überkapazität von Kapital in Form der Riesentanker und anderer Schiffe, die teilweise direkt vom Dock an den Abschrottplatz, die „Tankerfriedhöfe", transportiert wurden. Entsprechend wurden Werftkapazitäten überschüssig.

Zur Überwindung dieser Krise wollen die Werftkapitalisten Tausende von Werftarbeitern auf die Straße setzen. Gegen diese Pläne haben die Werftarbeiter den Kampf aufgenommen. 1976 waren im Schiffbau noch rund 75 000 Arbeiter beschäftigt, von Mitte 1975 auf Mitte 1976 waren schon 6 000 Werftarbeiter „rationalisiert" worden. Den ganzen Umfang des Angriffs der Werftkapitalisten ließ der Verbandsvorsitzende der deutschen Schiffbauindustrie kürzlich heraus: „Nach den Berechnungen des Verbandes wird die Beschäftigung der Werften bis 1980 auf 35 % des Standes von 1973, gerechnet in Mannstunden, absinken." (BdW, 15.4.77) 10 000 Werftarbeiter sollen im Verlauf der nächsten Jahre entlassen werden. Gegen die Entlassungen haben am 26. April in Emden über 4 000 Arbeiter von den Werften Thyssen Nordseewerke, Schulte & Bruns und Cassens zweieinhalb Stunden gestreikt und in der Stadt demonstriert. Auf dieser Demonstration gab es heftige Auseinandersetzungen, so zertrümmerten sozialdemokratische Ordner nach harten Auseinandersetzungen das Transparent: „Keine Entlassungen bei den Thyssen-Nordseewerken! Siebenstundentag!"

Die Bundesregierung hat sich einen besonderen Trick einfallen lassen, die Kämpfe der Werftarbeiter gegen die Entlassungen und Rationalisierungsmaßnahmen zu brechen: staatliche Reederhilfe und insbesondere das Fregattenprogramm, das Schmidt auf seiner Blohm & Voss-Rede in guter Tradition von Wilhelm dem II. als Ausweg aus der Krise anpries, sollen die Arbeitsplätze in der Werftindustrie sichern. In Wirklichkeit soll der Kampf der Arbeiter gespalten werden. Die sozialdemokratische IG-Metallführung ist voll auf diese Linie eingeschwenkt. Lauthals forderten die Redner auf der Emdener Demonstration mehr staatliche Hilfe für die Reeder, in ihrem Funktionärsorgan forderte die IG-Metallführung Anfang des Jahres:

„Die Schiffbaupolitik der Werften ist in mehrerlei Hinsicht unbefriedigend. Zwar haben die Werften in den letzten Jahren Anstrengungen gemacht, um weitere Produktivitätsvorteile zu realisieren, wobei zweifellos gewisse Fortschritte festzustellen sind. Andererseits fehlt bisher ein überzeugendes Konzept der Neuordnung der deutschen Werften, das einen ausreichenden Überblick auf den anzustrebenden Grad an Rationalisierung durch Kooperation oder – soweit erforderlich – durch Fusion bieten würde."

Die „gewissen Fortschritte" in der Rationalisierung und die „Produktivitätsvorteile" haben die Werftarbeiter in Entlassungen, verschärfter Arbeitshetze und Ausdehnung der Arbeitszeit zu spüren bekommen. Beim Bremer Vulkan ist die wöchentliche Arbeitszeit pro Beschäftigtem 1974 allein von 48,7 auf 49,9 Stunden gesteigert worden, wohlgemerkt 9,9 Stunden mehr als die derzeitige Normalarbeitswoche von 40 Stunden, und das als Durchschnittszahl. Gleichzeitig fordert die IG-Metallführung eine Stärkung der westdeutschen Kapitalisten in ihrer Konkurrenz zu den Kapitalisten der anderen Länder.

„Die deutschen Werften sind international gesehen so eindeutigen Wettbewerbsnachteilen ausgesetzt, daß die Arbeitsplätze in besonders hohem Maß gefährdet sind. Diese Nachteile sind durch staatliche Aktivitäten zu mildern."

Werden die Arbeitsplätze sicherer, wenn die Kapitalisten „Wettbewerbsvorteile" haben? Im Gegenteil. Der „Vorteil" des einen Kapitalisten gegenüber dem Kapitalisten desselben oder eines anderen Landes besteht ja gerade darin, die Arbeiter schärfer auszubeuten, einen Extraprofit herauszuholen und aus weniger Arbeitern mehr herauszuholen. Die von der IG-Metallführung geforderten „staatlichen Aktivitäten" sind reichlich gegeben: Sonderabschreibungsmöglichkeiten bei Seeschiffen und Seefischereischiffen sowie eine Pauschalisierung der Einkommens- und Körperschaftssteuer, „Neubauhilfe" in Form von 10 % der Herstellungskosten, wenn das Schiff auf einer westdeutschen Werft gebaut und unter westdeutscher Flagge fährt, Exporthilfe von Schiffsneubauten. In der Broschüre „Die Krise in der Werftindustrie" hat die Vulkan-Zelle des KBW ausgerechnet, daß diese staatlichen Subventionen für die Kapitalisten von 1967 bis 1979 rund 3,7 Mrd DM betragen. Das VIII. Werftprogramm für die Jahre 1976 bis 1979 ist gegenüber dem V.Werftprogramm verdreifacht worden auf 1,5 Mrd. DM. Diese Gelder nutzen die Kapitalisten, Maschinen als Ersatz von Arbeitskraft und zu verschärfter Auspressung von Arbeitskraft anzuschaffen, die Antreiber in der Produktion zu bestechen und ihre Entlassungsprogramme, wie jetzt die Entlassung von 10 000 Werftarbeitern, durchzusetzen, das verstehen die Kapitalisten unter „Sicherung der Arbeitsplätze". Den wirtschaftlichen Kampf gegen die Entlassungen wird man nur erfolgreich führen können, wenn man sich nicht auf die Fährte der „staatlichen Hilfen" und des imperialistischen Fregattenprogramms der Regierung Schmidt locken läßt. – (Z-Red.)

Kampf um Aktionsprogramm der Vulkan-Belegschaft

Bremen. Wie schon in der KVZ berichtet, hat der Vulkan-Vertrauensleutekörper folgende Forderungen zum 1. Mai beschlossen: Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Systeme, 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich, 35-Stundenwoche, Verbot der Nacht- und Schichtarbeit, 1 500 DM Steuerfreibetrag, Offenlegung aller Rationalisierungspläne, Festgeldforderungen zum Lohnkampf.

In der Belegschaft wurde diskutiert, daß diese Forderungen alle Arbeiter in Bremen-Nord betreffen. Weil dies so ist, sei es wichtig, dies auszudrücken. Ein Plakat, wo alle Forderungen draufstehen und welches breit im Betrieb und Stadtteil verteilt werden soll, schien das geeignete zu sein. Am Donnerstag war dann Betriebsratssitzung. Ein Jugendvertreter stellte den Antrag, die Forderungen zu drucken und zu verkleben. Beifall gab es dafür. Stark in Bedrängnis gerieten dadurch die Herren Sozialdemokraten von rechts. So tischten sie auf mit Sachen wie: Warum kommt ihr damit nicht früher, mußten sich aber gefallen lassen, daß sie gefragt wurden, weshalb sie nicht darauf gekommen sind. So abgeblitzt, versuchten sie die technische Unmöglichkeit herauszustellen. Ein Beschluß wurde verhindert, weil der Vertrauensleutekörpervorstand nicht zu einer darüber beschlußfassenden Sitzung zusammenzubekommen war. Nun gut, dann müssen es die Arbeiter eben selbst in die Hand nehmen! Am nächsten Tag vom Frühstück bis Mittag prangten überall im Schiffbaubereich rot-gelbe DIN A 2 Plakate mit den Forderungen des Vertrauensleutekörpers. Überaus notwendig, wie sich herausstellte, denn saftige Debatten gab es über die Forderungen. Besonders da, wo die Sozis sie als ihr geheimstes Gut verborgen hatten. Manche Unklarheiten wurden geklärt. Am Samstag wurde im Schiffbaubereich in einer Branche die Forderung: „Weg mit dem Akkordsystem und allen akkordähnlichen Systeme" gemalt. Während der Anfertigung erschien der Meister und versuchte mit Argumenten wie „parteipolitische Betätigung", das Malen zu verhindern – umsonst. Erst nach eingehender Erkundigung bei seinen Vorgesetzen kam er mit der Begründung: Das Plakat liegt auf einem Arbeitsplatz, es muß da weg! Dies Argument wurde für richtig befunden und man fand es an einem anderen Platz gut sichtbar wieder, wo es nicht die „Arbeit behinderte", aber für rege Debatten sorgte.

Am 1. Mai wurde es von Vulkan-Arbeitern getragen. Auch die Plakate mit den Forderungen prägten das Stadfbild von Bremen-Nord, Arbeiter trugen selbstangefertigte Umhänger mit dem draufgeklebten Forderungsplakat. Den Sozialdemokraten verging schier die Lust, „ungebetene" Transparente aus dem Zug zu holen, das überließen sie drei jämmerlichen DKP Figuren, die besonders in Auseinandersetzung mit spanischen Kollegen, ihre Versuche aufgaben.

Der Betriebsratsvorsitzende Bettelhäuser hob in seiner Rede den Zusammenschluß aller Arbeiter, Angestellten und Beamten hervor im Kampf für ihre Forderungen. Er verwies auf die 250 Entlassungen bei Krupp-Spinnbau und auf die schleichenden Entlassungen beim Vulkan. Das Gerede von Investionslenkung und Recht auf Arbeit sei Geschwätz. Was gegen Entlassung hilft, sei die Solidarität im Kampf und die volle gewerkschaftliche Unterstützung dieser Kämpfe. Scharf griff er die Entqualifizierung der Berufsausbildung und den Blockunterricht an hob hervor, daß 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Tagen eine richtige Forderung ist.

Vor seiner Rede war er aufgefordert worden, den Arbeitern mitzuteilen, daß Soldaten teilnehmen an dieser Demonstration in Uniform, trotz Verbot durch die Bundeswehr. Er forderte auf, die Arbeiter in Uniform solidarisch zu unterstützen und jedem Versuch, sie zu disziplinieren, scharf entgegenzutreten.

Mit diesem 1. Mai sind die Forderungen nicht durchgesetzt. Er hat gezeigt, daß das Aktionsprogramm der Vertrauensleute auf große Zustimmung stößt. Er hat gezeigt, daß die Sozialdemokraten nichts unversucht lassen, die Arbeiter zu spalten. So haben sie die Forderung nach 1 500 DM steuerfrei umfunktioniert in 1 500 DM steuerfrei jährlich. Einige Vertrauensleute waren wutentbrannt über diesen Versuch, den Willen der Arbeiter vor der Öffentlichkeit lächerlich zu machen und versprachen eine heiße Auseinandersetzung auf der nächsten Vertrauensleutesitzung.

Inzwischen ist der Verantwortliche für die Fälschung auf dem Vulkan ausfindig gemacht worden. Es ist Hermann Wohlgemut, Sozialdemokrat, Aufsichtsratsmitglied und Leiter des Vertrauenskörpervorstandes. Am Montag morgen hat er noch frech behauptet, auf der Vertrauensleutesitzung sei 1 500 DM steuerfrei jährlich beschlossen worden. Jetzt wird man Wohlgemut auf der nächsten Vertrauensleutesitzung zur Rechenschaft ziehen, ist die Meinung der Vertrauensleute, die sich hinter die Sache geklemmt haben.

Nur mit einer Politik in den Gewerkschaften, die auf Durchsetzung dieser Forderungen geht, werden die Arbeiter vorankommen. Daß sie sich auf Grundlage dieser Forderungen zusammenschließen, zeigt die Wahl der Delegierten zum IG-Metall Gewerkschaftstag, wo das Mitglied der Bremer Bürgerschaft und 1. Bevollmächtigte der IGM, Arno Weinkauf, auf den 5. Platz verwiesen wurde, Bettelhäuser kam auf den ersten Platz. – (Zelle Vulkan)

VW-Wolfsburg: Erfolgreicher Streik gegen Mehrarbeit

In der Schlacht um Höchstprofite will das VW-Kapital in der Endmontage der Wagen an den Bändern vorankommen mit der Ausdehnung der Arbeitszeit vor allem durch Sonderschichten, der Lohndrückerei, Rationalisierungen und der Intensivierung der Arbeit.

Die Intensivierung der Arbeit ist Schmücker im letzten Sommer nicht gelungen. Der Versuch, die Stückzahl an den Bändern von 284 auf 300 zu erhöhen, scheiterte am geschlossenen Widerstand der Akkordarbeiter. Jetzt versucht er, eine Neuauflage dieses Planes durchzusetzen. Aber raffinierter. Ca. 5 % der Arbeiter in der Golfendmontage sollen durch neue Fertigungspläne eingespart werden. Zu diesem Zweck werden knapp die Hälfte der Arbeitsgänge geändert. Weil noch „Taktausgleichszeiten" auszufüllen sind, also noch 1/100 und 1/1000 Minuten nach den Stoppzeiten nicht mit Arbeit angefüllt sind.

Zur Durchsetzung setzen sie auf Spaltung und Mitbestimmung. Nicht alle sind betroffen, sondern jeweils einzelne Gruppen. Hier jetzt zwei statt drei Arbeiter, da zwei Handgriffe weniger, aber drei neue dazu usw. Zwei Vertrauensleute waren an der Ummodelung der Arbeitsgänge beteiligt, sie haben also mitbestimmt. Als die neuen Fertigungspläne auf dem Papier standen, haben beide Vertrauensleute ihr Lob erhalten: sie wurden Vorarbeiter. Jetzt setzen sie die Pläne praktisch durch. Die sozialdemokratischen Betriebsräte haben den Plänen zugestimmt. Diese Bedingungen haben eine einheitliche Aktion aller Arbeiter der Halle bisher verhindert. Hingenommen werden die Pläne aber nicht. In der Woche nach Ostern gingen aus Protest 14 Teppichbeanstander von allen vier Bändern zum Betriebsrat und blieben nach der Pause eine dreiviertel Stunde oben.

Am Dienstag letzter Woche gingen 28 Arbeiter, die die Dreiecksfenster einbauen, vor Schichtbeginn zum Betriebsrat. Schrittweise sollten statt zehn nur noch acht Fenster einbauen. Ein paar Handgriffe sind dafür weggefallen, die andere Arbeiter aufgehalst bekamen. Eine Woche hatten sie schon mit neun Mann arbeiten müssen. Am Dienstag sollte der neunte Mann abgezogen werden. Weil der Betriebsrat nicht da war, warteten sie auf ihn. Bei der Abteilungsleitung, dem Schichtführer und den Meistern war sofort helle Aufregung. Alle Bänder standen. Von den 28 Arbeitern wollten sie sofort wissen, wer verantwortlich wäre und für den Schaden aufkäme. Es müsse doch einer verantwortlich sein, weil die Aktion so gut organisiert aussehe. – Daß die Arbeiter sich schnell einigen und organisieren können, wenn sie den gleichen Willen haben, das geht diesen Herren natürlich nicht in den Kopf. Auch die Spaltungsversuche der Meister, die die Objektivität der Stoppuhr hochhielten, nützte nichts.

Die Arbeiter gingen erst um 14.15 Uhr an die Bänder, nachdem sie erfahren hatten, daß der Betriebsrat erst in ein bis zwei Stunden kommen würde. Aber nur unter der Bedingung, daß der neunte Mann nicht abgezogen würde. Die Abteilungsleitung versuchte sofort, zwei Sprecher der Arbeiter zu isolieren, indem sie behauptete, sie hätten vor ihnen Äußerungen gegen den Betriebsrat und die Vertrauensleute gemacht. Um alle einzuschüchtern, beantragte der Hauptabteilungsleiter die fristlose Entlassung der beiden „wegen Verstoß gegen die Arbeitsordnung". Wegen der breiten Sympathie und Unterstützung, die die Aktion unter den Arbeitern und den meisten Vertrauensleuten gefunden hat, mußte der Betriebsratsausschuß die Entlassung ablehnen. Sonst wäre was los gewesen in der Halle.

Wie tief der Abteilungsleitung die Angst in den Knochen sitzt, sieht man daran, daß bereits am nächsten Tag in beiden Schichten pro Band wieder zehn Arbeiter Fenster einbauen.

Die Aktion hat die Verbindung der Arbeiter der vier Bänder und auch zwischen den Schichten gefördert und gestärkt. Es herrschen Freude über den Erfolg und Wachsamkeit. Gleichzeitig hat diese Aktion die Fragen der Akkordarbeit, wem sie nützt und wie man sie bekämpfen kann, die Forderung nach dem 7-Stundentag aufgeworfen.

In der Vertrauensleutesitzungsgruppe letzten Freitag wurde jetzt wieder der Antrag eingebracht, daß die neuen Fertigungspläne ganz vom Tisch sollen. An diesem Mittwoch ist dazu eine Sondersitzung. Die Bewegung gegen die neuen Fertigungspläne fand auch auf der 1. Mai-Demonstration des DGB Ausdruck. Arbeiter aus Halle 12 trugen ein Transparent gegen zusätzliche Mehrarbeit an den Bändern und gegen die neuen Fertigungspläne. – (VW-Zelle Wolfsburg)

Lohnsteuereinnahmen der Regierung gestiegen

Die sozialdemokratische Steuerreform bewährt sich für das Finanzkapital bei der Ausplünderung der Lohnabhängigen durch den bürgerlichen Staat. Nach dem Bericht des Finanzministeriums über die Entwicklung der Steuereinnahmen im ersten Quartal 1977 sind die Lohnsteuereinnahmen um 17,6 % gegenüber den ersten drei Monaten des Vorjahres gestiegen. „Als Gründe hierfür nennt das Finanzministerium den Abbau der Arbeitslosenzahlen und der Kurzarbeit sowie Lohn- und Gehaltssteigerungen", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung". Die Zahl der Arbeitslosen betrug nach der offiziellen Statistik im März 1977 1,084 Millionen (4,8 %), im März 1976 lag sie bei 1,196 Millionen (5,2 %). Die 0,4 % der Zahl der Werktätigen, die jetzt mehr in Arbeit stehen, haben also die Steigerung der Steuereinnahmen um 17,6 % nicht verursachen können; ebensowenig wie die nominellen Lohnerhöhungen, wenn der darauf gezahlte Steuersatz prozentual gleich bleibt. Tatsächlich aber ist es so, daß ein immer größer werdender Teil der Lohnabhängigen mit steigender Inflation auch in höhere Progressionszonen gerät, so daß man vom gestiegenen Lohn, der die Erhöhung der Preise nicht einmal ausgleicht, noch wesentlich höhere Steuern zahlt. „Hinzu kommt aber, daß noch der befristeten Entlastung durch die Steuerreform wieder eine steigende Zahl von Arbeitnehmern in die Steuerprogression hineinwächst." Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" macht kein Hehl aus ihrer Freude über den vollzogenen Betrug („befristete Entlastung"), vor allem aber über die segensreichen Auswirkungen dieser Reform für das Finanzkapital. Allein im Januar wurden 6,144 Milliarden DM an Lohnsteuern gezahlt, das heißt, es sind 730 Millionen Mark mehr als im Vorjahr aus Lohngeldern in die Verfügungsgewalt des Finanzkapitals gebracht worden.

Die Steuern der Kapitalisten sinken. Zwar steigen jetzt die Vorauszahlungen für Körperschaftssteuern durch die Aktiengesellschaften (um 50 %), dies aber ist Teil der Reform der Körperschaftssteuer, die insgesamt zum Ergebnis hat, daß die Bourgeois eine Milliarde pro Jahr weniger zahlen. Diese Milliarde legen sie lieber direkt profitabel an, als sie für den Unterhalt ihres Staatsapparates verwendet zu sehen. Den lassen sie von den Massen finanzieren. Wie das am einträglichsten und politisch klügsten gemacht werden kann, darüber gibt es immer wieder Streit unter den bürgerlichen Parteien. Wie gegenwärtig um die Mehrwertsteuererhöhung. Während noch nicht sicher ist, , ob sie beschlossen wird, ist schon sicher, daß so oder so die Kapitalsteuern gesenkt werden.

Bremen. Am 25.4. hat die IG Metall-Vertreterversammlung der Verwaltungsstelle Bremen-Unterweser die Anträge zum Gewerkschaftstag behandelt. Beschlossen wurden die Forderungen: Verbot der Nachtarbeit von 22 bis 6 Uhr! Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Systeme! Raus aus der Konzertierten Aktion! 6-Stundentag – höchstens 30 Stunden die Woche!

Mit der Forderung nach 6-Stundentag, entgegen dem Antrag nach 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich, ist den Sozialdemokraten noch die Spaltung gelungen. Sie wollen die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung so lächerlich machen. Die Forderung gegen die Konzertierte Aktion ist beschlossen worden trotz des Geschreis der Sozialdemokraten, daß sie geradezu eine Kriegserklärung an die Bundesregierung sei. Die Forderung nach Verbot der Akkordarbeit wurde einstimmig beschlossen.

Bochum. Am 25.4. hat die Geschäftsleitung von Opel Bochum sechs weitere Sonderschichten beantragt, im Mai, Juni und Juli. Diese sechs weiteren Sonderschichten sind begründet worden mit der Notwendigkeit, mehr zu produzieren, „um den Erfordernissen des Marktes gerecht zu werden". Am Freitag, den 29.4. hat der Betriebsrat diese erneuten Sonderschichten abgelehnt, „weil weitere Sonderschichten eine stärkere Belastung der Belegschaft bedeuten würden und für die Belegschaft nicht zumutbar wäre."

Hannover. Am Samstag, den 23.4.1977 beschloß die Vollversammlung der Vertrauensleute des VW-Werks Hannover mit etwa 300 gegen 40 Stimmen den folgenden Antrag:

„An die Vertreterversammlung der IGM OV-Hannover

betr.: Antrag zum Gewerkschaftstag.

Der 12. ordentliche Gewerkschaftstag der IGM möge sich für Folgendes einsetzen:

Stop des bedenkenlosen Ausbaus von Kernenergieanlagen, wie er im Energieprogramm der Bundesregierung vorgesehen ist. Die Beunruhigung über die ungelösten Probleme der Sicherheit von Kernenergieanlagen ist auch unter unseren Kollegen weit verbreitet. Besonders der Bau von Wiederaufbereitungs- und Endlagerstätten ist mit Risiken verbunden, die den Nutzen der Kernenergie in Frage stellen. Diese Probleme können keineswegs mit dem Hinweis auf Beschäftigtenrisiken abgetan werden. Bedenklich erscheint dabei, daß sich gerade Vertreter der Großindustrie zum Sachverwalter sicherer Arbeitsplätze machen. Wir erleben doch immer wieder, daß durch einseitige Rationalisierung und Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland Arbeitsplätze in größer Zahl vernichtet werden und Wachstum um jeden Preis keine Garantie für Vollbeschäftigung ist."

Stand der Tarifkämpfe

Textil:

Die Tarifkommissionen der Gewerkschaft Textil und Bekleidung fordern für die 620 000 Beschäftigten in der Textil- und Bekleidungsindustrie 8,2 % sowie 2 Tage mehr Urlaub. In Hessen und Rheinland-Pfalz wird die Einführung der 5-Tage-Woche für Schichtarbeiter gefordert. „Im Rahmen der 8,2 % Einkommensverbesserung (wird) eine Erhöhung der sog. Jahressonderzahlung (bis durchschnittlich 3,5 Prozent eines Monatseinkommens) um 5 Prozentpunkte angestrebt." (Aus: Textil und Bekleidung Nr. 3, Zeitung der Gewerkschaft Textil und Bekleidung) Für die Akkordarbeiter wird eine „Änderung der Bestimmungen über die Einarbeitungszeiten gefordert, so daß beim Wechsel der Arbeitsgänge keine Lohneinbußen entstehen". (Ebenda) Bisher haben die Kapitalisten der Textil- und Bekleidungsindustrie ein Angebot von 5,5 % gemacht. Die Verhandlungen, die für die Arbeiter der Bekleidungsindustrie zentral geführt werden (Forderung: 53 Pfennig pro Stunde), werden am 9. Mai fortgesetzt. Die Verhandlungen für Textil in Nordrhein, Hessen, Baden-Württemberg, Nord- und Südbayern am 3. Mai, Rheinland-Pfalz am 5. Mai und Schleswig-Holstein am 11. Mai.

Steinkohlebergbau:

Im Steinkohlebergbau wurde am 29.4. mit 6,4 % abgeschlossen. Der neue Tarif tritt ab 1. Mai in Kraft und hat eine Laufzeit von 12 Monaten. Die „vermögenswirksamen Leistungen" wurden um 13 DM auf 52 DM angehoben. In den Tarifbezirken Saarland und Nordrhein-Westfalen wurde in getrennten Verhandlungen dasselbe abgeschlossen.

Chemie:

Am 29.4. wurde in Hessen für die 90 000 Beschäftigten in der Chemieindustrie mit 7,0 % abgeschlossen. Die Tarifbezirke Nordrhein (210 000 Arbeiter und Angestellte) und Rheinland-Pfalz (83 000 Arbeiter und Angestellte) befinden sich in der Schlichtung. In beiden Tarifbezirken haben die Kapitalisten ein Angebot von 6,0 % gemacht. In Nordrhein fordert die Tarifkommission: 8,5 % für alle Angestellten und 8,5 % für die Arbeiter in den Lohngruppen 1 bis 3. Für die Arbeiter in den Lohngruppen 4 bis 6 werden 10,5 %, 11,3 % und 10,6 % gefordert. In Rheinland-Pfalz fordert die Tarifkommission 9,5 %.

Die beiden Tarifkommissionen der IG-Chemie der Tarifbereiche Niedersachsen und Bremen haben am 27.4. Forderungen beschlossen:

1. Die Sätze der Lohn- und der Gehaltstarifverträge werden um 9 %, mindestens jedoch um 0,75 DM pro Std. bzw. 130 DM pro Monat erhöht.

3. Die Sätze der Ausbildungsvergütungen werden im 1. und 2. Ausbildungsjahr um 80 DM, im 3. um 70 DM und im 4. Ausbildungsjahr um 60 DM erhöht.

5. Inkrafttreten der Verträge: 1. Mai 1977 – Laufzeit 12 Monate.

6. Wie in den vergangenen Jahren fordern wir auch diesmal die Festlegung einer Erklärungsfrist, in der die gewerkschaftlichen Vertrauensleute Gelegenheit haben, zu einem Tarifabschluß Stellung zu nehmen.

Kassel/Hertinghausen. Ende letzter Woche hat der Ratio-Vorstand erklärt, daß er nur 5,4 Prozent Lohnerhöhung zahlen wird. Alles was bei den Tarifverhandlungen darüber hinaus ausgehandelt würde, soll mit den übertariflichen Zulagen verrechnet werden.

Der Vertrauensleutekörper setzte sich sofort am Dienstag zusammen. „Jetzt müssen wir handeln." Die Vertrauensleute einigten sich darauf, an den 170 DM festzuhalten. Weiter wurden die Forderungen aufgestellt:

Keine Anrechnung der erkämpften Tariferhöhung auf die übertariflichen Zulagen!

Absicherung der übertariflichen Zulagen durch Betriebsvereinbarung!

Die Belegschaft wurde informiert und von 7.30 bis 8.30 Uhr wurde die Arbeit niedergelegt. Am Mittwoch, dem 27.4. brachten die Vertrauensleute ein Flugblatt heraus, in dem sie die beschlossenen Forderungen begründeten. Am gleichen Tag bekam die Firma Ratio doppelten Besuch: Vom Ratio-Kapitalisten Snoek und vom zuständigen HBV-Sekretär.

Der HBV-Sekretär informierte über den „Stand der Tarifverhandlungen". Dazu brachte er ein Flugblatt der HBV mit. „Die Unternehmer seien uneinsichtig, deshalb sind die Verhandlungen geplatzt." Als neuer Verhandlungstermin wird der 20. Mai angegeben. Außerdem sei man so weit gekommen, daß man vereinbart hat, eine Tariferhöhung in zwei Phasen durchzuführen. Die erste Erhöhung soll bis September laufen, dann käme automatisch eine weitere Erhöhung. Über die Höhe könne man aber jetzt nichts sagen, weil man sonst die Verhandlungen gefährden würde. Mit allen Mitteln versuchen die Sozialdemokraten, die Arbeiter zu spalten. Das ist ihnen bei den Ratio-Arbeitern nicht gelungen. Bei der DGB-Kundgebung in Kassel trugen sie u.a. ein großes Transparent mit den Forderungen:

„170 DM Festgeld! 1 500 DM Steuerfreibetrag!"

Die Bauarbeiter organisieren sich immer besser

Einen Tag vor Ende der Friedenspflicht zum 30.4. hat die Verhandlungskommission der IG Bau, Steine, Erden mit 6,4 % für die Bauarbeiter abgeschlossen.

Die Verhandlungen waren gescheitert, nachdem der Gewerkschaftsvorsitzende sich in der Tarifkommission nicht durchsetzen konnte. 102 Mitglieder stimmten gegen den von Sperner zur Annahme empfohlenen Schlichtungsvorschlag, 17 stimmten mit dem Gewerkschaftsvorsitzenden. In Frankfurt tagte der Beirat der Gewerkschaft, um die Vorbereitungen für Streik zu treffen. Einen Tag vor Ablauf der Friedenspflicht hat der Gewerkschaftsvorstand die Initiative ergriffen und sich noch einmal mit den Baukapitalisten zwecks Einigung an einen Tisch gesetzt.

Einen Auftrag der Bauarbeiter dazu hatte er nicht. Loben lassen kann er sich dafür lediglich von der Bourgeoisie. „Der Abschluß entspricht damit den ursprünglichen Vorstellungen des Schlichters." (FAZ, 2.5.)

6,4 % plus 0,8 % auf das 13. Monatsgehalt plus 1,5 % für die Facharbeiter ab Mai 1978, den Vorstellungen der Bauarbeiter entspricht das nicht:

„In den letzten Stunden der Verhandlungen waren demonstrierende Bauarbeiter in die Vorräume gekommen und mußten von den Verhandlungsführern beruhigt werden." (FAZ, 2.5.)

Einem Viertel der im Baugewerbe Beschäftigten, den Fachwerkern und Werkern, bringt dieser Abschluß etwa 55 Pfennig mehr pro Stunde. Facharbeiter erhalten 59 Pfennig. Bei diesem Unterschied von 55 zu 59 Pfennig versteht man die Absicht, die hinter der Sonderanhebung von 1,5 % steckt, für 4 Pfennig Unterschied lassen sich die Arbeiter nicht spalten.

Jugendliche, die bislang für 5 DM und 6,67 DM auf dem Bau schaffen mußten, sollen sich jetzt für 5,32 DM und 7,10 DM die Knochen schinden.

Jahrelang hatte der Vorstand der IG Bau, Steine, Erden gar nicht die Forderung für den Lohnkampf aufgestellt, sondern sich so mit den Kapitalisten „geeinigt". In diesen Jahren ist der Lohn der Bauarbeiter von der Lohnskala der Industrielöhne von Platz 6 auf Platz 20 heruntergedrückt worden.

Jetzt zeigte sich die Vorstandsetage der Gewerkschaft überrascht über den Verlauf dieses Tarifkampfes: Eine Forderung mußte aufgestellt werden, die Warnstreiks der Bauarbeiter machten das Schlichtungsergebnis unannehmbar. Angeblich wurde Streik vorbereitet. Wie sich gezeigt hat, hat Sperner nie vorgehabt, ihn zu führen. Die kapitalistische Rationalisierung und die Konkurrenzschlacht der Baukapitalisten haben innerhalb von 12 Jahren im Baugewerbe ein 450 000köpfiges Arbeitslosenheer hervorgebracht. Was die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie gleichermaßen überrascht, ist, daß der Druck der industriellen Reservearmee nicht seine zersetzende Wirkung auf den Zusammenschluß der Arbeiter und Angestellten hatte. Das Gegenteil ist eingetreten. Seit Beginn der kapitalistischen Krise steigt der gewerkschaftliche Organisationsgrad, und mit jeder Massenentlassung sprunghaft. 1965 waren 33,7 % der Arbeiter organisiert. 10 Jahre später 46,7 %, das sind 13 % mehr. Bei den Angestellten hat es bis 1973 keine Entlassungen gegeben. Die Zahl der Angestellten wurde von 1965 bis 1973 um 39 000 erhöht. In dieser Zeit haben die Angestellten den gewerkschaftlichen Organisationsgrad von 17,4 % auf 21,4 % gehoben. Mit Beginn der Massenentlassungen bei den Angestellten ist er sprunghaft auf 28,3 % angestiegen. Heute hat die IG Bau, Steine, Erden fast ebensoviele Mitglieder wie 1965 bei mehr als einer halben Million weniger Beschäftigten im Baugewerbe. Was sind die Ursachen des Zusammenschlusses der Arbeiter und Angestellten im Baugewerbe? Dem klassenkämpferischen Auftreten der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften ist das gewiß nicht zu verdanken.

Zwei wesentliche Punkte für den Zusammenschluß

Mit der kapitalistischen Rationalisierung hat sich der Charakter der Arbeit auf dem Bau geändert. Haben die Kapitalisten früher eine große Zahl ungelernte Arbeiter auf dem Bau für wenig Geld arbeiten lassen, geht das heute nicht mehr. 1963 gab es zum Beispiel 8 973 Turmkräne über 16 m/t, die bedient werden mußten. 1975 28 831 dieser Turmkräne. Das sind 221 % mehr. Die Anzahl der kleineren Kräne ist lediglich um 3,7 % gestiegen. Die Zahl der großen Bagger ist um 64 % gestiegen. Im Verlauf dieser Umwälzung wurde der Anteil der ungelernten Arbeiter auf dem Bau von etwa 45 % auf 25 % zurückgedrängt. In den letzten 10 Jahren sind doppelt soviele ungelernte Arbeiter entlassen worden wie Facharbeiter. Eine moderne Industrie hat die alte Bauweise abgelöst. Angestellten- und Arbeitertätigkeiten unterscheiden sich weniger. Ein modernes ausgebildetes Proletariat ist notwendig, die Maschinerie in Bewegung zu setzen. Unvermeidlich erkennen die Arbeiter dabei zunehmend ihre Fähigkeit zur kollektiven großen Produktion und schließen sich als Produzenten gegen die Kapitalisten zusammen.

Im Baugewerbe ist die Modernisierung in Form der kapitalistischen Rationalisierung lange und auch heute noch überdeckt von der großen Anzahl kleiner und kleinster Betriebe. Heute wie vor zehn Jahren gibt es 47 000 Betriebe mit 1 – 19 Beschäftigten. 330 000 Beschäftigte wie etwa vor zehn Jahren. Aber diese gleichen Zahlen täuschen einen ruhigen Verlauf der Geschäfte lediglich vor. Die Zahl der Arbeitsplätze in diesen Kleinstbetrieben schwankt bis zu 70 000. Die 47 000 Besitzer kleiner Betriebe von 1974 sind nicht dieselben wie die von 1963. 10 000 von Baupleiten hat es gegeben. Die Arbeiter fliegen ständig auf die Straße, und oft ist bei der Pleite das Geld für den Lohn auf einem Konto in der Schweiz gelandet. Gegen die Unsicherheit und Vernichtung der Arbeitsplätze schließen sich Arbeiter und Angestellte im Baugewerbe zusammen.

Dieser Zusammenschluß hat sich im Tarifkampf gezeigt. Er wird sich auch in der Urabstimmung gegen den 6,4-%-Abschluß zeigen.



Bauarbeiter auf der Maidemonstration in Hamburg

Das neue Scheidungsrecht: Vormundschaft und finanzielle Knechtung

Die Betroffenen haben es schnell gewittert. Das letzte große Reformwerk der sozialliberalen Koalition, die Neuregelung des Scheidungsrechts, ist ihr letzter großer Massenbetrugsversuch gewesen – ganz wie Steuerreform, Rentenreform, 218-Reform. Die Scheidung wird für die Armen erschwert, verteuert, verzögert. Wen wundert's, daß sich dieser Tage die scheidungswilligen Paare auf den Gerichtsfluren nur so drängeln: Am 1. Juli tritt das neue Recht in Kraft.

1975 ließen sich 106 829 Paare scheiden. Geheiratet haben 386 429. Auf nicht einmal vier Ehen kam eine Scheidung. Vor zwanzig Jahren gab es halb so viele Scheidungen und nur auf zehn neue Ehen eine Scheidung. Fortschreitender Zersetzungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft drückt sich darin aus. Die Bourgeoisie kann das sowenig hinnehmen wie die Zersetzung von Staat und Armee. Die bürgerliche Familie ist Grundfeste und Grundform der Gesellschaft von Privateigentümern. Sie soll die Isolation außerhalb der Produktion garantieren und Vermittlungsstelle der bürgerlichen Ideologie sein.

Das neue Scheidungsrecht versucht die Risse zu klammern. Das bisherige Recht begnügte sich mit der Feststellung, die Ehegatten seien einander zu ehelicher Lebensgemeinschaft verpflichtet. Das neue Recht setzt noch davor: „Die Ehe wird *auf Lebenszeit* geschlossen." Man kennt solches Ewigkeitsgefasel: Beim § 218 hat die Bourgeoisie der „Unvergänglichkeit" durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts Ausdruck verliehen. Dem Sterbenden ist Gott nahe, sagen die Pfaffen. Die Bourgeoisie wird auf ihre alten Tage fromm.

Die Worte machen's nicht. Der Gesetzgeber hat seinem Knechtungswillen ökonomischen Druck verschafft. Dieser macht aus dem neuen Scheidungsrecht ein Recht gegen die Armen.

1. Bisher war Voraussetzung für die Scheidung die Feststellung einer „schweren Eheverfehlung". Wo sich die Partner einig waren, haben sie notfalls eine erfunden, der Justiz zuliebe. So einfach geht das nicht mehr. Jetzt muß der Richter nicht nur das „Scheitern" der Ehe feststellen, sondern auch, daß ihre Wiederherstellung nicht mehr erwartet werden kann. Der himmlische Weitblick ist das Einfallstor für die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung: Wo es dem Staat angemessen erscheint, setzt er die Ehe zwangsweise fort.

2. Wo die eheliche Gemeinschaft tatsächlich schon längere Zeit nicht mehr besteht, hat der Staat auch das Interesse an ihr verloren. Da wird geschieden – ohne daß es sonst eines Nachweises bedarf –, wenn das Paar ein Jahr getrennt lebt und beide die Scheidung wollen (will nur einer geschieden werden, müssen es drei Jahre sein). Das ist eine relativ bequeme Art für diejenigen, die sich ein bzw. drei Jahre zwei Wohnungen leisten können. Das Arbeiterpaar mit Kindern kann es nicht.

3. „Herzstück" der Reform ist der sogenannte Versorgungsausgleich. Damit sind die Sozialliberalen bei den Frauen auf Stimmenfang gegangen. Sie würden gleichberechtigt, hieß es, weil sie im Fall der Scheidung an der Versorgungsanwartschaft des Mannes beteiligt würden. In Wirklichkeit geht es einzig darum, die Staatskasse vor den Scheidungsfolgen zu schützen und den öffentlichen und privaten Rentenversicherern den Säckel zu füllen helfen.

Die Sache ist so kompliziert, daß nach dem 1. Juli mit Sicherheit erstmal ein Stillstand von einem Jahr in der Scheidungsjustiz eintreten wird – meine die Richter, die jetzt die Kunst der Rentenberechnung lernen müssen.

Wie bei jedem Schwindel ist der Grundgedanke auch hier einfach: Man nimmt's dem einen weg und schiebt's dem andern zu. Das geht dann so: Gehen wir vom Regelfall und dem bisherigen Recht aus. Der Mann ist rentenversichert und hat während der Ehe eine bestimmte Anwartschaft erarbeitet. Im Fall der Scheidung ist die Frau dann auf die Sozialhilfe angewiesen, wenn sie selbst nicht erwerbstätig war und entweder als schuldig Geschiedene keinen Unterhaltsanspruch hat oder aber der Mann nicht zahlungsfähig ist.

Mit dieser Belastung des Staatssäckels soll aufgeräumt werden. Künftig wird das Gericht als Bedingung der Scheidung die Aufteilung der Rentenanwartschaft, die während der Ehezeit erarbeitet wurde, selbst aussprechen, und für den bis dahin nicht oder geringer Versicherten kraft Amtes eine Rentenanwartschaft beim Versicherer begründen (Rentensplitting). Um diesen übertragenen Teil wird die Rentenanwartschaft des anderen gekürzt. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau entpuppt sich als Recht auf gleiche Armut, denn keine der beiden Renten wird später zum Leben reichen.

Wo es Sünde gibt, da kann man sich loskaufen, sagt die fromm gewordene Bourgeoisie und hält die Tasche auf: Der „Rentengekürzte" darf seine Anwartschaft durch freiwillige Beitragsnachzahlung wieder auf den alten Stand bringen. Es ist der stumme Zwang der Not, der Arbeiter auf Jahre in die Überstunden- und Schichtarbeit preßt, wenn sie im Alter nicht hungern wollen, trotz Schufterei ihr Leben lang. Die Versicherer tun sich nicht nur an den Nachzahlungen gütlich, *ihr* Vorteil ist es auch, wenn statt einer voll bezahlten Rente für ein Ehepaar zwei geringere Renten an zwei Versicherungsnehmer bezahlt werden.

In grundsätzlich gleicher Form werden die Anwartschaften der Beamtenversorgung, der betrieblichen Altersversorgung und fast jeder anderen Rente aufgeteilt. Keinem reicht's zum Leben. Die plötzlichen Sorgen sollen als eine Folge der Scheidung erscheinen. Das Herzstück der Scheidungsreform ist nichts anderes als der Geldsack, mit dem die Armen geschlagen werden sollen, nachdem sie ihn gefüllt haben.

Nun ist schon mancher Geldsack, den die Bourgeoisie aufgehoben hat, auf ihre eigenen Füße zurückgefallen. – (vp, Darmstadt)

„Solch parasitärem Übel sollte begegnet werden"

Die Bourgeoisie entfaltet eine wilde Hetze zur Spaltung der Arbeiterklasse / Eine Presserundschau

Die Existenz eines Millionenheeres von Arbeitslosen ist den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern Anlaß, sich den Kopf der Kapitalisten zu zerbrechen:

„Die Vollbeschäftigung ist nur unter größten Anstrengungen zurückzugewinnen. Einerseits ist unsere Exportindustrie von der Gesundung der Weltwirtschaft abhängig, andererseits müssen wir aber auch im eigenen Land neue Impulse geben."

„Alle Verantwortlichen sind aufgerufen, den grundlegenden Anspruch des Menschen auf Arbeit in den Vordergrund ihrer Entscheidungen zu stellen." (Eugen Loderer in: Metall 8/77)

Die „Verantwortlichen" lassen sich nicht zweimal bitten. Unter allen Umständen sind sie für „neue Impulse" gegenüber dem „Problem Arbeitslosigkeit".

„Die Wahrheit ist: eine nicht ganz kleine Zahl der eine Million Arbeitslosen brauchte nicht arbeitslos zu sein."

Bei der „nicht ganz kleinen Zahl" denken die Bourgeois an rund 30 % der Arbeitslosen,

„die vorläufig gar kein festes Arbeitsverhältnis anstreben, sondern sich im Zustand der Arbeitslosigkeit, in dem sie auf Kosten anderer leben, offenbar ganz wohl fühlen",

und sind dafür:

„Solch parasitärem Übel sollte begegnet werden." (Alle Zitate aus Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.4.)

Die Wut der Kapitalisten richtet sich gegen die

„erkennbare(n) Vorbehalte des Arbeitslosen gegen die Arbeitszeit, die Arbeitsbedingungen, den Anfahrtsweg zur Arbeit und die Höhe der Entlohnung."

Es reizt die Kapitalisten bis aufs Blut, daß es ihnen bisher nicht, jedenfalls nicht in dem geplanten Ausmaß, durch den Druck auf die industrielle Reservearmee gelungen ist, die Fabriken noch mehr als bisher in Zuchthäuser und die Arbeit in Zuchthausarbeit zu verwandeln. Der Widerstand der Arbeiterklasse müsse gebrochen werden, fordern sie:

„Die Waffen der Arbeitsverwaltung scheinen nicht immer scharf genug, um Auswüchsen zu begegnen, oder sie werden nicht energisch genug eingesetzt."

„Der zahlenden Allgemeinheit wäre man's schuldig; und wenn die Arbeitsverwaltung ... härtere Konsequenzen zöge, wäre Wesentliches getan, um einer moralischen Erosion am Arbeitsmarkt und einer wachsenden Erbitterung des Gros der Beständigen zu begegnen." (FAZ, 25.4.)

Selten hört man sie so offen sagen, was jeder Arbeiter, zumal wenn er arbeitslos geworden ist, am eigenen Leibe erfährt: daß die Arbeitslosenversicherungen in den Händen der Ausbeuter Waffen gegen die Lohnabhängigen sind. Die Waffen sollen geschärft werden – die Kapitalisten rufen nach der Senkung des Arbeitslosengeldes:

„Und endlich stellt ... die Höhe des bei Arbeitslosigkeit verfügbaren Einkommens (Arbeitslosengeld, Kindergeld, u.U. Wohngeld und Zahlungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz) für den Arbeit Suchenden ein ‚Marktdatum' dar, das nicht zuletzt seine Entscheidung beeinflusse, sich nach einem neuen Arbeitsplatz umzusehen ..." (Handelsblatt vom 28.4.)

Die Frankfurter Rundschau beschwört bereits die Erfolge der Hetzkampagne gegen die arbeitslosen Lohnabhängigen:

„Es läuft derzeit eine Entsolidarisierungswelle unter den Beschäftigten .... Wer nicht in Arbeit ist, läuft immer stärker Gefahr ..., von den einstigen Kollegen als Faulenzer und Sozialschmarotzer pauschal verdächtigt zu werden. Die Mehrheit ‚wehrt' sich, denn es geht ihr noch gut. Aber sie ahnt in der Arbeitslosenmillion Bedrohungen ihrer eigenen Privilegien."

Nur durch Spaltung der Arbeiterklasse können die Kapitalisten ihre Absichten durchsetzen, die Ausbeutung der Arbeiter zu verschärfen und große Teile ins Elend herabzudrücken. In ihrer Hetze gegen arbeitslose und Arbeiter, die Arbeit haben, lassen sie über ihre Absichten keinen Zweifel. Unter dem Stichwort „Gründe der Arbeitslosigkeit"

... wird weitere Lohndrückerei vorbereitet:

„Konflikte scheinen sich auch schon in Form der erneut überhöhten Lohnsteigerungen ... abzuzeichnen .... Die jüngsten Tarifabschlüsse verschlechtern nach Ansicht der Bundesbank die Voraussetzungen für mehr Preisstabilität und erschweren den Abbau der Arbeitslosigkeit." (FAZ, 28.4.)

... werden Festgeldforderungen angegriffen:

„... speziell für die Problemgruppen der weniger qualifizierten Arbeitslosen wirkt sich ... erschwerend aus, daß über längere Zeit hinweg in den Lohnverhandlungen die Arbeitsentgelte in den unteren Lohngruppen durch Sockelbeträge u.ä. relativ stärker angehoben worden seien als in den besser verdienenden Lohngruppen."

„Wenn die Lohnpolitik nicht ihrerseits auf diese spezielle Situation der nicht oder weniger ausgebildeten Arbeitskräfte Rücksicht nimmt, wird der Abbau dieses Blocks der Arbeitslosen nur sehr zögernd vor sich gehen können." (HB, 28.4.)

... wollen sie die Lehrlingslöhne am liebsten ganz abschaffen:

„Auch die gestiegenen Anforderungen an die betriebliche Ausbildung ... in Verbindung mit stark erhöhten Ausbildungsvergütungen hätten ... tendenziell dazu beigetragen, daß weniger Ausbildungsplätze angeboten worden seien." (HB, 28.4.)

... wollen sie rundherum Errungenschaften der Arbeiterklasse rückgängig machen:

„Endlich sei nicht auszuschließen, daß das nur langsame Abschmelzen der Arbeitslosigkeit durch einige unerwünschte Nebenwirkungen an sich sinnvoller und allgemeinakzeptierter Maßnahmen der Sozialpolitik mitverursacht sein könnte. So seien z.B. die Berufschancen der einmal aus dem Arbeitsprozeß ausgeschiedenen älteren Arbeitnehmer ... ohne Zweifel dadurch beeinträchtigt worden, daß die Unternehmen im Hinblick auf ihre Verpflichtung zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bei der Besetzung freier Arbeitsplätze besonderen Wert darauf legten, jüngere gesunde Arbeitskräfte zu erhalten." (HB, 28.4.)

Die Gründe für die Arbeitslosigkeit seien bei der Arbeiterklasse selber zu suchen, ist der Tenor dieser zur Zeit durch die bürgerliche Presse gezogenen Kampagne. Und wer die Verantwortung trage, solle auch zahlen:

„Rücksicht bei den Tarifverhandlungen sind ein Preis, Verkürzungen der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich ein anderer, zumindest drohen aber hohe Sozialbeiträge." (FR, 23.4.)

Unter dem Appell an die Solidarität der Arbeiterklasse betreiben die Kapitalisten und ihre Schreiberlinge in den bürgerlichen Redaktionsstuben übelste Spaltung. Sie geben sich „sozial" und wollen nichts anderes, als sich, Vampiren gleich, durch verschärfte Schweißabpressung für den Kampf um die Weltherrschaft zu stärken. Dabei haben sie es eilig:

„... die Kosten pro Arbeiterstunde – ... dies ist eine für die internationale Wettbewerbsfähigkeit entscheidende Größe ..." (FAZ, 15.4.)

„Zumindest in der Industrie liege das deutsche Lohnniveau einschließlich der Lohnnebenkosten im internationalen Vergleich in der Spitzengruppe" (HB, 28.4.)

Verzicht auf Maßnahmen „könne sich die Bundesrepublik als exportorientiertes Land auf die Dauer nicht leisten." (FR, 26.4.) – (Z-Red.)

Brake. Die Schüler der berufsbildenden Schule I führen den Kampf gegen die Entlassung der kommunistischen Lehrerin Woitella, sie führen ihn als Kampf gegen das Notensystem.

Von 26 Schülern einer Abgangsklasse haben erst 11 eine Stelle als Berufspraktikanten. Die Landesregierung plant, durchzusetzen, daß das Praktikum nur im Verwaltungsbezirk durchgeführt werden kann. Das heißt für weitere drei Schüler, daß sie keinen Ausbildungsplatz haben. Die ganze Ausbildung war umsonst, wenn die Schüler nicht innerhalb von zwei Jahren das Berufspraktikum abgeleistet haben. Hinzu kommt, daß die Bezüge für Berufspraktikanten um 100 DM gekürzt wurden und jetzt bei 960 DM brutto liegen. Mehrere Schüler berichteten, daß sie Stellen für ca. 300 DM im Monat angeboten bekommen hätten.

Die Schüler haben gegenüber einigen Lehrern durchgesetzt, daß keine Fünfen und Sechsen gegeben werden. Mehrere Lehrer haben die Einheitsnote 2 gegeben. Der Schulleiter hatte eine Woche vorher noch einen Lehrer wegen der Vergabe von Einheitsnoten angegriffen, auf der Zulassungskonferenz für die Abschlußprüfung sah er sich in die Enge getrieben, weil jetzt mehrere Lehrer durch die Einheitsnote versuchten, den Druck des Notensystems zu mildern. Den Schülern angedrohte Fünfen verwandelte er nach längerer Ausführung darüber, wie schwierig doch das Geschäft der Notengebung sei, in Vieren.

Die Lehrer sind gegen den Rausschmiß der kommunistischen Lehrerin, sie dokumentierten das damit, daß sie sie zur Vorsitzenden der letzten Fachbereichskonferenz gewählt haben, mit nur vier Gegenstimmen (Schulleiter und die beiden stellvertretenden Schulleiter und Bürgermeisterin von Nordenham).

Die GEW-Betriebsgruppe an der Schule fordert die Einstellung des Verfahrens, sie hat einen Brief an die Lehrer der Berufsbildenden Schulen geschrieben, in dem dargelegt wird, daß der geplante Rausschmiß ein Schlag gegen alle Lehrer ist, die den Kampf der Schüler unterstützen und den Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führen.

Die GEW-Betriebsgruppe hat sich mit dem Transparent: Für politische und gewerkschaftliche Freiheiten im öffentlichen Dienst am 1.Mai beteiligt.

Die Arbeiterklasse muß den Kampf um das Schulwesen führen

Auseinandersetzung um das Notensystem auf dem Bremer Vulkan.

Bremen. Auf dem Bremer Vulkan hat es eine Betriebsratssitzung gegeben, auf der eine bisher bestehende Prämienregelung für Lehrlinge in Akkordkolonnen behandelt wurde. 50 DM beträgt die Höchstprämie. Bewertet werden:

- Pünktlichkeit am Arbeitsplatz
- Berichtsheftführung
- Schulische Leistung
- Willigkeit
- Auffassungsgabe

Auf einer Jugendversammlung haben alle Lehrlinge gefordert, daß diese Spalterprämie ersetzt wird durch einen einheitlichen Betrag von 50 DM für alle gleich, Dies ist im Betriebsrat verhandelt worden. Darüber hat es heftige Auseinandersetzungen gegeben. Die Linie der Sozialdemokraten war: Beibehaltung der Prämie, bei Überprüfung der „Leistunskriterien", weil „Anreiz und Leistung" müsse sein.

Andere Betriebsräte haben die Prämienregelung bekämpft, weil sie nur die Spaltung in die Reihen der Lehrlinge bringt, und die Gesellen zum Unterdrücker des Arbeiternachwuchses macht, weil sie die Lehrlinge mit beurteilen müssen. Vom Betriebsratsgenossen ist in die Debatte gebracht worden, daß die Prämienregelung nur der Fortsatz des Ausleseverfahrens sei, das an der bürgerlichen Klassenschule übers Notensystem organisiert wird, ein Ausleseverfahren, das den Kapitalisten die jugendliche Arbeitskraft nach deren Arbeitskräftebedarf vorsortiert.

Das ist von vielen Betriebsräten unterstützt worden. Die Mehrheit hat dann auch die Prämienregelung abgelehnt und sich den Forderungen der Lehrlinge angeschlossen. In späteren Gesprächen mit einigen Betriebsräten, haben diese enthüllt, welche Erfahrungen sie mit dem Notensystem gemacht haben. Ein Arbeiter erzählte, daß sein Sohn zu Hause, wenn er mit ihm geübt hat, wenig Rechtschreibefehler gemacht hat. In der Schule schreibe er allerdings nur Fünfen und Sechsen. Seinen Hausarzt daraufhin angesprochen, hat dieser seinem Sohn testhalber etwa 14 Tage ein Beruhigungsmittel verabreicht. Das Ergebnis waren Zweien und Dreien in Diktaten.

Ein anderer berichtete von seiner Tochter, die eine Lehrerin hatte, die selten Fünfen und Sechsen gab und auch Klassenarbeiten mit vielen Fünfen und Sechsen nicht wertete, um den Druck des Notensystems abzumildern.

Seit diese Tochter eine Lehrerin hat, die wie üblich Fünfen und Sechsen gibt, hat sich ihr Widerwille gegen die Schule um ein vielfaches gesteigert. Ein Jugendvertreter berichtete „meine Geschwister sind fast alles Bettnässer. Aufgefallen ist mir, daß meine Schwester eine ganze Zeit ihr Bett nicht eingenäßt hat, und zwar dann, wenn ein Lehrer die Vertretung übernahm, der die Zensurengebung mit den Kindern besprach."' Die Arbeiter, die dies berichteten, haben selber einen Eiertanz ums Versetzt- oder Nichtversetzt durchmachen müssen. Den Auslese- und Unterdrücker-Charakter des Zensurensystems haben die Arbeiter auch daran belegt, daß sie sich viele Fähigkeiten erst angeeignet haben mit Teilnahme an der organisierten Arbeiterbewegung. Deshalb, und weil verhindert wird, daß die jugendliche Arbeitskraft frühzeitig in die kapitalistische Fabrik geworfen wird, bringen sie der Kampagne „keine Fünfen und Sechsen" große Sympatien entgegen.

Auf dieser Grundlage wurde schnell klar, daß der Kampf um das Schulwesen von der Arbeiterklasse organisiert werden muß. Eine gute Möglichkeit, die Einheit voranzubringen, ist eine gemeinsame Veranstaltung der Vulkan-Arbeiter und der GEW, die der Betriebsrat organisieren muß. – (Betriebszelle Vulkan)

Lehrstellensuche mit Fünfen und Sechsen

Interview

Wann bist Du von der Schule abgegangen?

Überhaupt nicht. Ich bin nach den Weihnachtsferien von der Schule geflogen, weil ich im 10. freiwilligen Jahr öfter geschwänzt habe. Ich habe dann einen Brief von Schulrat Dageförde gekriegt, daß das 10. Jahr bei mir nicht weiter bewilligt wird.

Wie sah Dein Abgangszeugnis aus?

Rechtschreibung Sechs, Schrift und Form Fünf, Geschichte und Erdkunde Fünf, der Rest Vier und einige Dreien, eine Zwei in Sport.

Warum hast Du in Rechtschreiben eine Sechs gekriegt?

Der Unterricht war stinklangweilig. Andauernd wurde die Bestimmung von Substantiven wiederholt. Da schläft man unwillkürlich ein. Ich habe jetzt anhand von Flugblättern für Gewehre für die Jugend Zimbabwes Rechtschreiben geübt. Das macht mehr Spaß, weil ich an den Flugblättern selber mitgewirkt habe. Der Text ist interessanter, und ich mache auch Fortschritte in der Rechtschreibung.

Welche Erfahrungen hast Du bei der Lehrstellensuche gemacht?

Ich war bei Opel-Müller in Nordenham. Erst hat er gesagt: „Komm mal her, da kommen noch andere. Wir machen einen Test." Als er mein Zeugnis sah, hat er gleich hinzugefügt: „Eine Lehrstelle versprechen kann ich Dir nicht." Bei dem Test waren dann 17 Schüler, vier Lehrstellen waren zu vergeben. Rechtschreibübungen, Mathematiktest und Fragen wie: „Wer war der erste Bundeskanzler?" – damit haben sie uns getriezt. Ich hatte auch noch 39,8 Grad Fieber, so daß ich den Test völlig verhauen habe. Nur beim Formenbiegen eines Drahtes mit einer Zange war ich der beste. Die Lehrstelle hab ich nicht gekriegt. Dann war ich beim Bauunternehmer. Erst wurde mir eine Lehrstelle versprochen, daraus ist dann nichts geworden. Dafür hatte mir dieser Kerl einen Hilfsarbeiterjob für 3 DM die Stunde angeboten. Ich habe dankend abgelehnt.

Ich bin jetzt seit über drei Monaten arbeitslos. Mein Bruder ist auch arbeitslos. Er hat jetzt nach 1 1/2 Jahren für September eine Lehrstelle gekriegt. Meine Mutter ist tot, mein Vater ist Rentner. Damit ich meinen Alten nicht immer anpumpen muß, trage ich abwechselnd mit meinem Bruder Zeitungen aus. Ich suche jetzt weiter eine Lehrstelle. Meine beiden Brüder und ich sind im KJB bzw. KBW organisiert, um für den Sozialismus zu kämpfen.



Die Lehrlinge von Siemens/Braunschweig haben sich gegen die Unterdrückung durch den kapitalistischen Lehrherrn zusammengeschlossen.

Kiel. Mit einem relativ gutem Abiturszeugnis habe ich mich bei 58 Kieler Betrieben um eine Lehrstelle beworben. Dort, wo ich nicht gleich eine Absage bekam, wurde man in die „engere Auswahl" einbezogen und mußte sich besonderen Eignungstests (Rechtschreibung, Grundrechnungsarten, Formulierungsübungen und praktische Fähigkeiten) und einem „persönlichen" Gespräch unterziehen. Bei HDW wurden wir auf die Tauglichkeit im Akkord geprüft: In vorgegebener kurzer Zeit mußten wir möglichst viele Muttern auf Schrauben setzen und versuchen, die oberen 60 in die dafür vorgesehene untere Hälfte der Reihenfolge nach anzuordnen, und wieder zurück. Einige schafften bei äußerster Anstrengung über 30, der Schnitt lag bei 25. Die Kapitalisten nutzen die industrielle Reservearmee, um bei den Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, sich die kräftigsten und für den jeweiligen Produktionsablauf „fähigsten" auszusuchen. Nach 50 Bewerbungen habe ich in Kiel eine Lehrstelle bekommen.

Hamburg. Der SPD-Landesparteitag unternimmt ein neues Manöver, um den Kampf gegen Fünfen und Sechsen, gegen das Notensystem und für Einheitsschule zu verwirren:

Die sozialdemokratischen Delegierten sprachen sich dafür aus, daß die schlechte Handschrift nicht die Zensur an der Oberstufe des Gymnasiums herabdrücken soll und daß Mängel in Rechtschreibung, Zeichensetzung und Grammatik bei dèn Oberstufenklausuren nicht mehr zum Punkteabzug führen soll.

Ein Manöver sind diese Beschlüsse, weil 1. bis zur Oberstufe (also ab 11. Klasse) die Aussieberei in Sonder-, Haupt-, Realschüler und Gymasiasten sowieso abgeschlossen ist, 2. die Unterdrückung der Schüler in der Oberstufe und die Abrichtung als Nachwuchs für die Bourgeoisie nicht mehr geschehen braucht über Diktate oder den richtigen Satzbau, sondern das Notensystem voll zur Geltung gebracht wird in der Beurteilung von Inhalten, z.B. bei Aufsätzen in Deutsch oder Gemeinschaftskundearbeiten.

Kiel. 600 Anteilscheine für je 1 DM hat der KJB bislang im Rahmen der Kampagne „Gewehre für die Jugend Zimbabwes" verkauft.

Lübeck. Die Zellen des KBW führten eine Spendenkampagne „Gewehre für die Jugend Zimbabwes" durch. Mit 10 durch eine Vorbereitungsveranstaltung für die Aktion gewonnenen Jugendlichen führten sie eine Flugblattaktion, Plaketten- und Literaturverkauf durch, sowie eine Spendensammlung mit Flohmarkt. Den vorläufigen Abschluß der Aktion bildete ein Fußballturnier mit 18 Teilnehmern und eine Veranstaltung, auf der für den weitern Verlauf der Kampagne eine Kleidersammlung beschlossen wurden. Das Ergebnis bis jetzt: 113,79 DM für Gewehre für die Jugend Zimbabwes. Mit den gewonnenen Jugendlichen wird über den Aufbau eines KJB in Lübeck beraten.

Hannover. Im Annastift sollten ab 1.5. Abteilung für Abteilung die Stempeluhren eingeführt werden. Zum 1.5. sollten die Abteilungen Schulausbildung, Beschäftigungstherapie, Krankengymnastik und Röntgenabteilung und das Berufsbildungswerk stempeln. Später sollten die anderen Abteilungen folgen.

Am 26.4. fand eine Erzieherkonferenz der Abteilung Schulausbildung dazu statt, die die Stechuhren ablehnte und eine Mitarbeitervollversammlung forderte. Die Stempelkarten wurden eingesammelt und an die Personalabteilung zurückgeschickt.

Die Zivildienstleistenden des Annastiftes und die Lehrer der Sonderschule für Körperbehinderte unterstützen den Beschluß der Erzieherkonferenz. Am Donnerstag erging eine dienstliche Aufforderung des stellvertretenden Vorstehers Pastor Szagun an die Abteilung Schulausbildung, die Stempelkarten gegen Unterschrift wiederzuholen. In der Erzieherkonferenz vom Freitag, den 29.4. wurde dagegen der Beschluß vom 26.4. bekräftigt und dem Hausvorstand mitgeteilt, daß so lange nicht gestempelt wird, bis die Mitarbeiterversammlung darüber beraten hat. Gleichzeitig wurde eine Unterschriftensammlung für eine Mitarbeitervollversammlung eingeleitet. Am Freitag nachmittag hat sich die Mitarbeitervertretung gegen das Stempeln ausgesprochen und dies dem Hausvorstand mitgeteilt. Dieser Beschluß muß auf der Mitarbeitervollversammlung von allen Beschäftigten bekräftigt werden. Bisher haben über 150 Kollegen für eine Mitarbeiterversammlung unterschrieben.

Durchsichtiges Spiel

„Renten erreichen Rekordniveau", meldet die „Frankfurter Allgemeine" am 26.4. „Von 1972 bis 1976 stiegen die Renten Jahr für Jahr um zweistellige Raten; sie führten dazu, daß sich die Rente eines Durchschnittsverdieners mit 40 Versicherungsjahren in diesem Jahrzehnt bisher annähernd verdoppelte. Seine Rente betrug 1969 noch 460 DM und erreichte zuletzt mit der Rentenerhöhung vom 1. Juli 917 DM", führte das „Handelsblatt" aus (22./23.4.77). Die Propaganda geht auf Spaltung der alten Arbeiter von ihrer Klasse: „Auch im Jahr 1977 ist zu erwarten, daß der Kaufkraftzuwachs bei Rentnern höher sein wird als bei beschäftigten Arbeitnehmern." Die Bourgeois schrecken vor keiner noch so unverfrorenen Lüge zurück. Die durchschnittliche Rente betrug 1976 nach Angaben der Veröffentlichungen der Rentenversicherung 656,56 DM. Diese Renten„höhe" erreichten über die Hälfte aller Rentenbezieher – 53,2 % – *nicht*. Über 900 DM Rente bezogen 1976 überhaupt nur gerade 31 % aller Rentner. Die Bourgeoisie mag in der derzeitigen Rente ein „Rekordniveau" sehen und eine „Bevorzu-
mag in der derzeitigen Rente ein „Rekordniveau" sehen und eine „Bevorzu-
gung der Rentner gegenüber den beschäftigten Arbeitnehmern". Das zeigt nur, auf welches Elendsniveau sie sowohl Renten wie Löhne und über die Löhne wieder die Renten drücken will. Der Lügenpropaganda wurden prompt auch Ankündigungen weiterer Rentenkürzungen hinterhergeschickt: „SPD und FDP haben im zuständigen sozialpolitischen Ausschuß des Bundestages das von der Regierung vorgelegte Gesetz zur Rentensanierung verschärft. Dies trifft vor allem freiwillig Versicherte und alle Versicherten, die Ausbildungszeiten geltend machen können, aber auch Beamte und Bezieher einer vorgezogenen Altersrente." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.4.)

Kiel. „Am 12. Mai findet beim Amtsgericht Itzehoe ein Prozeß statt gegen das Mitglied unserer Bürgerinitiativer Johann Hüdepohl, nachdem von ihm gegen einen Strafbefehl in Höhe von über 300 DM Einspruch erhoben wurde. Anklagepunkt ist ‚Hausfriedensbruch', begangen am 30.10.76 auf dem Gelände der NWK in Brokdorf. Ankläger ist die NWK.

Am 30.10.76 demonstrierten an die 6 000 Menschen gegen das KKW in Brokdorf. In den weiteren Angriffen auf die Baustelle hat sich diese Zahl auf über 30 000 erhöht. Das Ziel dieser Menschen war und ist es, das KKW Brokdorf und das Energieprogramm der Bundesregierung zu Fall zu bringen. Wir, die BI Kiel, (Stadtteilgruppe Holstenplatz) unterstützen diesen Kampf, weil der Bau der KKW den Profitinteressen der Kapitalisten dient. Für die Arbeiter bedeutet das Energieprogramm weitere Rationalisierung, Verschärfung der Arbeitshetze und eine Beschleunigung der Ruinierung ihrer Existenz, für die Volksmassen insgesamt eine Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen und Gefährdung ihrer Gesundheit.

Wir halten den Kampf gegen KKW's und das Energieprogramm der Bundesregierung für gerecht, und halten auch Platzbesetzungen für legitime Kampfmittel. Wir kämpfen weiter unter den Forderungen:
- Kein Kernkraftwerk in Brokdorf und anderswo
- Sofortige Räumung der Baustelle
- Weg mit dem Energieprogramm der Bundesregierung
- Keine Wiederaufbereitungsanlagen und Atommülldeponien
- Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen

Wir, die BI Kiel „Kein KKW in der Ekkernförder Bucht und anderswo" (Stadtteilgruppe Holstenplatz) fordern:
Sofortige Einstellung des Verfahrens gegen Johann Hüdepohl!
Sofortige Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren!"

„Das Kuratorium muß die Tariferhöhung sofort auszahlen"

An der gesamten Universität mit Ausnahme der Kliniken ist die Lohnerhöhung im April nicht ausgezahlt worden. Ein Angestellter am IV. Physikalischen Institut hat am Montag letzter Woche eine Wandzeitung erstellt, in der es heißt: „Bis heute hat der Kurator der Universität noch keinen Pfennig der Lohn- und Gehaltserhöhung ausgezahlt. Das ist ein glatter Bruch des Tarifvertrags, denn für die einmalige Zahlung von 100 DM ist tariflich festgelegt, daß diese ausgezahlt werden muß. Die Verwaltungsleitung der Uni-Kliniken hat sich nicht getraut, die Erhöhung im April zurückzuhalten. Der Kurator denkt, bei der Belegschaft der übrigen Universität kann er sich das leisten.

Auf diese Art und Weise werden wir gleich zweimal betrogen. Zum einen durch den niedrigen 5,3 %-Abschluß, bei dem wir draufzuzahlen haben, zum anderen durch die Verzögerung der Auszahlung und die anschließend überhöhten Steuerabzüge. Allein die Nichtauszahlung der 100 DM an der Universität bringt der Landesregierung mit ca. 4 000 Beschäftigten: 400 mal 100 DM ist gleich 400 000 DM verzinst zu 2 % effektiv ist gleich: 8 000 DM monatlich.

So hat die Staatskasse ein Monatsgehalt für den Herrn Kurator, der gerade dabei ist, Rationalisierungen gegen die Reinigungsfrauen durchzusetzen, herausgeschunden. Durch die Nichtauszahlungsmethode bereichert sich der Staat an seinen Bediensteten.

Die Gelder gehen u.a. für Investitionszulagen und die militärische Aufrüstung weg. Den Bruch des Tarifvertrages können wir nicht hinnehmen, der Dienstherr kann sich nicht alles leisten. Wir müssen zum Lohnbüro in der Theaterstraße gehen, und verlangen, daß der Tarifvertrag auf den Tisch gelegt wird. Das Kuratorium muß die Tariferhöhung sofort auszahlen. Insbesondere die 100 DM Streckungszulage." Im Institut wurde heftig darüber diskutiert. Es stellte sich heraus, daß die Beschäfigten gegen die Verzögerung und für die sofortige Auszahlung der Tariferhöhung sind. „Der Kurator kann sich nicht alles leisten", war die Stimmung. Allerdings wurde nicht beschlossen, sofort zum Lohnbüro zu ziehen, um das Geld zu holen. Der Grund war, daß die Beschäftigten sich nicht einigten darüber, ob sich der Kampf um die Auszahlung der Tariferhöhung nun gegen die Sachbearbeiter im Lohnbüro richtet oder nicht. Die Sachbearbeiter sind überlastet, auf jeden entfallen 300 Konten. Sie haben für Ausgeschiedene und Kranke mitzuarbeiten und schieben Überstunden. Diese Arbeitshetze hält der Kurator aufrecht, um seine Ausplünderungspolitik als Naturübel verkaufen zu können, nach dem Motto: „Was nicht geht, geht nicht." Wir sollen dadurch vom Kampf um die Auszahlung abgehalten werden. In der Diskussion wurde geklärt, daß nicht die Sachbearbeiter schuld sind an der Nichtauszahlung, sondern der Kurator. Also wurde der Kurator angerufen. Der war aber angeblich nicht da.

Es setzte sich die Meinung durch, zunächst den Gesamtpersonalrat zu beauftragen, einen Brief an den Kurator zu schreiben, in dem die sofortige Auszahlung der Streckungszulage gefordert wird. Der Gesamtpersonalrat hat auf seiner Sitzung abgelehnt, einen Brief zu schreiben, weil ja ohnehin die Auszahlung im Mai erfolge.

Jetzt haben Beschäftigte des chemischen Instituts die Initiative ergriffen. Sie fanden den Vorschlag, den wir in unserer Betriebszeitung gemacht haben, richtig, und wollen am Mittwoch zum Kurator gehen. Dadurch ermutigt, werden sich auch die Beschäftigten des physikalischen Instituts anschließen. – (Zelle Uni-Institute Göttingen)

EG-Agrarminister lassen den „Milchberg" abtragen

Erfreut und verärgert zugleich haben die Agrarminister der westeuropäischen imperialistischen Staaten die Agrarpreisrunde der EG abgeschlossen, nachdem sie bereits vor vier Wochen geplatzt war. Erfreut, weil trotz der scharfen Konkurrenz, die unter ihnen herrscht, ihre ganze Gemeinschaft nicht zum Platzen gekommen ist, was weitreichende Folgen für ihre sonstigen wichtigeren Bündnisse zur Folge hätte. Erfreut sind sie vor allem über die beschlossenen Maßnahmen zu tausendfacher Bauernlegerei, die ihnen die weitere Kapitalisierung und Konzentrierung der Landwirtschaft ermöglichen soll, und über die Ausplünderung der Volksmassen mittels Preiserhöhungen. Bekanntlich war die Beseitigung des „Milchberges" eines der Hauptprobleme. Klarer ausgedrückt, die geplante Ruinierung der Milchbauern. Eine Milchabgabe von 1,5 % pro Liter ist beschlossen worden. Sie drückt den Erzeugerpreis der Milchbauern. Davon sollen die Maßnahmen zur Beseitigung des „Milchberges" bezahlt werden, wie Prämien für Verfütterung von Milchpulver an Schweine, für Schlachtungen und Umstellung der Milchwirtschaft auf andere Produktion.

Die zusätzlichen Maßnahmen zu ihrer Ruinierung sollen die Milchbauern damit gleich selbst zahlen.

Um die Ruinierung der kleinen und mittleren Bauern insgesamt voranzutreiben, sind Preiserhöhungen von durchschnittlich 3,5 % getroffen worden, die entweder die gestiegenen Kosten der Bauern in keiner Weise decken oder mit der Anpassung an die Preise an die anderen Währungen direkt gesenkt werden.

Verärgert sind die westeuropäischen Imperialisten insbesondere über das Auftreten der englischen Imperialisten, von denen sie behaupten, sie hätten sich aufgeführt wie die alte englische Kolonialmacht. Die englische Delegation hatte ultimativ gefordert, entweder erhalten die englischen Großbauern und Handelskapitalisten Subventionszahlungen für Butter oder sie bringen die Preisrunde erneut zum Platzen. Die englischen Imperialisten wollen sich an den Subventionen bereichern. Zudem müssen sie bei Steigen der Butterpreise befürchten, daß sich die englischen Arbeiter die Butter nicht vom Brot nehmen lassen und den Lohnkampf weiter verstärken. Hämisch kommentiert die Süddeutsche Zeitung die Schwierigkeiten der englischen Imperialisten: „Für die Regierung in London ist das nicht ganz unwichtig. Sie muß den Briten billige Butter aufs karge Brot schmieren, um den Sozialpakt mit den Gewerkschaften zu retten."

Auch wenn die übrigen Imperialisten die Subventionen nicht aus ihren Profiten zahlen, sondern den Volksmassen über Preissteigerungen und Steuern aufbürden, sind sie darüber verärgert. Insbesondere die BRD-Imperialisten. Zähneknirschend haben sie der Bereicherung der englischen Bourgeoisie zugestimmt, wo sie diese Gelder doch lieber in ihren eigenen Taschen sehen. Die Süddeutsche Zeitung kommentiert: „Insbesondere die Bundesrepublik ... kann sich angesichts ihrer Erlöse aus dem Industriegüterexport in die europäischen Nachbarländer kaum bestimmten Hilfsmaßnahmen widersetzen."

Mit einer minimalen Senkung des Butterpreises wollen die englischen Kapitalisten eine weitere Lohnsenkung der Arbeiter erwirken. Die westdeutschen Imperialisten wittern damit Konkurrenzvorteile für ihren britschen Konkurrenten. Für die Arbeiter und Bauern bedeuten die Agrarpreisbeschlüsse Ausplünderung und Ruinierung. Die Imperialisten in Europa konkurrieren darum, wer es besser kann. – (Z-Red.)

Atomkanzler und Atomregierung oder Regierung des Finanzkapitals

Zum „Bundeskongreß der Bürgerinitiativen" am 14./15.5.

Der Kampf gegen das Energieprogramm der Bundesregierung wird solange geführt, bis es zu Fall gebracht ist. Darüber sind sich die Gegner der Kernkraftwerke nicht einig, sondern es gibt in der Bewegung gegen die Kernkraftwerke verschiedene politische Anschauungen, wie der Kampf gegen die Kernkraftwerke geführt werden soll.

Diese Auseinandersetzung wird jetzt auf dem „Bundeskongreß der Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen" geführt werden. Schon der Name dieses Kongresses macht die falsche Stoßrichtung dieses Kongresses klar. Denn führen die Arbeiter und Bauern den Kampf gegen Atomanlagen, wie einst Don Quichotte gegen die Windmühlen gekämpft hat?

Dies werden sie bestimmt nicht tun. Dies sind aber die Absichten der verschiedenen bürgerlichen Kräfte in der politischen Bewegung. „Zweck einer solchen Bundeskonferenz soll es vorrangig sein, die taktischen und strategischen Fragen unseres Kampfes zu diskutieren, über die Kriminalisierungsmaßnahmen seitens des Staates und der Atomindustrie zu beraten, sowie Fragen der besseren Koordination und Kommunikation zu besprechen." (Einladung zum Bundeskongreß)

Nach dem Tagesordnungsvorschlag soll über das Atomprogramm als erstes gesprochen werden. „Das Atomprogramm ist gefährlich, weil Atom radioaktiv ist." Auf dieser politischen Linie will man sich einigen, um den weiteren Kampf auf der bürgerlichen Linie zu organisieren.

Kernkraftwerke sind Energieanlagen für den Profit, dies ist der Zweck, warum die Kapitalisten solche Kernkraftwerke bauen. Das Energieprogramm soll die Ausbeutung der Arbeiterklasse, die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Produktionsprozesses nicht nur sichern, sondern in der Schlacht gegen die imperialistischen Konkurrenten Vorteile bringen. Die Energieanlagen sollen die Selbständigkeit des westdeutschen Imperialismus gegenüber den Ländern der Dritten Welt vergrößern.

Das Energieprogramm, das nicht nur Atomkraftwerke einschließt, sondern auch die Kohlekraftwerke einschließt, wird durch die Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiterklasse aufgebracht. Von den Kapitalisten wird der billige Strom für den kapitalistischen Produktionsprozeß benutzt, um der Arbeiterklasse Mehrarbeit abzupressen.

Nicht nur, daß die Massen durch das Energieprogramm ausgeplündert werden. Sondern durch das Energieprogramm wird gleichzeitig erreicht, daß die Bauern um ihre Existenz gebracht werden.

Nicht Atom ist gefährlich, sondern die Kapitalistenklasse, die herrscht, strahlt diese Gefährlichkeit aus und beutet die Arbeiterklasse aus und unterdrückt sie.

Der Kampf muß gerichtet werden gegen das Energieprogramm der Bundesregierung und gegen die Bourgeoisie, weil sie dafür verantwortlich ist und mit ihrer imperialistischen Herrschaft die Arbeiterklasse unterdrückt.

Daß es um die Herrschaft der Kapitalistenklasse, um den Profit der Konzerne und großen Banken geht, verschweigen die Opportunisten in ihrer Einladung.

Zur Zeit führt die Bundesregierung ihren „Bürgerdialog" um die Kernkraftwerke durch. Die Bundesregierung wird als Atomregierung angegriffen, nicht aber als eine Regierung, die die Interessen der Kapitalisten vertritt. Ideologische und politische Zersetzung betreiben die Opportunisten mit der Atomideologie. In den Gewerkschaften sind trotzdem in der Vorbereitung des 1. Mai Beschlüsse gefaßt worden. Die Vollversammlung der Vertrauensleute bei VW-Hannover hat einen Beschluß gegen den Bau von Kernkraftwerken gefaßt, und das DGB-Ortskartell Preetz mußte die Forderungen gegen das KKW Brokdorf in seinen Parolenblock aufnehmen. Es wird die nächsten Aufgabe der Revolutionäre sein, die Einheit der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse herzustellen. Dies wollen die Opportunisten auf keinen Fall.

Dazu haben sie sich schon eine Strategie der weiteren Spaltung überlegt. Eine nationale BUU-Zeitung soll den breiigen Zusammenschluß auf der bürgerlichen Linie herstellen, sie soll eine „gemeinsame Gegenöffentlichkeit schaffen". „Die Zeitung soll nicht Forum einer Richtung sein, es dürfen in ihr nicht bestimmte Formen des Widerstandes diktiert werden und andere ausgeschlossen werden. D.h. auf der gemeinsamen Grundlage eine pluralistische Ausrichtung für die verschiedenen Vorstellungen innerhalb der beteiligten Bürgerinitiativen." (Vorschlag für bundesweite Zeitung, BUU Hamburg)

Es geht den Opportunisten weiterhin um die Ausbreitung ihrer Sammlungsbewegung, dazu ist eine pluralistische Zeitung gerade das Ideale. Alle „fortschrittlich-bürgerlichen" Kräfte werden damit operieren. „Auffassung, nach der die Wirklichkeit aus einer Vielheit von Bereichen besteht, die sich nicht aufeinander zurückführen lassen", steht unter dem Begriff „pluralistisch" im Lexikon. Also sollen sich die verschiedenen bürgerlichen Strömungen gegen Atom-, für Sonnen- und Windenergie einigen auf eine solche Zeitung. Dies kann man auch schlecht offen zugeben, deshalb pluralistisch.

Der Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen das Energieprogramm der Bundesregierung wird hergestellt. Die Beratungen der Massen müssen unterstützt werden. Die politischen Kräfteverhältnisse in den Gewerkschaften müssen geändert werden. Der Zusammenschluß im Kampf gegen die einzelnen Kernkraftwerke muß vorangetrieben werden. Dies wird den Kampf gegen das Energieprogramm und den Kampf gegen die Ausplünderung der Volksmassen Schritte voranbringen.

Regionalleitung Nord des KBW
Ständiger Ausschuß



Westberlin. Am Montag hat das Gericht das Rodungsverbot für das Kraftwerk Oberjägersweg bekräftigt. In der Urteilsbegründung heißt es, daß die Rodung eine Vorwegnahme der Baugenehmigung sei. Die Richter sollen also die Bewegung gegen das Kraftwerk Oberjägersweg an die Entscheidung im Genehmigungsverfahren binden. Außerdem sagte der Richter, man müsse sich wegen der Lage Westberlins daran gewöhnen, daß die Luft hier schlechter ist als in Westdeutschland.

Die Opportunisten vom KB Nord und der Gruppe Rote Fahne feierten dieses Urteil als Sieg. Sie wollen ebenfalls die Bewegung binden an die Entscheidungen des bürgerlichen Staates, um so die Bewegung zu spalten und die Besetzung des Bauplatzes aufzuheben.

Demgegenüber muß weiter an der Besetzung festgehalten werden, um die Forderung „Kein Kraftwerk" durchzusetzen.

Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Polizisten

Stadtteilspiele fördern die Zersetzung bei Polizei und Bundesgrenzschutz



Göttingen. Am Sonnabend, 30. April, führten der Kommunistische Jugendbund Göttingen und das Soldaten- und Reservistenkomitee ein Stadtspiel durch. Ziel war die Polizei. In der Polizeiwache am Schildweg haben mehrere Polizisten den Aufruf der ehemaligen Polizisten, Grenzschützer und Zeitsoldaten genommen und uns am Montag eingeladen, noch einmal darüber zu diskutieren, um der Dienstaufsicht Dampf zu machen. Überall an den Polizeiwachen sind jetzt die Forderungen: Lohnfortzahlung! Jederzeitiges Kündigungsrecht! zu sehen. Auf dem Markt fehlt seit Sonnabend die schwarz-rot-goldene Fahne.



Oldenburg. Im Verlauf eines Stadtspiels der KJB's im Bezirk Weser-Ems wurde in Oldenburg an der Hindenburgkaserne obiges Transparent angebracht. Es entspricht den Interessen derjenigen, die sich am Wochenende hinter dem Zaun aufhalten müssen. Darauf haben wir zu Recht vertraut.

Kraftwerksgegner gekauft?

„Geld läßt Kraftwerksgegner verstummen." Mit dieser Schlagzeile kam die WAZ am 30.4. heraus, alle Tageszeitungen hatten es am Montag auf den vorderen Seiten. 72 Einwohner aus Bergkamen-Heil, die einen Sammeleinspruch gegen den Bau eines Kohlekraftwerkes eingelegt hatten, bekommen jeder 20 000 Mark von der STEAG, einer Tochter der Ruhrkohle AG, wenn sie den Sammeleinspruch fallen lassen. Ein großes Interesse hat die STEAG daran, daß das Kraftwerk gebaut wird. Getrieben von der Sorge um Arbeitsplätze, wie die SPD in Bergkamen behauptet?

Mit diesem Argument, das sich auf die Zeche „Monopol" bezieht, die geschlossen werden soll (4 000 Arbeiter und Angestellte), wenn das Kohlekraftwerk nicht gebaut wird, sind angeblich 183 Einwohner bewogen worden, den Einspruch zurückzunehmen. Tatsächlich hat es sich um Erpressung gehandelt. 3 000 DM Prozeßkosten vorneweg im Fall der Niederlage hat das Gericht für jeden, der Einspruch eingelegt hat, angeordnet.

Bergkamen ist ein Ort mit zahlreichen Villen, wo viele Kleinbürger wohnen. Die Spaltungsversuche der SPD und die Erpressung hatten auf die Initiative ihre Wirkung gezeitigt. Den Rest soll jetzt die Bestechung durch die STEAG bewirken. Die STEAG muß sich riesige Profite versprechen, wenn sie bereits vor dem Bau des Kraftwerkes 1,5 Millionen investiert, allein um bauen zu dürfen. Gibt es einen Kapitalisten, der 1,5 Millionen investiert, um Arbeitsplätze zu schaffen? Überall ist das Gegenteil der Fall. Riesige Summen werden investiert, um lebendige Arbeitskraft einzusparen, daß mußte sogar die Bundesregierung als Ergebnis ihres Investitionsprogramms kürzlich bekannt geben.

Daß es nicht um Arbeitsplätze geht, das hat die Bestechung und die Bestechlich-
Daß es nicht um Arbeitsplätze geht, das
hat die Bestechung und die Bestechlich-keit einiger Kleinbürger in Bergkamen zumindest gezeigt. Die bürgerliche Presse tut so, als seien die Bestochenen die größeren Lumpen, weitaus größere Lumpen sind jedoch die Herren der STEAG und ihre Gehilfen aus der SPD, denen jeder Weg recht ist, um an Profit zu kommen.

Krankenkassen wollen die Verletzungen bei der Demonstration in Grohnde nicht zahlen (Kieler Nachrichten, 25.4.). Demonstranten, die am 19.3. in Grohnde durch den Polizeieinsatz verletzt worden sind, sollen die Kosten für den Krankenhausaufenthalt und die ärztliche Behandlung selbst bezahlen. Mehrere Krankenkassen verweigern die Übernahme der Kosten mit der Begründung, daß die Demonstranten durch die Teilnahme am Kampf gegen das Kernkraftwerk Grohnde ihre Verletzungen selber verschuldet haben. Die Bürgerinitiativen haben inzwischen einen Unterstützungsfonds gebildet.

Asse. Kreistag und Samtgemeinderat Asse haben die Einlagerung von hochradioaktivem Müll in der Asse genehmigt. Jedes weitere Vorgehen gegen die Atommülldeponie bezeichnete ein Kreistagsmitglied als verfassungsfeindlich. Das Komitee „Kein Atommüll in die Asse und auch nicht anderswohin" hat beschlossen, den Kampf fortzusetzen. Die weitere Einlagerung muß verhindert werden. In einer Presseerklärung des Vorstands heißt es: „Werden sich die Arbeiter und Bauern sowie alle anderen Teile des Volkes einig, werden wir die Schließung der Atommülldeponie Asse II erreichen."

Braunschweig. Die Schülervertreter der Krankenpflegeschulen Salzdahlumer Straße und Holwedestraße haben in einer gemeinsamen Sitzung folgende Erklärung zum § 218 verabschiedet:

„Der neue § 218 stellt Abtreibungen weiterhin unter Strafe. Sein Kernstück sind die Beratungsstellen. In ihnen werden schwangere Frauen kontrolliert und registriert. Dort soll ihnen eingeredet werden, die Abtreibung sei ihr individuelles Problem. Das ist nicht wahr. Im Öffentlichen Dienst wurde gerade ein Tarifabschluß vorläufig durchgesetzt, der absoluten Lohnraub bedeutet. Mit den 5,3 % können die Preis-, Steuer- und Tariferhöhungen nicht ausgeglichen werden. Die Krankenpflegeschüler, die nach dem 31.3. eingestellt werden, erhalten sogar eine Reallohnsenkung von mehr als 11 %.

In dieser Lage werden die Kinder immer mehr zum reinen Kostenproblem, wird der Zwang zur Abtreibung mit Sicherheit erheblich verschärft. Wir können es nicht hinnehmen, daß Frauen und Familien noch dafür bestraft werden, wenn sie diesem Zwang folgen. Wir können es nicht hinnehmen, daß der Staat, der selbst diesen Zwang durch Lohnraubabschlüsse im Öffentlichen Dienst und durch Steuer- und Tariferhöhungen kräftig verstärkt, daß Strafgesetz § 218 aufrechterhält und durchsetzen will. Wir können in der Frage des § 218 nicht auf diesen Staat hoffen, sondern müssen dies selbst entscheiden und den Kampf führen für ersatzlose Streichung des § 218 unter den Forderungen:

Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!

Wir werden Bekannte und Freunde zur nächsten Mitgliederversammlung des Komitees gegen den § 218 einladen und einen Vertreter der Schülervertretung dort hinschicken. Die Schülervertretung wird in den Kursen weiterhin über den Kampf gegen den § 218 berichten und ihn unterstützen."

„Ihr Männer der Regierung, ihr könnt uns alle mal"

„Früher waren es die Hexen, heute demonstrieren wir gegen Vergewaltigung" (...) „Verändern können wir so nichts, aber es ist gut, überhaupt mal was zu machen" (...) „Kann sein, daß die Unterdrückung der Frau gesellschaftliche Ursachen hat, aber sollen wir auf den Sozialismus warten?" (...)

In vielen Städten der Bundesrepublik fanden am Vorabend des 1. Mai Frauendemonstrationen statt. In Frankfurt, wo wir dabei waren, waren 3 000 Frauen gekommen.

Die Demonstration stand unter der Losung „Wir erobern uns die Nacht zurück". Wer an der Demonstration teilgenommen hat? Hauptsächlich Schülerinnen und Studentinnen, aber auch Krankenpflegeschülerinnen, wir haben nachgefragt und das waren die Antworten.

Die offizielle Propagandastoßrichtung war „gegen die Männer". Es gab Parolen wie „Hallo Süßer, Du wirst immer fieser". Das gleiche auf gespreizt und auf die schwüle Melodie des Liedes He ho, spann den Wagen an, . . .gesungen: „Frauen, leistet Widerstand, gegen Ver – ge – waltigung im Land". Die inoffizielle Stoßrichtung war anders.

„Ihr Männer der Regierung, ihr könnt uns alle mal, wir sind die roten Frauen, wir werden radikal . . .", die Männer der Regierung wurden ausgetauscht gegen „Ihr Chefs und Profs" usw. Dazu wurde getanzt.

Wir hatten von der Demonstration aus einem „Frauen Info" des Frankfurter „Frauen-Asta" und von Plakaten erfahren. Wir haben uns überlegt, ob wir an dieser Aktion teilnehmen.

Es ist doch so: Die Ideologen dieser Frauenbewegung behaupten immer, die kapitalistische Klassenherrschaft habe „mit dem Problem nichts zu tun". Aber das stimmt nicht. Weil wir Kommunisten nicht nur für die Einheit der Ausgebeuteten und Unterdrückten sind, sondern oftmals mehr die Spaltung fürchten, als wirklich für die Einheit eintreten, sind wir gegenüber der Frauenbewegung oft so aufgetreten: Was Ihr tun müßt, ist Euch mit den Männern im Klassenkampf zusammenschließen, und die besondere Unterdrückung der Frau ist zweitrangig. Ein Problem als „zweitrangig" zu bezeichnen, ist auch keine Methode, es zu lösen. Der KBW besteht zu etwa 40 % aus Mitgliedern weiblichen Geschlechtes und die Leitungsebenen ungefähr auch. Unter den vielen Frauen, mit denen wir gesprochen haben, war kaum eine, die den KBW nicht gekannt und als „frauenfeindlich" bezeichnet hätte. Irgendwie will das nicht zusammenpassen. Aber es ist eine Tatsache. Auf die Maidemonstration des kommenden 1. Mai wollte auch fast keine der Frauen gehen. „Keine Lust".

Die Frauendemonstration war an mehreren Punkten knapp vor der Frage der Spaltung. Das war so, als Männer am Straßenrand umringt wurden und mit Mehl bestäubt. Diese Männer waren nicht die „Chefs", waren nicht die „Profs" und „Männer der Regierung" waren es schon gleich gar nicht. Um der Wahrheit willen, wen es erwischt hat, waren meist gutmütige Arbeiter und Angestellte, denen man ansehen konnte, daß sie's sich gefallen lassen würden. Da gab's dick Krach in der Demonstration.

Große Einheit. Ein Pulk von Polizei steht am Straßenrand, mit Sprechfunkgeräten usw. Eine Gruppe von dreißig, vierzig Mädchen kreist sie ein, tanzt um sie herum, hält ihnen die Fackeln unter die Nase. Fast alle hatten Trillerpfeifen dabei, ein Höllenlärm.

Ein Hotel, es machte einen feineren Eindruck. Man saust rein, streut Mehl. Alles klatscht.

Die Frauengruppen, besser die Häuptlinge davon, schlagen vor, man soll zum Bahnhof. Denn die Stoßrichtung ist doch gegen „Belästigung". Die gibt's an Bahnhöfen, denn dort sind viele „Türken". So reaktionär wurde es *wirklich* begründet. Die Demonstration will nicht, aber weggehen geht auch nicht.

Im Bahnhof selber große Verwirrung. Man geht aus dem Bahnhof raus. Die Demonstration schrumpft. Man geht noch durch einige Straßen des Bordellviertels. Die führenden Frauen sind dagegen. Ein Zuhälter kriegt seine Jacke voll.

Die „führenden Frauen" rufen auf, in einen naheliegenden Park zu gehen und ein „Fest" zu machen. Der Zug wird von der Polizei in den Park geführt. Die Luft ist raus seit der Sache mit dem Bahnhof.

Die meisten Mädchen sagen: Na, immerhin haben wir mal was gemacht. Und gehen heim. Die Sache ist ein bißchen traurig.

Auf das „Fest" sind wir nicht mehr mitgegangen. Ein Fest unter Bewachung der Polizei, die „vor Belästigung" schützt, das war *uns* zu blöde. Den meisten anderen Frauen, die da waren, *auch*.

Warum wir überhaupt hingegangen sind?

Die Mehrzahl der Mädchen, – wir denken, daß 2/3 unter zwanzig waren –, ist lohnabhängig oder wird es sein. Ja, aber nicht einfach lohnabhängig. Es steht schon genauer fest, was sie werden sollen. Nicht Fabrikarbeiter, die meisten nicht. Sie sollen in den mittleren Etagen der kapitalistischen Produktionsstätten tätig werden. Sie bilden das Heer der Verwaltungsarbeiterinnen. Sie werden Kindergärtnerinnen, Lehrerinnen, Krankenschwestern oder sind es auch schon geworden.

Vom Schicksal der produktiven Arbeiter sind sie getrennt. Oft nicht mal durch bedeutend höheres Verdienst, stärker wirkt die Trennung durch Freiheit von körperlicher Arbeit. Man macht sich nicht dreckig.

Insbesondere in den Metropolen der imperialistischen Länder macht diese Schichtung der Lohnarbeiter Zehn-, Hunderttausende aus.

In diesen Berufen, es sind sehr viele „Laufbahnberufe" darunter, stellt sich sogleich heraus, daß für Frauen keine Sprossen auf der Laufbahn sind. Für die meisten Männer auch nicht, aber erstens sind es nicht so besonders viele Männer in diesen „Berufen" und zweitens kommen einige von ihnen auf die Laufbahn. Produktiver Arbeiter zu sein, ist in der kapitalistischen Gesellschaft kein Glück, sondern ein Pech. Arbeiter, produktiver Arbeiter zu werden, ist unter kapitalistischen Verhältnissen ein blöder Ratschlag.

Die Schicht der Lohnarbeiterklasse aber, aus der sich die Frauenbewegung speist, besteht überwiegend aus Frauen, und soweit sie aus Männern besteht, stellt der Zustand eher ein Durchgangsstadium dar, auf jeden Fall der Möglichkeit nach.

Ein *kompliziertes* Verhältnis entsteht. Für die Bourgeois stellen diese Mädchen die durch körperliche Arbeit nicht so früh verbraucht sind, das Freiwild ihrer sportlichen Frauenjagd dar. Da die Furcht vor der Lohnarbeit im produktiven Sinne, also die Furcht vor der Fabrik besteht, besteht auch spontane Hoffnung auf Ausweg nach oben. Gute Jagdbedingungen für die reichen Menschenverächter.

Da versteht man schon, warum alle klatschen, wenn ins Foyer eines feinen Hotels das Mehl gestreut wird. Es ist sozusagen eine Ankündigung, daß die kommende Frauengeneration die Sache mit den „Geschäftsreisen" anders sieht. Auch der Augenaufschlag zum profilierten Wissenschaftler wird nicht mehr geübt. „Ihr könnt uns alle mal." Das ist fortschrittlich.

Warum die Frauen „unter sich bleiben" wollen. Weil sie sich gegen Spaltung durch Konkurrenz um Männer schützen wollen. Wenn das Auto teuer ist, so ist auch das Mädchen „hübsch".

Davor ekeln sich die Frauen und da haben sie schon recht. Warum sympathisieren richtige Bourgeoisfrauen mit dieser Bewegung? Wegen der „Würde der Frau"? Aber woher denn. Die Sorge der Professorengattin ist die Frische der Studentinnen. Wenn die Mädchen spröde werden, ist das diesen Schlampen schon recht; Bündnis ist das freilich keines, aber den Anschein macht es manchmal –.

Für die Arbeiterinnen stellt sich das Problem nicht so und vor allem nicht für viele. Wegen der oben beschriebenen Erscheinungen gibt es seitens der Arbeiterinnen viel Verachtung.

Bei den Arbeitern ist es so, daß sie diese Dinge sehen. Das bildet einen gewissen Nährboden für die vielen Zoten.

Wir haben an dieser Demonstration teilgenommen. Wir denken inzwischen, die ganze Sache hat eine Stoßrichtung gegen die Reichen, gegen die Bourgeois, gegen ihre Menschenverachtung. So muß man sie dann auch führen.

Aber die Gefahr, daß es von der Bourgeoisie in die entgegengesetzte Richtung gezogen wird, die ist schon groß. Daß man nach mehr Polizei wegen Schutzes vor „Belästigung" ruft.

Der Charakter der oben aufgeführten Arbeiten als Lohnarbeit kommt durch die Entwicklung des Kapitalismus immer stärker heraus. Lohnarbeiter zu sein, bedeutet im Kapitalismus nicht nur Unterdrükkung durch die herrschende Kapitalistenklasse, es bedeutet auch die Möglichkeit zum Kampf um die Befreiung von der Herrschaft der Bourgeoisie und allen ihren Begleiterscheinungen.

Warten auf den Sozialismus? Wenn man das macht, dann kommt er nie, weil er muß erkämpft werden und er kann bloß erkämpft werden, indem die Ausgebeuteten und Unterdrückten ihre Würde behaupten.

Wenn sich jetzt die jungen Mädchen in Tausendschaften von den Männern abgrenzen, praktisch schaut es so aus, daß sie sich von den Reichen abgrenzen und dabei wird es der Natur der Sache nach auch enden.

Wenn sie aber nicht in die Arme von irgendeinem Spießer zurückfallen wollen, dann müssen sie schon mehr machen, als in ihrer „Jugend" mal auf die Straße gehen.

„Frauen, gegen Vergewaltigung". Ja schon. Das Problem der Vergewaltigung stellt sich aber für die Männer und die Frauen, wenn sie lohnabhängig sind. Denn ihre Fähigkeiten werden gefesselt, werden vergewaltigt. Worum es geht bei der Frauenbewegung, ist Abgrenzung gegen Prostitution.

Da sind wir dafür. Aber ein Mädchen, das in einem Büro einen Streik organisiert, hat dafür auch was Entscheidendes, nicht mehr rückgängig zu machendes geleistet, gerade wie dieser Tage im Medizinerstreik, wo man es mit den Professoren zu tun hat.

Vorwärts müßt Ihr, wenn Ihr zurückgeht, dann lauert da der Bourgeoismann, vor dem Euch zu Recht graust, dann lauert da auch das Elendsdasein der Hausfrauenspießerin, die ihre Ketten als einen Schmuck empfindet.

Wir finden, daß unsere Organisation in der Auseinandersetzung mit der Frauenbewegung Fehler gemacht hat. Es ist rechts, sich von den doofen Ideen einiger offensichtlicher Bourgeoisschlampen an der Spitze über den sozialen Charakter einer Bewegung täuschen zu lassen.

Es gibt noch viele Fragen in diesem Zusammenhang. Man sollte etwas mehr darüber reden. – (Z-Red.)

Ab Montag, den 2. Mai, 8 Uhr: Streik aller medizinischen Fachbereiche

Seit Montagmorgen um 8 Uhr ist an den medizinischen Fachbereichen der Streik gegen die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen im Praktischen Jahr in Westberlin, Hamburg, Düsseldorf, Aachen, Frankfurt, Mainz/Klinik, Heidelberg, Ulm und Freiburg eingeleitet. An den Fachbereichen in Göttingen, Münster, Homburg (Universität Saarbrücken) und Köln/Klinik, wo ebenfalls die bisher stärksten Urabstimmungsergebnisse erreicht werden, aber das Quorum knapp verfehlt wird, beschließen die Studenten noch am Montag, sich dem Streik anzuschließen. An der Vorklinik in Freiburg wird der rechten Fachschaft wie in den Vorwochen bereits denen in Düsseldorf und in Münster das Mißtrauen von der Vollversammlung ausgesprochen und ein Streikrat gewählt, der die Urabstimmung zum Anschluß an den Streik sofort einleiten soll. Weitere Urabstimmungen zum Anschluß an den Streik werden vorbereitet in Essen, an der Vorklinik in Mainz und an den bayrischen Fachbereichen. In Kiel, wo ebenso wie in Bayern das Semester erst in dieser Woche begonnen hat, beteiligten sich schon am ersten Tag der Urabstimmung 370 Studenten, das ist etwa ein Viertel der abstimmungsberechtigten Studenten.

Am Dienstag, dem zweiten Tag des Streikes, ist praktisch an 11 Fachbereichen mit über 20 000 Medizinstudenten der gesamte Vorlesungsbetrieb lahmgelegt. Die weitere rasche Ausdehnung des Streiks schon zu Beginn dieser Woche kann jedoch durch die DKP-Revisionisten im Verein mit den Jusos verhindert werden: Auf der VDS-Fachtagung am Wochenende hatten sie versucht, den mit 40 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen gefaßten Streikbeschluß der Fachschaftsräte zu verhindern und den „Streikbeginn ... auf den 16.5. zu verschieben". Es gelingt ihnen nun in Hannover und in Gießen, den Anschluß der Studenten dieser Fachbereiche an den Streik gleich am Anfang der Woche zu verhindern.

Die Reaktionäre bereiten Gegenschläge vor: In Westberlin wird schon am Montag Polizei gegen Streikposten eingesetzt, um Streikbrechern den Zugang zu eröffnen. In Heidelberg und Freiburg wird bekannt, daß die Rektoren am Montagabend „Krisenstäbe" einberufen haben; in Frankfurt versammeln sich am Dienstag die Professoren und drohen mit der Aberkennung des Semesters.

Die Studenten bereiten dagegen weitere Schritte zur Stärkung der Streikfront und des Kampfes vor: Schon am Anfang dieser Woche wurde in Freiburg, Frankfurt, Hamburg und Heidelberg beschlossen, in der Stadt am Samstag bzw. Freitagabend für die Forderungen nach Ausbildungs- und Tarifvertrag zu demonstrieren. Angestrebt wird, für diese Demonstrationen auch die Unterstützung der Studenten an den anderen Fachbereichen und die Beschäftigten an den Kliniken, insbesondere der Krankenpflegeschüler und Schwesternschülerinnen zu gewinnen, die sich bereits in zahlreichen Grußadressen solidarisch mit dem Streik der Medizinstudenten erklärt haben. So hat eine Demonstration von über 600 Medizinstudenten durchs Klinikum Frankfurt im Anschluß an die Universitäts-Vollversammlung große Aufmerksamkeit unter den Beschäftigten und Beifall gefunden. Nach der Mitgliederversammlung der VDS hat inzwischen auch der Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV der Fachtagung Medizin offiziell die Unterstützung der Streikforderungen erklären müssen.

Die Streikfront an der Universität Düsseldorf steht

Nachdem die größte Vollversammlung der Medizinstudenten an der Uni mit über 500 gegen drei Stimmen letzte Woche Dienstag Urabstimmung für Streik und Streik auf Grundlage der VDS-Forderungen beschlossen hatte, wurde von Mittwoch bis Freitag die Urabstimmung durchgeführt. 60 Prozent der Medizinstudenten beteiligten sich. 75 Prozent, also 943, stimmten für Streik. An die Beschäftigten wurden Flugblätter verteilt, die zur Unterstützung ihres Kampfes aufrufen. Ab 7 Uhr werden vor allen Hörsälen und Veranstaltungsräumen Streikposten aufgestellt. Um 8 Uhr gelingt es Professor Hase, mit einer Handvoll Streikbrecher in einen Hörsaal einzudringen, um die Physiologievorlesung zu beginnen. Aber schnell sind zwanzig, dreißig Studenten im Hörsaal, fordern die Streikbrecher auf, sich dem Streik anzuschließen. Alle Versuche des Professors, seine Vorlesung zu beginnen, scheitern. Nach einer Viertelstunde muß er sie abbrechen.

Um 10 Uhr dann Vollversammlung. Der Hörsaal ist brechend voll, über 700 Studenten sind gekommen. Der Beschluß der VDS-Fachkonferenz Medizin, den bundesweiten Streik auszurufen, wird begeistert begrüßt. Dann erfahren wir, daß das physiologische Praktikum des Erzreaktionärs Staib mit 30 Streikbrechern durchgeführt werden soll. Die Vollversammlung beschließt einstimmig, das zu verhindern. 300 ziehen hin, hindern den wutentbrannten Professor an weiteren Ausführungen und diskutieren mit den Streikbrechern. Nach zwanzigminütiger Debatte schließen diese sich dem Streik an, die Durchführung des Praktikums ist verhindert.

Am ersten Streiktag gelingt es nur Professor Lochner vom physiologischen Institut, mit 20 Streikbrechern einen Kurs durchzuführen. Ansonsten werden alle Lehrveranstaltungen erfolgreich boykottiert.

Auch am zweiten Streiktag konnten alle Vorlesungen, Seminare und Kurse verhindert werden, trotz offener Drohungen einiger reaktionärer Professoren, keine Scheine auszugeben.

Um 10 Uhr findet wieder eine Vollversammlung statt, an der erneut 600 bis 700 Studenten teilnehmen. Es wird beschlossen, am frühen Nachmittag einen Demonstrationszug zum Wissenschaftsministerium zu machen, um sich dort den zuständigen Staatssekretär Mondry vorzuknöpfen. Weiter wird beschlossen, ab Mittwoch ein Streikinformationszentrum in der Stadt einzurichten.

Stürmischen Applaus gibt es für die PJ-Absolventen, die sich zur Hälfte dem Streik angeschlossen hatten und an der Vollversammlung teilnahmen. Einstimmig wird eine Resolution verabschiedet, die die Drohungen des Rektors der Universität, Suchy, gegen den Streik der Medizinstudenten verurteilt.

Die Streikfront an der Universität Düsseldorf steht. Selbst der RCDS, der die Fachschaft Medizin besetzt hält, mußte unter Druck der Bewegung den VDS-Forderungen und dem Streik zustimmen. Und auch der MSB Spartakus traute sich bislang nicht, offen für den Abbruch des Streiks nach einer Woche einzutreten. was ihr Bundesvorstand beschlossen hat.



Bericht vom zweiten Streiktag Westberlin

Dienstag, 3.5.1977: Ab morgens war die Physiologie durch Polizei besetzt, die erst am Nachmittag abzog zur Anatomie.

Die Vorlesungen in der Anatomie wurden abgesetzt, die Praktika weitgehend bestreikt. Durch Polizeieinsätze wurde den Streikbrechern der Weg freigemacht: rund 35 von 370 im Präparierkurs, im Biologie- und Physiologie-Praktikum etwa 10 % bis 20 % (davon ein gut Teil Zahnmediziner).

Klinikum Westend: Vorlesungen fanden nicht oder nur mit einem Studenten statt. Der Pathologie-Kurs wurde bestreikt, 10 Streikbrecher kamen durch die Hintertür. Eine Stunde nach Praktikumsbeginn kam ein Mannschaftswagen der Polizei, der jedoch unverrichteter Dinge wieder abzog.

Klinikum Steglitz: Im Praktikum der Klinischen Chemie von Professor Dulce kam es zu einem Polizeieinsatz gegen die Streikketten, 5 von 70 kamen so ins Praktikum. Der Pathologisch-Histologische Kurs wurde verhindert. In Diskussionen erklärten die Assistenten ihre Unterstützung für die Forderungen. Nach einer Stunde wurde der Kurs erneut abgebrochen durch die streikenden Studenten. (10 Streikbrecher hatten sich reingeschlichen und wollten Privatkurs machen). Der gynäkologische Untersuchungskurs wurde weitgehend verhindert.

Praktisches Jahr: Die PJ-Studenten im Kaiserin-Auguste-Viktoria-Krankenhaus haben den Streik aufgenommen, die anderen PJ-Studenten des 7. Semesters noch nicht. Die PJ-Studenten des 8. Semesters am Klinikum Steglitz haben eine erneute Urabstimmung eingeleitet, um sich dem Streik anzuschließen. Das alte Urabstimmungsergebnis war 20 für Streik, gegen 21. Jetziger Stand: 16 für, 2 gegen, 2 Enthaltungen.

Dienstag, zweiter Streiktag

Köln. 100 % Streik der klinischen Semester, etwa ein Siebtel der üblichen Studenten nimmt an Vorlesungen der Vorklinik teil. Die PJ-ler entscheiden nur mit 28 zu 27 für Streik, d.h.: Quorum nicht erreicht.

Köln. Praktisch keine Lehrveranstaltung findet statt außer in der Vorklinik. 250 Teilnehmer der Vollversammlung bilden Streikrat aus Semestersprechern, Streikposten werden mehrheitlich abgelehnt; am Nachmittag beginnt eine Veranstaltung mit Professoren.

Bonn. Die Urabstimmung läuft noch.

Düsseldorf. Lehrbetrieb lahmgelegt. Vollversammlung mit 600 Teilnehmern (siehe Bericht).

Bochum. Die Lehrveranstaltungen haben stattgefunden. Ein Informationszentrum ist aufgebaut und Diskussionen über

mit einem Drittel Teilnehmer stattfinden. Die Uni-Vollversammlung unterstützt die Medizinstudenten und ruft zur Beteiligung an der Demonstration zur Gesundheitsbehörde am 6.5. auf.

Kiel. Obwohl der größte Teil der Lehrveranstaltungen noch nicht begonnen hat, haben sich am zweiten Tag der Urabstimmung mit 500 Studenten fast ein Drittel aller Studenten an der Urabstimmung beteiligt.

Hannover. Der Beschluß der Vollversammlung, nicht zu streiken, ist noch nicht durch einzelne Semesterbeschlüsse zum Streik korrigiert. Auf einer Diskussionsveranstaltung wird die Auseinandersetzung mit den Professoren geführt.

Göttingen. Von der Vollversammlung wird mit etwa 250 Stimmen bei 10 bis 15 Gegenstimmen ein Antrag der Rechten

Köln. 100 % Streik der klinischen Semester, etwa ein Siebtel der üblichen Studenten nimmt an Vorlesungen der Vorklinik teil. Die PJ-ler entscheiden nur mit 28 zu 27 für Streik, d.h.: Quorum nicht erreicht.

Köln. Praktisch keine Lehrveranstaltung findet statt außer in der Vorklinik. 250 Teilnehmer der Vollversammlung bilden Streikrat aus Semestersprechern, Streikposten werden mehrheitlich abgelehnt; am Nachmittag beginnt eine Veranstaltung mit Professoren.

Bonn. Die Urabstimmung läuft noch.

Düsseldorf. Lehrbetrieb lahmgelegt. Vollversammlung mit 600 Teilnehmern (siehe Bericht).

Bochum. Die Lehrveranstaltungen haben stattgefunden. Ein Informationszentrum ist aufgebaut und Diskussionen über Anschluß an den Streik werden geführt.

Essen. Die Lehrveranstaltungen haben stattgefunden. Auch hier werden Diskussionen über Beteiligung am Streik geführt.

Duisburg. Eine Vollversammlung mit etwa 650 Teilnehmern unterstützt Streik.

Münster. Zu etwa 70 % ist der Lehrbetrieb durch den Streik nicht gestört.. 100 MTA-Schüler, die nach der Vorlesung eines Reaktionärs den Raum belegen, solidarisieren sich per Akklamation mit dem Streik.

Frankfurt. Keine Lehrveranstaltungen finden statt. Nach einer mit nur 200 Teilnehmern besetzten Vollversammlung treffen sich nachmittags 200 Studenten zu Aktionen in der Stadt und um die Demonstration am Samstag vorzubereiten. Abends Veranstaltung mit Vertretern der Ministerien und Professoren.

Marburg. Lehrbetrieb findet statt. Der DKP-geführte AStA bringt Erklärung in die Uni-Vollversammlung ein, die die „Aktionstage gegen das PJ" unterstützt. Der Streik wird verschwiegen.

Gießen. Die Lehrveranstaltungen haben im wesentlichen stattgefunden. In Arbeitsgruppen arbeiten etwa 50 Studenten, um die Forderungen zu propagieren und Aktionen vorzubereiten. Die Vollversammlung der Fachhochschule Friedberg erklärt sich solidarisch.

Wiesbaden. Die ÖTV-Betriebsgruppe Jugendamt mit 37 Mitgliedern erklärt sich für Unterstützung des Streiks.

Mainz. Kaum Lehrveranstaltungen haben noch stattgefunden. Vollversammlung beschließt Go-in beim Kultusminister und Demonstration in der Stadt. An der Vorklinik wird mit 400 gegen 10 ebenfalls Streik beschlossen und durchgesetzt.

Homburg/Saarbrücken. Keine Lehrveranstaltungen und sonstigen Übungen finden statt.

Hamburg. Der Lehrbetrieb wird bestreikt bis auf kleine Kurse, die teilweise mit einem Drittel Teilnehmer stattfinden. Die Uni-Vollversammlung unterstützt die Medizinstudenten und ruft zur Beteiligung an der Demonstration zur Gesundheitsbehörde am 6.5. auf.

Kiel. Obwohl der größte Teil der Lehrveranstaltungen noch nicht begonnen hat, haben sich am zweiten Tag der Urabstimmung mit 500 Studenten fast ein Drittel aller Studenten an der Urabstimmung beteiligt.

Hannover. Der Beschluß der Vollversammlung, nicht zu streiken, ist noch nicht durch einzelne Semesterbeschlüsse zum Streik korrigiert. Auf einer Diskussionsveranstaltung wird die Auseinandersetzung mit den Professoren geführt.

Göttingen. Von der Vollversammlung wird mit etwa 250 Stimmen bei 10 bis 15 Gegenstimmen ein Antrag der Rechten auf Abbruch des Streiks zurückgewiesen. Mit 120 zu 103 Stimmen wird beschlossen, daß die Streikposten Ketten bilden, um keinen durchzulassen. Am Physiologischen Institut, wo die Rechten den Streik organisiert zu brechen versuchen, wird durch tägliche Versammlung die Verhinderung gesichert.

Westberlin. Siehe nebenstehenden Bericht.

Ulm. Bis auf ein Praktikum und eine Physiologie-Vorlesung des 6. Semesters mit wenigen Teilnehmern: Streik. Der Unihausjurist tritt in den Vorlesungen an und droht mit dem Ordnungsrecht.

Konstanz. Auf der Universitätsvollversammlung am Mittwoch schlägt die Liste Aktionseinheit einen Solidaritätsstreik mit den Medizinstudenten vor. Die Initiative für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum in Ravensburg erklärt sich solidarisch.

Freiburg. Bis auf einige Stationspraktika mit 3 bis 5 Studenten hat nichts stattfinden können. Erste Streikbrecher traten auf: 10 von 200 haben ein Praktikum gemacht.

Mannheim. Die PJ-ler streiken. Auf einigen Abteilungen wurden Maßnahmen gegen Streikbruch debattiert. In einigen Fällen haben Schwestern Maßnahmen gegen Streikbrecher ergriffen. Mittags findet eine Vollversammlung statt. Vertreten sind der ÖTV-Kreisvorsitzende, der Personalratsvorsitzende und die Jugendvertretung. Die Studenten prüfen, ob der Streik möglich ist.

Heidelberg. Bestreikt wird zu 96 bis 100 %. An der Uniklinik im OP haben 12 Krankenschwestern und Ärzte eine Solidaritätserklärung abgegeben. In der Chirurgie haben sich Krankenhausangestellte an der Bildung von Streikketten beteiligt. Für Mittwoch kündigen die Reaktionäre die Durchsetzung einer bereits einmal verschobenen Anatomie-Klausur an. Einige Professoren drohen mit Ordnungsrecht. Die Vollversammlung der Fachhochschule Mannheim solidarisiert sich, ebenso die Vollversammlung der Mathematik-Studenten.

Bericht vom zweiten Streiktag Westberlin

Dienstag, 3.5.1977: Ab morgens war die Physiologie durch Polizei besetzt, die erst am Nachmittag abzog zur Anatomie.

Die Vorlesungen in der Anatomie wurden abgesetzt, die Praktika weitgehend bestreikt. Durch Polizeieinsätze wurde den Streikbrechern der Weg freigemacht: rund 35 von 370 im Präparierkurs, im Biologie- und Physiologie-Praktikum etwa 10 % bis 20 % (davon ein gut Teil Zahnmediziner).

Klinikum Westend: Vorlesungen fanden nicht oder nur mit einem Studenten statt. Der Pathologie-Kurs wurde bestreikt, 10 Streikbrecher kamen durch die Hintertür. Eine Stunde nach Praktikumsbeginn kam ein Mannschaftswagen der Polizei, der jedoch unverrichteter Dinge wieder abzog.

Klinikum Steglitz: Im Praktikum der Klinischen Chemie von Professor Dulce kam es zu einem Polizeieinsatz gegen die Streikketten, 5 von 70 kamen so ins Praktikum. Der Pathologisch-Histologische Kurs wurde verhindert. In Diskussionen erklärten die Assistenten ihre Unterstützung für die Forderungen. Nach einer Stunde wurde der Kurs erneut abgebrochen durch die streikenden Studenten. (10 Streikbrecher hatten sich reingeschlichen und wollten Privatkurs machen). Der gynäkologische Untersuchungskurs wurde weitgehend verhindert.

Praktisches Jahr: Die PJ-Studenten im Kaiserin-Auguste-Viktoria-Krankenhaus haben den Streik aufgenommen, die anderen PJ-Studenten des 7. Semesters noch nicht. Die PJ-Studenten des 8. Semesters am Klinikum Steglitz haben eine erneute Urabstimmung eingeleitet, um sich dem Streik anzuschließen. Das alte Urabstimmungsergebnis war 20 für Streik, gegen 21. Jetziger Stand: 16 für, 2 gegen, 2 Enthaltungen.

Ergebnisse der Urabstimmung der Medizinstudenten an 17 Hochschulen

	Abstimmungsberechtigte Studenten	Beteiligung absolut	Beteiligung relativ	Ja-Stimmen absolut	Ja-Stimmen in % Abstimmungsberecht.	Ja-Stimmen % der Beteiligten	Nein-Stimmen	Enthaltung/ungültig
Ulm	932	554	59,4 %	336	42,5 %	71,4 %	158	(...)
Freiburg								
Klinik	1 325	892	67,3 %	758	57,2 %	84,9 %	121	13
PJ	103	92	90,0 %	60	58,0 %	68,0 %	31	1
Heidelberg								
Vorklinik	1 004	568	56,6 %	514	50,7 %	89,6 %	34	26
Klinik	992	633	63,8 %	579	58,4 %	91,5 %	32	22
PJ	151	116	76,8 %	92	60,9 %	79,3 %	18	6
Mannheim	370	233	62,9 %	158	42,0 %	67,8 %	62	13
Frankfurt								
Vorklinik	795	562	70,6 %	454	57,0 %	80,7 %	103	5
Klinik	1 050	774	73,7 %	657	62,5 %	84,8 %	115	2
PJ	104	88	84,6 %	59	56,0 %	67,0 %	29	(...)
Gießen								
Klinik und Vorklinik	1 385	831	60,0 %	639	46,0 %	76,8 %	189	10
PJ	77	46	59,0 %	26	33,7 %	56,5 %	16	4
Mainz								
Vorklinik	800	506	63,0 %	353	44,0 %	69,7 %	144	9
Klinik	1 450	889	61,3 %	619	42,7 %	69,9 %	253	17
Homburg (gesamt)	1 175	624	53,1 %	512	43,6 %	82,3 %	110	2
Vorklinik	(...)	199	(...)	146	(...)	73,3 %	51	2
Klinik	(...)	353	(...)	303	(...)	85,8 %	50	(...)
PJ	(...)	72	(...)	63	(...)	87,5 %	9	(...)
Köln								
Vorklinik	ca. 1 000	438	44,2 %	337	33,7 %	76,5 %	101	(...)
Klinik	ca. 1 200	727	60,0 %	533	44,5 %	73,5 %	184	(...)
PJ	58	47	81,0 %	26	44,8 %	55,3 %	21	(...)
Aachen								
Vorklinik	785	416	53,0 %	264	33,6 %	63,4 %	151	1
Klinik	920	499	54,0 %	458	50,0 %	92,0 %	40	1
Düsseldorf	2 100	1 243	59,5 %	934	45,0 %	74,9 %	303	12
Bochum (Vorklinik)	929	274	29,4 %	123	13,1 %	44,8 %	151	(...)
Münster								
Vorklinik und Klinik	2 337	891	38,1 %	702	30,0 %	78,7 %	140	49
PJ	112	100	89,3 %	42	37,5 %	42,0 %	55	3
Göttingen (gesamt)	1 520	1 071	70,5 %	675	44,4 %	63,0 %	345	51
Vorklinik		409	(...)	242	(...)	59,0 %	153	14
Klinik		602	(...)	389	(...)	65,0 %	180	33
PJ		60	(...)	44	(...)	73,0 %	12	4
Hannover	1 259	919	73,0 %	579	46,0 %	63,0 %	324	4
Hamburg	1 958	1 337	68,3 %	991	50,6 %	74,1 %	331	15
Westberlin (vorläufig am 29.4.)	3 400	2 025	59,6 %	1 412	41,5 %	69,7 %	613	(...)
Gesamt	29 081	17 298	59,7 %	12 892	44,8 %	75,3 %	4 061	

Die politische Linie der RAF bedeutet Kapitulation

„Lebenslang", aber immer noch Illusionen über die Bourgeoisie

Donnerstag letzter Woche wurden in Stuttgart-Stammheim die RAF-Mitglieder Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt.

Samstag letzter Woche stellten die RAF-Mitglieder den Hungerstreik, den sie vier Wochen lang durchgeführt hatten, ein. Die „Frankfurter Rundschau" berichtet über die Forderungen dieses Hungerstreiks das folgende:

„Ein ‚internationales Verteidigungskomitee', dem unter anderem die BM-Anwälte angehören, verbreiteten in Stuttgart eine Erklärung der ‚Gefangenen der Rote Armee Fraktion', in der es heißt, das Ministerium habe zugestimmt, zugesagt, eine ‚Konzentration politischer Gefangener auch aus anderen Bundesländern und eine Vergrößerung des Haftraumes' in die Wege zu leiten."

Die „Frankfurter Rundschau" berichtet außerdem über Äußerungen des Sprechers des Justizministeriums Baden-Württemberg:

„Der Sprecher sagte, das Ministerium werde die Gefangenengruppe in der siebten Etage der Vollzugsanstalt Stammheim vergrößern. Die Entscheidung des Justizministeriums sei angesichts der erfolgten Urteilsverkündung im Stuttgarter Baader-Meinhof-Verfahren vertretbar."

Obwohl wir im Unterschied zu anderen politischen Organisationen nie die Notwendigkeit gesehen haben, Gewaltaktionen gegen die herrschende Kapitalistenklasse und gegen den bürgerlichen Staatsapparat zu „verurteilen", sind wir politische Gegner der RAF. Wenn die Mitglieder der RAF jetzt durch Hungerstreik dem bürgerlichen Staatsapparat die Einrichtung von Hochhaus-KZ's abzwingen, so müssen wir feststellen, daß diese Aktion im Unterschied zu den Anschlägen, die bloß politisch falsch waren, direkt reaktionär ist.

Wie können die gefangenen RAF-Mitglieder auf den Gedanken kommen, die „Konzentration politischer Gefangener" sei ein *Vorteil?* Diese Idee kann bloß auf der idealistischen Vorstellung beruhen, die herrschende Kapitalistenklasse „respektiere" den politischen Gegner und behandle ihn aus diesem Grunde „besser" als den „gewöhnlichen" Kriminellen. Für den „Vorteil", den sie sich von der „Konzentration" versprechen, nehmen sie die Isolation von der Masse der Gefangenen hin und schreiben jede Möglichkeit der Agitation und des Ausbruchs in den Kamin.

Dabei hätten die Mitglieder der RAF doch allen Grund, durch den Verlauf des Verfahrens, das man ihnen bereitet hat, eines Besseren belehrt zu sein und zu wissen, woran sie sind. Es hat wahrscheinlich überhaupt noch keinen Strafprozeß seit dem Zweiten Weltkrieg gegeben, in dem so unverfroren mit dem gesetzlichen Rahmen wie originell mit den Beweismethoden umgegangen worden wäre.

Raspe konnte buchstäblich gar nichts nachgewiesen werden, den anderen nur auf Basis der Aussagen des ehemaligen RAF-Mitglieds Müller, der inzwischen Ansichten der Kripo ebenso-getreu wiedergeben kann wie jedes Tonband. Man würde keinen Hühnerdieb auf Grundlage solchen Materials verurteilt haben. Die Mitglieder der RAF haben aber lebenslang erhalten.

Wenn man die Bourgeoisie bekämpft, so muß man sich ideologisch vollständig von ihr trennen. Die Gefangenen der RAF haben dies nie getan. Schon die Durchführung ihrer Kampfaktionen beweist das. Die RAF ist niemals zielstrebig terroristisch vorgegangen. Die RAF hat Bomben gelegt, um Aufsehen zu erregen. Es war, als wenn ein Teil der Bourgeoisie den anderen darauf aufmerksam machen wollte, daß wirklich was geschehen müsse. Nur so ist es erklärlich, daß der vormalige Rechtsanwalt Mahler heute für die Verteidigung des Vaterlandes eintritt, das ihn in Westberlin in Haft hält, nur so ist es möglich, daß Ulrike Meinhof auf eine Art und Weise vor dem imperialistischen Staatsapparat kapitulierte, die es dem imperialistischen Pfaffen Gollwitzer erlaubte, bei der Grabrede mitzuteilen, Ulrike befinde sich gewiß im Himmel – so geschehen in Westberlin vor fünftausend Zeugen. Nur so ist es auch möglich, daß alle Versuche der RAF, sich mit den Volksmassen zu verbinden, damit endeten, daß sich Spitzel eingefangen wurden, die weniger den Kampf der RAF schätzten, als eher schon das feine Leben der RAF-Mitglieder.

Nur so ist es übrigens auch möglich, daß die RAF-Mitglieder während des ganzen Prozesses kein einziges Mal die Gelegenheit ergriffen, aus dem Gerichtssaal heraus die Fortsetzung des Kampfes, den sie aufgenommen hatten, zu propagieren.

Laut „Frankfurter Rundschau" wollen die Gefangenen der RAF in „interaktionsfähigen Gruppen" von mindestens 15 zusammengelegt werden. Was soll es auf der politischen Linie der RAF schon zu „interagieren" geben?

Die Bourgeoisie hat ein lebenslanges Hafturteil ausgesprochen, und wir sind dagegen. „Lebenslang", das ist sowieso so eine Sache. Die Bourgeoisie wird noch etliche solche Urteile aussprechen, und je kürzer und knapper der Zeitraum ihrer Herrschaft wird, um so länger werden die Urteile über ihre Gegner. Die Gefangenen der RAF können schon dazu beitragen, die „lebenslange" Haftstrafe zu verkürzen.

Sie haben sogar zwei Möglichkeiten. Sie können sich bessern und auf die Seite der Bourgeoisie übergehen. Da wird man sie ein bißchen kürzer brummen lassen. Müller muß auch nicht so lange sitzen und hat es schon jetzt ziemlich gut.

Sie können aber zur Abwechslung was zum Fortschritt der proletarischen Revolution beitragen. Dazu müßten sie sich gänzlich von allen Illusionen über die Bourgeoisie freimachen, der sie ja entstammen. Ob das gelingt? Wenn der Kampf der RAF nicht ganz umsonst gewesen sein soll, so müßte es versucht werden. – (Z-Red)

RAF. Wenn die Mitglieder der RAF jetzt durch Hungerstreik dem bürgerli- der inzwischen Ansichten der Kripo ebenso-getreu wiedergeben kann wie daß die RAF-Mitglieder während des ganzen Prozesses kein einziges Mal die umsonst gewesen sein soll, so müßte es versucht werden. – (Z-Red)

Soldaten gegen US-Truppenstationierung

Bremen. Resolution des Panzergrenadierbataillons 322, gerichtet an die Bürgeraktion Garlstedter Heide, an einige bürgerliche Zeitungen und an die KVZ. „Am 3.5.77 soll in der Garlstedter Heide der Grundstein für eine Kaserne gesetzt werden, in der amerikanische Soldaten, die in Vietnam gegen die Bevölkerung und deren gerechte Sache gekämpft haben, kaserniert werden sollen. Durch den Bau der Kaserne würde nicht nur die Garlstedter Heide, sondern auch die Bevölkerung gefährdet werden, da dort auch atomare Sprengköpfe gelagert werden sollen. Dies ist eine allgemeine Gefahr, wenn man bedenkt, daß in einer Kaserne in der Nähe von Cuxhaven vor nicht allzulanger Zeit trotz Sicherheitsvorkehrungen, ein nichtatomarer Sprengkopf detoniert ist, wobei auch Menschenleben vernichtet wurden. Dies kann auch in der Garlstedter Kaserne, die gebaut werden soll, zu jeder Tageszeit geschehen (In 20 Kilometer Entfernung befindet sich ein Atomreaktor).

Wir sind der Meinung, der Kampf der Bevölkerung gegen die Kaserne ist ein gerechter Kampf. Wir Soldaten der 4. Kompanie sollen aber gegen unseren Willen, gegen die Bevölkerung vorgehen. Wir sollen am 3.5.77 einen ganzen Zug aus der Kompanie stellen, die die Hospitalstraße entlang der Lützowkaserne sperren, da diese Straße zum militärischen Sicherheitsbereich erklärt wird, und notfalls, da der Zug unter Bewaffnung steht, gegen die Demonstranten vorgehen, um Leber und Konsorten vor dem gerechten Kampf zu schützen. Wir, die unterschriebenen Soldaten, erklären uns mit dem gerechten Kampf der Bevölkerung solidarisch und lassen uns nicht gegen das eigene Volk einsetzen."

12 Soldaten mit Unterschrift, 8 Soldaten mit einfachem Strich, wegen befürchteter Repressionen beschlossen am 27.4.77.

1. Mai in Rom: Demonstrationsverbot mußte aufgeho-

1. Mai in Rom: Demonstrationsverbot mußte aufgehoben werden

Am 22. April hat der italienische Innenminister alle Demonstrationen in Rom und der umliegenden Provinz bis zum 31. Mai verboten. Zum Vorwand für diesen Anschlag auf das Demonstrationsrecht hat er die Erschießung eines Polizisten bei der Räumung der römischen Universität genommen, die im Kampf gegen das geplante reaktionäre Hochschulgesetz von den Studenten besetzt worden war. Gleichzeitig hat er angekündigt, „gewalttätige Demonstrationen" würden künftig „als Agressionen gegen den Staat betrachtet", und der Polizei Schießbefehl gegeben.

Unter dem Schlachtruf der „öffentlichen Ordnung" will die italienische Bourgeoisie zur blutigen Unterdrückung der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse und der Studenten übergehen.

Fortschrittliche Organisationen riefen auf, am 1. Mai trotz Verbot zu demonstrieren. Mehrere Fabrikräte forderten eine gewerkschaftliche Demonstration. Die bürgerlichen Führer der Gewerkschaften mußten dem Druck aus den Betrieben nachgeben. Innenminister Cossiga mußte eine Ausnahmegenehmigung für die Demonstration in Rom selbst erteilen, die Kundgebungen in der Provinz blieben verboten.

20 000 haben sich schließlich auf dem Platz San Giovanni versammelt. Das ist nicht sehr viel in einer Stadt mit dreieinhalb Millionen Einwohnern, in der schon oft Hunderttausende auf die Straße gegangen sind. Die Spaltungsmanöver der Bourgeoisie und der Revisionisten sind nicht ohne Wirkung geblieben.

Der reaktionäre Inhalt des von der revisionistischen KPI angestrebten „historischen Kompromisses" mit den Christdemokraten ist in den letzten Wochen noch deutlicher zutage getreten. Offen begründen die Revisionisten jetzt ihre Forderung nach einer „Notstandsregierung" mit ihrer Beteiligung damit, daß sonst die „öffentliche Ordnung" nicht wiederherzustellen sei. Der Regierung werfen sie Schlappheit in der Unterdrückung der revolutionären Massenbewegung vor. Auf dem Weg zur direkten Beteiligung an der Diktatur der bürgerlichen Klasse sind sie einen weiteren Schritt vorangekommen. In dieser Woche führt die DC Verhandlungen mit den die Regierung durch Stimmenthaltung unterstützenden Parteien über ein gemeinsames Programm. Das erste Gespräch findet mit der KPI statt, Hauptpunkt: „Öffentliche Ordnung".

Auch in der Außenpolitik geben sich die „Eurokommunisten" immer unverblümter als Sozialimperialisten im Dienst ihrer jeweiligen Bourgeoisie zu erkennen. Ausgerechnet zum 1. Mai hat der KPF-Chef Marchais nach Gesprächen mit Berlinguer dem „Corriere della Sera" ein Interview gegeben, in dem er erklärt, jetzt würden zwischen KPF und KPI auch Fragen der staatlichen Beziehungen zwischen den italienischen und französischen Imperialisten behandelt. Als „wichtigsten Gesichtspunkt" seiner Gespräche mit Berlinguer verkündet Marchais, die italienischen und französischen Imperialisten müßten sich gegen die westdeutschen Imperialisten zusammentun, um die Hegemonie des Konkurrenten in der EG zu verhindern. Vom roten Lack bleibt nichts. In den Konkurrenzschlachten der Imperialisten schwenken die „Eurokommunisten" die Trikoloren ihrer imperialistischen Herren.

„Ich fühle mich doch selbst als Arbeiter"

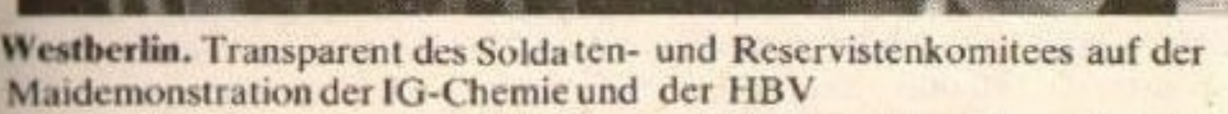
Erfahrungen in Debatten mit Polizisten und Grenzschützern

Hannover. Wir waren an der Kaserne des Bundesgrenzschutzes. Zwei junge BGSler ließen uns gleich auf das Gelände und öffneten die Sprechklappe, als wir ihnen den Aufruf der ehemaligen Zeitsoldaten und Polizisten zeigten. Zur gleichen Zeit wurde draußen an der Mauer „Kündigungsrecht" gesprüht und Plakate der Soldaten- und Reservistenkomitees geklebt. Ein Ziviler alarmierte deswegen den diensttuenden Offizier. Der schickte gleich zwei weitere BGSler ins Wachhäuschen. Mit allen vieren diskutierten wir die Lage der Soldaten in der Kaserne und den Auftrag, den sie gegenüber den Volksmassen durch Befehl der Herrschenden durchsetzen sollen. Sie hörten uns interessiert zu und nahmen auch die Aufrufe. Dann kam der diensttuende Offizier selbst raus mit einem weiteren BGSler. Der vertrat dann: „Kündigungsrecht gibt es hier", dafür bräuchten wir keine Propaganda zu machen. Er ließ die Polizei holen und verschwand wieder. Die BGSler sollten auf uns aufpassen. Auch Passanten kamen dazu. Einer meinte: „Hier gibt's keine Schikane und keinen Druck". Dem stimmte zuerst ein BGSler zu, erzählte dann aber auch, daß als sie Ostern Bereitschaft wegen „Atomeiersammelns in Grohnde" hatten, alle sauer waren. Auch der Polizist nahm jetzt einen Aufruf. Die beiden Vorgesetzten sahen das alles und beorderten den BGSler und den Hauptmeister zu sich rein ins Wachhaus. Die sind aber sofort wieder rausgekommen, um mit uns weiterzudiskutieren. – (KJB Hannover)

Bremen. In einem toten Winkel vor dem Polizeigebäude gelang es, einen patrouillierenden Polizisten anzusprechen. Er konnte dort weder von den Augen der Polizeioffiziere am Fenster, noch von den Beobachtungsspiegeln an der Tür gesehen werden. Wir sprachen ihn auf den Artikel in der KVZ 17 „Der bewaffnete Aufstand gegen die Bourgeoisherrschaft ist der einzige Weg zum Sozialismus" an. Wir einigten uns schnell darauf, daß in der BRD eine Klassenherrschaft besteht und zwar die der Kapitalisten. Auf die Frage, ob er sich gegen Demonstrationen oder gegen streikende Arbeiter einsetzen lassen wollte, antwortete er: „Ich fühle mich doch selbst als Arbeiter!" Solch einen Einsatz lehnte er ab, weil er wußte, daß z.B. Streikposten die richtige Weise sind, um im Streik die Interessen der Arbeiter konsequent durchzusetzen.

Über seinen Einwurf, daß aber doch ein „Ordnungsfaktor" notwendig sei, kamen wir auf den Aufbau einer Volksmiliz zu sprechen. Er selber hatte sich schon informiert über die Volksmiliz der VR China. Er begrüßte, daß alle ihren Dienst in der Miliz tun, sie also nicht vom Volke getrennt ist, und die Volksbefreiungsarmee sich selber versorgt. Wir mußten das Gespräch beenden, weil ein Wagen mit höheren Polizeichargen vorfuhr. Der Polizist nahm ein Extrablatt der Zeitung „Volksmiliz" des SRK mit.

Nachträglich haben wir erfahren, daß während und vor der Operation gegen den Kernkraftwerksbau Brokdorf mehrere Polizisten dieser Wache den Einsatz verweigerten, teils offen, teils durch Krankmeldung.



Westberlin. Transparent des Soldaten- und Reservistenkomitees auf der Maidemonstration der IG-Chemie und der HBV



Kinder spielen Militär

Heftige Kritik von Innensenator

(aus Weser-Report Nr. 17, Zeitung der CDU Bremen)

In scharfer Form verurteilt hat Bremens Innensenator Helmut Fröhlich in einem Gespräch mit dem „WESER-REPORT" die jüngste Aktion des Kommunistischen Jugendbundes unter dem Motto „Gewehre für die Jugend in Zimbabwe". In einer Flugblattaktion an bremischen Schulen fordert der KJB (verantwortlich ist ein gewisser W. Müller) unter anderem zu einem Solidaritätsgeländespiel mit Luftgewehren auf.

Bei dieser paramilitärischen Übung gibt es zwei bemerkenswerte Trainingsabschnitte:

– Schießen auf die Söldner des Smith-Regimes (Atrappen)

– Festschießen auf Smith (dem rhodesischen Staatschef).

Im Gespräch mit dem „WESER-REPORT" zeigte sich Innensenator Fröhlich bestürzt über den Aufruf zu solchen Waffen-Aktivitäten: „Das ist unverantwortlich den Kindern gegenüber! Es erinnert in erschreckender Weise an den Mißbrauch der Jugend vor 1945."

Die Schüler werden in dem Flugblatt zur Unterstützung der Jugend in Zimbabwe in Form von Gewehrspenden aufgefordert: „Uns mit Waffen zu unterstützen, ist kein Widerspruch zur humanitären Hilfe. Wir begrüßen Eure Unterstützung, Geld in einer Kampagne zu sammeln, damit wir Waffen kaufen können." Begründung: „Die Jugendlichen in Zimbabwe schließen sich den Befreiungskämpfern an, weil sie die drückende Erziehung durch die weißen Siedler, die politische Unterdrükkung in den Schulen und ihre elende soziale Lage beseitigen wollen. Sie wissen, nur im Befreiungskampf des gesamten Volkes für die nationale Unabhängigkeit und die Herrschaft über das Land werden sie auch diese Verhältnisse beseitigen können."



Bremen/Stadtteil Walle. Drei Genossen betraten die Polizeiwache und entfachten in kurzer Zeit eine Debatte um die Notwendigkeit des Kündigungsrechts für Polizisten. Stellvertretender Revierleiter und Wachhabender schickten schnell die einfachen Polizisten in den Aufenthaltsraum oder auf Patrouille. Während drinnen die Debatte lief, war auf einmal an der Rückfront des Polizeigebäudes zu lesen „Kündigungsrecht für Polizisten! Lohnfortzahlung in der Armee!" Auf der Vorderfront der Wache prangten Plakate mit dem Aufruf ehemaliger Polizisten, Zeitsoldaten und Bundesgrenzschützler. Ebenso auf dem angrenzenden Wochenmarkt.

Die Kämpfe der französischen Arbeiterklasse bringen den Barre-Plan zu Fall

Wie der erste, segelt der zweite Barre-Plan, der jetzt verkündet wurde, unter der Losung „Inflationsbekämpfung". Im September 1976 hat die französische Monopolbourgeoisie „ihren besten Wirtschaftsfachmann" damit beauftragt, den französischen Imperialismus wieder schlachtfertig zu machen. Es ist aber weiter bergab gegangen.

Die Zahl der Arbeitslosen hat um 11 Prozent zugenommen, der Index der Industrieproduktion ist um 4 Prozent gefallen und die Inflation ist mit der Arbeitslosigkeit gestiegen. Im März 1977 war der Preisanstiegsindex mit 0,9 Prozent der höchste seit 12 Monaten. Laut offizieller Statistik sind 1,02 Millionen Werktätige ohne Arbeit, davon über die Hälfte unter 25 Jahren.

Bereits nach wenigen Monaten ist die französische Bourgeoisie über Barres Fähigkeiten heftig zerstritten. Mit knapper Not entging er dem Sturz. Auch die Außenhandelsbilanz entwickelt sich weiter zu Ungunsten des französischen Imperialismus, während der westdeutsche Konkurrent im März seinen Außenhandel um weitere 23 Prozent auf 25,8 Milliarden DM steigerte und einen Überschuß um 4,2 Milliarden DM, 10 Prozent mehr als im ersten Quartal 1976.

Debré, der im Januar die rechte „Sammlungsbewegung für Unabhängigkeit und nationale Einheit Frankreichs" gegen die Allianz von Reformisten und Revisionisten gründete, vertrat, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet:

„Der Liberalismus sei keine Lösung, nur ein Verzicht auf eine aktive Politik. Nationaler Protektionismus sei gerechtfertigt. Die Europäische Kommission habe völlig versagt im Kampf gegen die Krise. Der deutsche Expansionismus sei eine Bedrohung Frankreichs. Barre solle Schutzmaßnahmen für bedrohte nationale Industrien ergreifen, den Ausverkauf französischer Unternehmen ans Ausland verhindern. Mit einer massiven Förderung der produktiven Investitionen zur Verbesserung der Beschäftigung soll er einen Beitrag leisten zum Wahlsieg der Rechten." (30. April 1977)

Der erste Punkt des Barre-Plans war: 12 Milliarden Francs sind bereitzustellen für die Stahlkapitalisten. Die französischen Kapitalisten wollen aus der Krise heraus durch die Vernichtung eines Teils der Produktion, vor allem in der Stahlindustrie, aber auch im Maschinenbau, dem Computer- und Flugzeugbau und in der Textilindustrie. Zehntausende französischer Arbeiter sollen auf die Straße geworfen werden.

Zur Spaltung und Schwächung der Arbeiterklasse, vor allem im Hinblick auf die nächsten Wahlen 1978, sollen Umschulungs- und Berufsausbildungsprogramme für Jugendliche, Subventionen für die Einstellung von Jugendlichen durch die Kapitalisten und die Vorverlegung des Rentenalters von 65 auf 60 Jahre und Rentenerhöhung um 10,2 Prozent auf den lächerlichen Betrag von 450 DM verfügt werden.

Durch verschärfte Auspressung, Erhöhung der Arbeitshetze, weiteren Lohnstopp, Erhöhung der Benzinsteuer, alleine dadurch Mehreinnahmen von 2,4 Milliarden Francs, Plünderung der Sozialversicherungskasse um weitere 2 Milliarden Francs, Demontierung der Krankenversicherung unter dem Vorwand „jährlich wachsender Verluste" und Staatsanleihen sollen die Mittel aufgebracht werden.

Am schwersten betroffen durch den „konjunktur- und strukturbedingten Schrumpfungsprozeß", wie die Imperialisten ihren Angriff auf die werktätigen Massen bezeichnen, ist die lothringische Stahlindustrie. In Lothringen, wo bereits tausende Lohnabhängige arbeitslos sind, sollen weitere 8 700 Arbeiter von zunächst insgesamt 16 000 entlassen werden. Das Stahlwerk des Konzerns Usinor in Thionville soll ganz stillgelegt werden. Zur Zeit arbeiten dort 4 140 Lohnabhängige. Das Werk in Louvril bei Mabeuge mit 725 Beschäftigten wurde bereits geschlossen. Der Konzern SACILOR-Sollac beabsichtigt bis 1980 9 200 Arbeiter und Angestellte zu entlassen. Von den rund 17 500 Stahlarbeitern in Ostfrankreich sollen nach der Kalkulation der EG-Stahlkommission 73 bis 80 Prozent entlassen werden. Da in diesem Gebiet Stahlproduktion und Bergbau vorherrschen, wird die Arbeitslosigkeit ein Dauerzustand sein. Die Stillegungen bedeuten die Verödung der ganzen Region durch die chaotische kapitalistische Produktionsweise. Viele müssen bereits heute auswandern. Der Barre-Plan sieht neben der Vertreibung der ausländischen Arbeiter auch die „Förderung der Auswanderung französischer Arbeitskräfte" vor allem in die Dritte Welt vor.

Machtvolle Streikbewegung gegen den Barre-Plan

Gegen die Politik des französischen Imperialismus hat sich in Frankreich eine machtvolle Bewegung in der Arbeiterklasse und im Volk entwickelt. Im Zentrum steht der Kampf der Stahlarbeiter. Dem Aufruf der Gewerkschaften CGT und CFDT zu einer „Operation tote Stadt" folgten am 14. April 15 000 Arbeiter in Thionville, unterstützt durch die übrige Bevölkerung. Die Geschäfte und Läden waren geschlossen. In ganz Frankreich führten Zehntausende von Metallarbeitern Solidaritätsstreiks durch. Die Stahlarbeiter von Trith-Saint-Léger streikten gleichzeitig gegen die Entlassung von 2 000 Arbeitern, die von AMTEC in Villeurbanne besetzten ihre Fabrik erneut. Am 20. April fuhren 5 000 Stahlarbeiter von Thionville nach Paris, wo sie, unterstützt durch weitere 10 000 Stahlarbeiter und Bergarbeiter der Erzbergwerke aus anderen Regionen vor der Nationalversammlung gegen den „Stahlplan" demonstrierten. Im Zentrum stand die Forderung „Wir wollen im Land (Lothringen) leben bleiben und arbeiten – gegen die Verödung von Lothringen".

Seit über einem Monat befinden sich die Docker in Dunkerque im Streik gegen Angriffe der Stahlkapitalisten auf ihre Errungenschaften und in Solidarität mit den Stahlarbeitern gegen den Stahlkonzern Usinor, der über Dunkerque den Stahl wegtransportierte. Am 18. April wurden die Docker von Dunkerque zum vierten Mal durch einen 24stündigen Solidaritätsstreik der Docker in ganz Frankreich unterstützt. Diesmal schlossen sich auch die Dokker von Le Havre, vor Dunkerque der zweitgrößte französische Hafen, an.

Darüberhinaus finden in ganz Frankreich eine Vielzahl von Streiks auf Betriebsebene statt.

Die Revisionisten von der KPF bieten sich als geeignete Interessenvertreter des französischen Imperialismus an, um die Arbeiterklasse von der Revolution abzuhalten und vor ihren Karren zu spannen. Den französischen Finanzkapitalisten sagen sie: Wir können die Krise meistern, den Arbeitern: Mit der reformistischen Sozialistischen Partei zusammen in der Regierung können wir die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus friedlich außer Kraft setzen. Offen schreibt der Gewerkschaftskurier der von den Revisionisten kontrollierten F.T.M. – C.G.T.:

„Tatsächlich hat sich gezeigt, daß überall dort, wo die gewerkschaftlichen Aktionen vor den Wahlen besonders aktiv geführt worden waren, die Linksparteien besonders gute Wahlergebnisse erzielten."

Die „Nationalisierung der Stahl-, Auto- und Erdölindustrie" soll den französischen Imperialismus wieder konkurrenzfähig machen. Die Arbeiter selber sollen die Geschäfte des französischen Imperialismus wahrnehmen. „... in den Betrieben und Unternehmen des privaten Sektors werden unsere Gewerkschaften überall für die Veränderung der Arbeitsbeziehungen eintreten. Durch verbesserte Rechte muß auch hier der individuellen und kollektiven Initiative der Beschäftigten ein großer Spielraum gegeben werden." (Gewerkschaftskurier)

Mit chauvinistischen Parolen versuchen sie die Arbeiterklasse zu fesseln. Mit Parolen wie „Wir sind Stahlarbeiter, unsere Flotte braucht Stahl", „Gegen die Demontage der französischen Luftfahrtindustrie" versuchen sie die Arbeiter für die Interessen des französischen Imperialismus zu gewinnen.

Aber in den Aktionen entwickelt die Arbeiterklasse das Bewußtsein ihrer Kraft, und ihre Kampfentschlossenheit wächst, und damit auch die Entlarvung der Revisionisten als bürgerliche Politikerclique, die die Arbeiterklasse verkaufen will. Nach den machtvollen Maidemonstrationen im ganzen Land waren die Gewerkschaftsführer gezwungen, für den 17. Mai einen Generalstreik auszurufen. – (Z-Red.)



Der Kampf um die Legalisierung der Gewerkschaften und um die Auflösung der faschistischen Zwangsgewerkschaft bestimmten die Vorbereitungen des 1. Mai in Spanien. Einige Tage vor dem 1. Mai hatte die Suarez-Diktatur vier Gewerkschaften legalisiert, die Zwangsgewerkschaft soll aufrechterhalten werden.
Der ÖTV-Chef Kluncker, der sich zu diesem Zeitpunkt in Spanien aufhielt, hat die Politik von Suarez als „wirklich ermutigend" bezeichnet. Fast gleichzeitig hatte die spanische Regierung alle Demonstrationen am 1. Mai verboten. Dennoch riefen alle Gewerkschaften und revolutionären Organisationen zu Demonstrationen auf. Der 1. Mai war gekennzeichnet durch den Kampf gegen den Faschismus, die Forderung der spanischen Arbeiter waren unter anderem: Nieder mit dem Faschismus! Nieder mit der Regierung Suarez! Auflösung aller faschistischen Organe! Auflösung der Zwangsgewerkschaft! Freiheit für alle Parteien! Für Streikrecht! Für die Legalisierung aller demokratischen Gewerkschaften! Für eine Bauerngewerkschaft! Arbeitslosengeld! Garantierte Preise für landwirtschaftliche Produkte! In allen Städten wurden die Demonstranten von Polizeieinheiten, teilweise beritten, mit Gummigeschossen, Tränengas und Knüppeln angegriffen. In Madrid lieferten die Arbeiter den Polizisten eine dreistündige Straßenschlacht. Ein Polizeiauto wurde angezündet. Die Polizei griff sich wahllos Passanten und Leute, die in Cafés saßen, heraus und prügelte auf sie ein. Über 50 Arbeiter wurden verhaftet, 200 wurden verletzt. Es waren die schärfsten Straßenkämpfe zwischen den spanischen Arbeitern und dem faschistischen Staat, die es am 1. Mai in Madrid bisher gegeben hat.



10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen demonstrierten am 26.4. ihre Solidarität mit den Druckern und Setzern. Auf dem Bild vor dem Gebäude der Unternehmerverbände in Kopenhagen.

Der Kampf der Drucker und Setzer von „Berlingske Tidende" geht weiter

Am 23. April haben sich Kapitalisten und Gewerkschaftsführung in der Druckindustrie auf die Zwangsschlichtung geeinigt. Darüberhinaus beschlossen sie eine Kommission zu bilden, die bis zum Oktober Vorschläge zur Herstellung im Fotosatzverfahren und zur Zahl der auszubildenden Lehrlinge erarbeiten soll. Die Führung der Typographen- und Lithographen-Gewerkschaft forderte die Beschäftigten der dänischen Druckindustrie auf, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen.

Die Aufforderung wurde weitgehend befolgt. Am Sonntagnachmittag fing in den meisten dänischen Druckereien nach einem mehrwöchigen Streik die Arbeit wieder an. Diejenigen aber, die die landesweite Streikbewegung ausgelöst hatten und die ganze Zeit an der Spitze der Bewegung standen, ließen sich auf die sozialdemokratischen Betrugsmanöver nicht ein: Die Drucker und Setzer von Berlingske in Kopenhagen beschlossen die Fortsetzung des Streiks.

Am Sonntagnachmittag, dem 24. April, stellten leitende Angestellte von Berlingske eine 16seitige Notausgabe der „Berlingske Tidende" im EDV-System und im Lichtkopieverfahren her. Während 130 000 Exemplare durch die Druckmaschinen gingen, versammelten sich draußen auf den Straßen um das Verlagsgebäude herum immer mehr Drucker und Setzer. Gegen Morgen, als die Zeitung mit Lastwagen ausgeliefert werden sollte, blockierten über 1 000 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten die beiden Ausfahrten. 10 Arbeiterinnen in der Packerei weigerten sich, die Zeitungen zu packen. Sie wurden jedoch von 50 Arbeitern abgelöst, die sich nach einer Weile jedoch ins Zeug legten, die Arbeit auszuführen. weigerten, die Arbeit auszuführen.

Draußen vor dem Verlagsgebäude kam es zu Kämpfen mit der Polizei. Nur ein Teil der Ausgabe konnte gewaltsam durch die demonstrierenden Massen hindurchgeschleust werden. Und dieser Teil kam nicht weit über die Stadtgrenzen Kopenhagens hinaus. Die Auslieferung für ganz Jütland wurde dadurch verhindert, daß die Matrosen der Molslinie die Lastwagen nicht auf die Fähren ließen. Bis mittags hatten sich die Matrosen an den anderen Fährverbindungen angeschlossen, so daß die Druckkapitalisten auf die Fluggesellschaft SAS ausweichen mußten.

Am nächsten Tag, Dienstag, dem 26. April, demonstrierten 10 000 Arbeiter und Angestellte aus der Drukkindustrie und aus vielen anderen Branchen ihre Solidarität mit den Druckern und Setzern von Berlingske. Es war die bisher größte und kämpferischste Demonstration seit Beginn des Druckerstreiks am 31. Januar dieses Jahres. Sie zeigte, daß die Sozialdemokraten in der Regierung und in der Gewerkschaftsführung die Bewegung nicht haben spalten und unterdrücken können. Die dänische Arbeiterklasse bildet schwungvoll ihre politische Selbständigkeit gegenüber der Kapitalistenklasse heraus. Das hatte bereits die Ablehnung der Zwangsschlichtung durch 32,8 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten gezeigt.

In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch wurden die Blockaden um das Verlagshaus Berlingske herum verstärkt. Über 2 000 Menschen beteiligten sich an der neuen Aktion der Drucker und Setzer, um die Auslieferung der Zeitung zu verhindern. Es gelang, mehrere Lastwagen fahrunfähig zu machen. Mehrere Packen Zeitungen gingen in Flammen auf. Nur unter massivem Polizeieinsatz kamen einige Fahrzeuge mit Zeitungen heraus. Wie am Vortag weigerten sich die Matrosen der Fähren im Kattegatt, die Streikbrecher-Ladungen zu befördern.

In der nächsten Nacht schwoll die Zahl der Menschen, die die Auslieferung zu verhindern suchten, auf 4 000 an. Am folgenden Tag, dem 28. April, solidarisierten sich die Schlosser und Elektriker des Verlagshauses mit den kämpfenden Druckern und Setzern, indem sie von ihrem Recht Gebrauch machten, bei „Gefahr" den Arbeitsplatz zu verlassen. Ein großer Teil der als Streikbrecher eingesetzten leitenden Angestellten berief sich auf das gleiche Recht und legte wenig später nahezu geschlossen die Arbeit nieder. Ihre spezielle Begründung war, daß die Typographen damit gedroht hatten, die Namen aller Streikbrecher auf Flugblättern zu veröffentlichen. 45 als Boten und Handlanger in der Setzerei beschäftigte Arbeiter schlossen sich dem Streik an. Da gab selbst die bürgerliche Presse zu, daß die Berufung auf die „Gefahr" ein Vorwand war, um die verhaßte Arbeit als Streikbrecher loszuwerden. Am Freitag mußten die Druckkapitalisten von Berlingske die Notzeitung einstellen für unbestimmte Zeit. – (bg, Bezirk Holstein)

Die Sozialimperialisten wollen Finnland in ihre Kolonie verwandeln

Streiks der finnischen Arbeiter gegen Verelendung, Plünderung und Lohnraub

Seit Anfang des Jahres führen die finnischen Arbeiter verschiedener Industriezweige Streikkämpfe gegen die Kapitalisten und die Regierung durch, die den Lohn der finnischen Arbeiter noch weiter senken wollen. Die Regierung will das Liinamaa-Abkommen – Liinamaa ist der Staatsbeauftragte für Tarifpolitik – allen Arbeitern aufzwingen. So ist in dem Liinamaa-Abkommen z.B. für den öffentlichen Dienst eine Lohnerhöhung von 60 Finnmark und 1,6 Prozent vorgesehen. Die Arbeiter aller Industriezweige fordern dagegen das Doppelte bis Dreifache von dem, was in dem Abkommen abgeschlossen worden ist. Die Arbeiter der Schuhindustrie haben zwei Monate lang gestreikt, vor fünf Wochen sind die Techniker der Elektrizitäts- und Kraftwerke in den Streik getreten, seit einer Woche streiken die Techniker der See- und Luftfahrt, zwei Tage lang haben die Metallarbeiter vor zwei Wochen gestreikt, die Lastwagen- und Busfahrer standen drei Wochen im Streik, nach verschiedenen zersplitterten Kämpfen der Arbeiter in Restaurantbetrieben sind sie jetzt in einen einheitlichen Streik getreten.

Der Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten ist noch nicht entschieden. Die Kapitalisten haben auf die Streiks der Arbeiter mit insgesamt 48 000 Aussperrungen geantwortet.

120 000 finnische Arbeiter sind nach offiziellen Zahlen arbeitslos, das sind 4,2 Prozent. In Nord- und Ostfinnland liegt diese Zahl doppelt so hoch. Immer mehr Arbeiter, vor allem Facharbeiter, wandern nach Schweden aus, um dort als „Gastarbeiter“ zu arbeiten. Zur Zeit sind das 120 000 finnische Arbeiter.

Die Lebenslage der finnischen Arbeiter ist durch die rasanten Preissteigerungen – die Verbraucherpreise stiegen im letzten Jahr um fast 18 Prozent und die vor einem Monat beschlossene Abwertung der Finnmark wird weitere Preissteigerungen zur Folge haben – durch die Steuer- und Gebührenerhöhungen erheblich gedrückt worden. Zweimal wurden im letzten Jahr von der Regierung die Tarife für den Bahnpersonenverkehr angehoben um 24 und 17,4 Prozent.

Die Tarife für Ferngespräche, Telegramme und Fernschreiben wurden um 23 Prozent angehoben. Die Posttarife sollen jetzt erneut um 10 Prozent erhöht werden. Die Steuern für Benzin und Diesel wurden angehoben. Auf Süßigkeiten und Erfrischungsgetränke erhebt der Staat jetzt eine Abgabe, die eine Verteuerung von 17 bis 22 Prozent ausmacht. Die Kfz-Steuern wurden ebenfalls Anfang 1977 erhöht.

Gleichzeitig wird die Ausbeutung der Arbeitskraft verschärft. Die „Produktivität der Arbeit“ ist nach finnischen Statistiken um 2,5 Prozent gestiegen. Die Versicherungskassen der Arbeiter befinden sich in den Händen der Kapitalisten und des Staates. Die Rentenversicherung ist privatrechtlich organisiert, die Kasse steht den Kapitalisten zum Anleihen offen. Nach vierzig Jahren Arbeit erhält der Arbeiter 60 Prozent seines Durchschnittsnettolohns. Die Kosten bei Krankheit muß er zusätzlich zu den Versicherungsbeiträgen zum großen Teil selbst zahlen. Bei Schwangerschaft und krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit erhält er nur 45 Prozent seines Lohnes für maximal 300 Tage gezahlt. Die Versicherungen tragen bei Krankheit nur 60 Prozent der Arztkosten und 50 Prozent der Arzneimittelkosten, den Rest muß der Arbeiter selbst zahlen. Zahnärztliche Versorgung muß er vollständig selbst bestreiten, außer bei Jugendlichen unter 17 Jahren, wenn sie sich in einem der 210 Gesundheitszentren des Landes behandeln lassen. Die Regierung Kekkonen will diesen Kurs mit einem Lohnraubabschluß und der Ankündigung, daß in Zukunft die indirekten Steuern vor allem erhöht werden sollen, fortsetzen, zur Bereicherung der in- und ausländischen Kapitalisten.

Zwei Drittel des finnischen Bodens sind mit Nadelwald bewachsen. Die Exporte der Holzindustrie machen vier Fünftel aller Exporte aus, zwei Drittel aller Arbeiter arbeiten in der Holzindustrie. Als Produzent von raffiniertem Kupfer steht Finnland in Europa an fünfter Stelle, bei der Gewinnung von Kupfererz steht es mit unter den zwanzig bedeutendsten der Welt.

Das Handelsbilanzdefizit Finnlands betrug 1975 8 Milliarden Finnmark, gegenüber den westdeutschen Kapitalisten allein 2,3 Milliarden Finnmark. Die Auslandsschulden insgesamt belaufen sich auf 22 Milliarden Finnmark. Die beiden größten Gläubiger sind die westdeutschen und die Sozialimperialisten.

Die Sowjetunion ist Finnlands größter Abnehmer und zweitgrößter Lieferant. Der Export finnischer Waren in die Sowjetunion ist allein von 1974 bis 1975 um 45 Prozent gestiegen. Der Einfluß der westlichen imperialistischen Staaten nimmt ab, der Einfluß der Sozialimperialisten wächst. Während von 1973 bis 1975 der Export in die EG-Staaten von 46,3 auf 35,6 Prozent gesunken ist, ist er gegenüber den Staaten des Comecon von 14,6 auf 24,2 Prozent gestiegen.

Die Sowjetunion unternimmt heftige Anstrengungen, nicht nur die anderen imperialistischen Staaten, insbesondere die westdeutschen Imperialisten, vom finnischen Markt zu verdrängen, sondern wollen ihn sich auch gegen die finnischen Kapitalisten erobern und sich das Land als Kolonie unterwerfen.

Die Sowjetunion liefert den gesamten Bedarf Finnlands an Rohöl. Dies nutzt sie als großen Bereicherungsquell, wie z.B. mit der Ölpreiserhöhung im letzten Jahr, die die Sozialimperialisten mit der Preiserhöhung der OPEC gerechtfertigt haben.

Die Hauptmethode der Sozialimperialisten, sich das Land zu unterwerfen, ist der Aufbau finnisch-sowjetischer Fabriken in Finnland und Kapitalexport. Bereits 1960 ist die Gesellschaft Lenfintorg aus finnischen und sowjetischen Firmen und staatlichen Stellen gegründet worden. Sie hatte ursprünglich die Aufgabe, das Gebiet um Leningrad mit finnischen Waren zu versorgen; seitdem ist das Versorgungsgebiet ständig angewachsen. In diesem Jahr hat diese Gesellschaft in der nordfinnischen Stadt Rovaniemi eine finnisch-sowjetische Aktiengesellschaft „Norinter Oy“ gegründet, um die „Beziehungen zu erleichtern“.

1967 wurde die „Ständige sowjetisch-finnische Regierungskommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ eingerichtet. Ihr gehören Vertreter beider Außen- und Industrieministerien, von Industriebetrieben, Projektierungsbüros und Forschungsstellen an. Sie arbeitet an verschiedenen Projekten:

Die Lieferung von Erdgas und der Aufbau von Erdgasleitungen von der UdSSR nach Finnland: Nachdem zwei von fünf geplanten Erdgasleitungen gebaut worden sind, haben die Sozialimperialisten die Erdgaspreise erhöht. Für die Gesamtinvestitionen der Pipelines zahlt die finnische Regierung 2,6 Milliarden Finnmark.

Die friedliche Nutzung von Atomenergie: Anfang des Jahres hat Kekkonen gemeinsam mit Kossygin das erste von der Sowjetunion nach Finnland exportierte Kernkraftwerk eingeweiht. Es ist das erste Kernkraftwerk, das die Sozialimperialisten an ein Nicht-RGW-Land liefern; weitere sollen folgen.

Die Förderung der Forstwirtschaft: Die Kommission hatte den Bau eines finnischen Holzkombinats auf der sowjetischen Seite Kareliens gefordert. 1975 forderte die finnische Regierung eine Neufestsetzung des Preises zur Angleichung an die Inflation. Die Sozialimperialisten haben sich geweigert und durchgesetzt, daß die finnischen Firmen ein neues Angebot machen. Nach einem Neuangebot der finnischen Kapitalisten von 3 Milliarden Finnmark zögern sie jetzt den Weiterbau hinaus, um den Preis zu senken.

Das sowjetische Kapital ist eng verflochten in die finnische Wirtschaft. In der Zeitschrift „Außenhandel“ schreiben die Sozialimperialisten:

„*Für die sowjetischen Lieferbetriebe wird diese Arbeit dank dem Bestehen notwendiger Kanäle in Form von Unionsvereinigungen der sowjetischen Handelsvertretungen und der Firmen Könjesto und Konela in Finnland erleichtern.*“ (Nr. 71/1)

(Z-Red.)

Der US-Imperialismus festigt seine Hegemonie über Kanada und Mexiko, um sich kriegsfähig zu machen

Ein entscheidender Grund dafür, daß der US-Imperialismus sich im Ringen mit der anderen Supermacht und den nachdrängenden imperialistischen Rivalen wie Japan und der BRD behaupten kann und daß er als Supermacht nicht entscheidend geschwächt werden kann, außer durch den Kampf der eigenen Arbeiterklasse, liegt in der Tatsache, daß er nicht nur über einen riesigen inneren Markt und einen überschießenden Reichtum an Menschen und Naturreichtümern in den USA selbst verfügt, sondern darüberhinaus auch über die beiden großen angrenzenden Staaten, Kanada und Mexiko, bis heute seine Hegemonie ausüben kann.

Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Präsidenten Carter war es daher, die Staatsoberhäupter beider Länder nach Washington zu bestellen und sich von ihnen „Freundschaft“ zusichern zu lassen.

Kanada war ursprünglich der in britischer Hand verbliebene Teil Nordamerikas nach der Unabhängigkeitserklärung der „Vereinigten Staaten von Amerika“ 1776. Es blieb bis zum Ersten Weltkrieg britische Kolonie. Nach dem Weltkrieg hatten sich die Kräfteverhältnisse verschoben, und die USA als neue, aufstrebende Weltmacht lösten Kanada Schritt für Schritt aus der britischen Abhängigkeit heraus. Heute ist Kanada praktisch eine Halbkolonie der USA – ein riesiges dünnbesiedeltes Land, dessen Landwirtschaft, Gruben und Industrien von US-Monopolen beherrscht werden. Annähernd 70 % aller Exporte gehen in die USA. Sie bestehen, wiederum zu fast 70 %, aus landwirtschaftlichen Rohprodukten, industriellen Rohstoffen und Halbwaren. Die 30 % Fertigwaren, die exportiert werden, bestehen zu zwei Dritteln aus Kfz und Kfz-Teilen aus Tochterfabriken der US-Automobilkonzerne. Aluminium, Kupfer, Blei, Nickel und Zink sowie Uran und Asbest sind wichtige strategische Rohstoffe, an denen Kanada reich ist, und von denen jeweils die Hälfte oder mehr in die USA gehen. Mit Kanada zusammen bilden die US-Agrarkonzerne ein Kartell, das allein 75 % der Weltweizenexporte kontrolliert. Schließlich war der kanadische Staat 1976 mit seinen Provinzen und Gemeinden zusammen um nicht weniger als 120 Milliarden Dollar, 65 % seines Nationalprodukts, verschuldet, seine Staatsunternehmen mit weiteren 24 Milliarden Dollar – zum größten Teil bei US-Banken.

Der Hegemonismus der USA macht die kapitalistische Ausbeutung und die Anarchie dieser Produktionsweise doppelt unerträglich. Die offizielle Arbeitslosigkeit beträgt in den Provinzen 7 bis 10 %. Die Löhne werden bereits im dritten Jahr durch rigorose staatliche Lohnkontrollen gesenkt. Beschleunigt wird die Verelendung durch die geradezu vernichtende Besteuerung der Volksmassen, mittels deren das Finanzkapital seinen Tribut eintreibt – allein 8 Milliarden im regulären Schuldendienst.

Gegen die Ausbeutung und Ausplünderung durch das imperialistische Finanzkapital hat im Oktober letzten Jahres die ganze kanadische Arbeiterklasse in einem Generalstreik, dem ersten in der Geschichte des Landes, Front gemacht. „Das erstarkende Selbstbewußtsein der Ureinwohner (Indianer und Eskimos) wird die Realisierung der großen Energieprojekte im Norden des Landes nicht mehr über deren Köpfe hinweg zulassen“, teilt die westdeutsche Bundesstelle für Außenhandelsinformation in einem Länderjahresbericht mit.

Schwer erschüttert hat die US-Imperialisten und mit ihnen verbundene kanadische Bourgeoisie anfangs auch der Wahlsieg der «Parti québecois» in der französischsprachigen Provinz Quebec, der volkreichsten des Landes, die für die Unabhängigkeit Quebecs, Verstaatlichung einiger Grundstoffindustrien u.a. eintritt. Allerdings sind die bürgerlichen Führer der Partei, kaum in der Regierung, schon eifrig dabei, sich meistbietend an die US-Imperialisten zu verkaufen. Der Parteiführer Levesque bot in einem Vortrag in New York vor den Spitzen der Wall-Street-Hochfinanz ein unabhängiges Quebec als besonders günstiges Ausbeutungsobjekt an. Die US-Imperialisten nutzen die Sezessionsbestrebungen in verschiedenen kanadischen Provinzen jetzt bewußt, um die Zentralregierung zu schwächen. Keine US-Zeitung, kein US-Politiker, der nicht „mehr Autonomie“ für die kanadischen Provinzen fordert. Mit einzelnen Provinzregierungen hoffen die Kapitalisten der USA noch besser ins Geschäft zu kommen. Die Regierung in Ottawa soll in eine reine Polizei- und Schuldenverwaltungsbehörde verwandelt werden.

Dabei können sich die US-Imperialisten kaum beklagen, daß die jetzige Regierung Kanadas unter Pierre Trudeau (dem Mann von Margaret Trudeau, einem bekannten Mitglied der New Yorker Lumpenbourgeoisie) nicht genügend nach ihrer Pfeife tanzte. Wenn Carter bei seinem Versuch, durch ein Verbot des Exports von Kernkraftwerken den nachrückenden Konkurrenten im eigenen Lager die Flügel zu stutzen, bei den westdeutschen Imperialisten auf Granit stieß, so war es ihm ohne weiteres möglich, die kanadische Regierung zu zwingen, sich diesem Verbot zu beugen und sogar am zeitweisen Uran-Embargo gegen die EG-Staaten zur Durchsetzung dieser Forderung teilzunehmen.

Unmittelbar nach dem kanadischen Premierminister war der neugewählte Präsident Mexikos, Lopez Portillo, an der Reihe, bei Carter vorzusprechen. Mexiko, von den US-Imperialisten schon Mitte des vorigen Jahrhunderts in einer Reihe von Eroberungskriegen eines großen Teils seines Landes und seiner Bevölkerung beraubt, die dem Staatsverband der USA einverleibt wurden, und seither als „Hinterhof“ bezeichnet und behandelt, hat sich in einer Kette von Rebellionen, unter denen die große demokratische Bauernrevolution von 1911–17 hervorragt, gegen seine Oberherren aufgelehnt, ohne jedoch diesen Kampf siegreich zu Ende führen zu können. Obwohl Mexiko heute ein unabhängiger Staat ist, der sich in vielen Fragen mit anderen Staaten der Dritten Welt zusammen gegen den Imperialismus stellt, befindet es sich in einer drückenderen Abhängigkeit vom US-Imperialismus als je. Zu Beginn dieses Jahres haben die US-Finanzbourgeois und ihre westeuropäischen (und kanadischen!) Spießgesellen in einer Kette von Umschuldungsverhandlungen zur Tilgung einer 20-Milliarden-Dollar-Staatsschuld der mexikanischen Regierung weitere „Erleichterungen“ für Kapitalanlagen abzwingen können. Und bei seinem Besuch mußte Portillo Carter die Zusicherung geben, daß die neuentdeckten großen Ölvorkommen Mexikos beschleunigt abgebaut, US-Firmen indirekt daran beteiligt und insgesamt das Öl an die Finanzbourgeoisie der USA als Sicherheit für weitere Kredite verpfändet wird.

Seither schwärmen die US-Zeitungen unisono vom „Weg zurück zum Vertrauen“. „Mexikaner waren niemals in der Lage, eine wirkliche nationale Identität zu entwickeln“ „ ‚Gott ist fern, und die USA sind nah‘, sagt ein altes mexikanisches Sprichtwort.“ „Einige Soziologen sind zu der Auffassung gelangt, daß die Mexikaner an einem nationalen Minderwertigkeitskomplex leiden.“ So läßt sich das US-Nachrichtenmagazin Time nach dem Besuch Portillos aus.

Wahr ist, daß die momentane Festigung der Hegemonie über Mexiko wie über Kanada dem US-Imperialismus unter Carter noch einmal relativ günstige Bedingungen verschafft, um sich von neuem in den Kampf um die Vorherrschaft in der Welt zu werfen.

Aber wahr ist auch, daß gerade dadurch die proletarische Revolution in den USA, die mit dem Kampf der mexikanischen und kanadischen Arbeiter und Bauern eng verbunden ist, um so rascher heranreift. Antiguerilla-Spezialisten der US-Armee sind heute in Mexiko unter dem Tarnnamen „Operation Condor“, die angeblich der Bekämpfung des Mohnanbaus und Drogenhandels dienen soll, im täglichen Einsatz gegen die aufständischen Campesinos der Sierra Madre und angrenzenden Provinzen, um die sich von neuem entwickelnde mexikanische Bauernrevolution im Keim zu erstikken. – (Z-Red.)

Katastrophe einkalkuliert

Die Ölkatastrophe im Nordsee-Ölfeld Ekofisk hat mit aller Schärfe die Unfähigkeit der Imperialisten aufgedeckt, die Produktion zu beherrschen. „Überraschend“ kam die Katastrophe, bei der bis zum Sonntag 30 000 Tonnen Rohöl ins Meer geströmt sind, die die norwegischen Fischbestände und damit die Existenz von Tausenden von Fischern aufs äußerste bedrohen, überraschend kam sie nicht. Eine englische Untersuchung hat bereits im September 1976 eine Wahrscheinlichkeit von 50 zu 50 vorhergesagt, „daß bis 1981 auf mehr als einer Plattform oder Bohrinsel in der Nordsee ein ‚blow-out‘ auftreten wird“. (Handelsblatt 26.4.)

Die Imperialisten berufen sich auf „technische Schwierigkeiten“: „Wer ein Rohr in eine Erdhöhle treibt, in der sich Erdgas und Öl unter hohem Druck befinden, kann sich gegen das Versagen des entscheidenden Ventils (...) kaum schützen“, und widerlegen sich sogleich selbst: „Es sei denn, er baut um die ganzen Armaturen herum einen starken druckfesten Behälter“. Kosten für Sicherheitsvorkehrungen drücken den Profit, und der Profit ist den Imperialisten heilig. Sie ziehen die mögliche Katastrophe in ihr Kalkül: „Auch die Erdöl-Industrie kann logischerweise ohne ein ‚Restrisiko‘ nicht funktionieren. Jede wirtschaftliche Aktivität hat ihren Preis.“ (Frankfurter Rundschau, 26.4.)

Die Ausbeutung des Nordseeöls verspricht den Imperialisten trotz gegenteiliger Beteuerungen hohe Profite. Die westdeutschen Großbanken, die sich lange Jahre abwartend verhalten haben, haben erst kürzlich die Rechnung aufgestellt: „Werden technische Förderkosten und Staatsabgaben (Steuern an Großbritannien und Norwegen) addiert, dann belaufen sich die ... Kosten, die die Ölindustrie für Konzessionsöl aufwenden muß, in der Nordsee auf etwa 10 bis 11 Dollar je Barrel, im Nahen Osten auf 11 bis 11,30 Dollar und in Westafrika auf 12,50 Dollar je Barrel. Betrachtet man das Nordseeöl unter Rentabilitätsgesichtspunkten ..., erweisen sich die reichen Ölfelder wie Ekofist, Forties oder Piper mit durchschnittlichen Förderkosten von zwei bis drei Dollar je Barrel als durchaus wirtschaftlich.“ Die Aussichten auf fette Beute sind um so verlockender, als nach Schätzungen in der Nordsee, vornehmlich auf norwegischem und englischem Gebiet, 3 Milliarden Tonnen Erdöl, vier Fünftel der westeuropäischen Ölreserven, 3 Prozent der Weltvorräte lagern sowie

Fünftel der westeuropäischen Ölreserven, 3 Prozent der Weltvorräte lagern sowie

2 550 Milliarden Kubikmeter Erdgas, die Hälfte der westeuropäischen Vorkommen und 4 Prozent der Weltgasreserven. Inzwischen wird sogar vermutet, daß in der Nordsee doppelt soviel Erdöl und Erdgas lagern wie bisher angenommen. Ca. 300 Firmen, US-amerikanische, englische, westdeutsche und andere, liefern sich einen erbitterten Kampf um die Ausbeutung des Nordseeerdöls und -erdgases, bei dem mancher Kapitalist bereits auf der Strecke geblieben ist. In wenigen Jahren wurden an die 1 000 Probebohrungen durchgeführt, in Windeseile zahlreiche Plattformen in der Nordsee installiert – ungefähr 150 Taucher verloren bei diesen Arbeiten ihr Leben –, von denen aus die Förderung aufgenommen und ständig ausgeweitet wird. Die Arbeiter werden für 14 Tage auf den Bohrinseln kaserniert, in 12-Stunden-Schichten ihre Arbeitskraft verbraucht. Die einfachsten Sicherheitsroutinemaßnahmen werden nicht durchgeführt: vor einem Jahr kam es auf einer Plattform zu einem größeren Unfall, bei dem 3 Arbeiter starben, weil ein Rohr total durchgerostet und nicht ausgewechselt worden war.

Zum Unglück auf der Bohrinsel Bravo war es gekommen, weil ein Sicherheitsventil nicht richtig eingesetzt war – der US-Konzern Phillips wird sicher einen Arbeiter auftun, dem er „menschliches Versagen“ nachweisen kann. Den Pfusch, der die Katastrophe hervorgerufen hat, haben die Imperialisten veranstaltet. Die Katastrophe *bezahlen* soll Norwegen, während die US-Imperialisten herumtönen, sie hätten die richtigen Männer und ihresgleichen sei zur Rettung nötig, womit sie erpresserischen Druck auf die norwegische Regierung ausüben wollen. Mit einigen Tagen Verspätung – wegen der Wirkung – schicken sie dann ihren „fliegenden Feuerwehrmann“, Superstar „Red“ Adair – der ohne die Geschicklichkeit und den heldenhaften Einsatz der gegen die 60 Meter hohe Ölfontäne kämpfenden Arbeiter rein gar nichts zustandegebracht hätte.

Die Produktion wird bald wieder aufgenommen, der Profit wird wieder sprudeln – und das Öl im Meer? Es gehört nicht viel dazu, zu behaupten, daß es dort bleiben und die Nordsee weiter verpesten wird. Jedes Jahr fließen 3,7 Millionen Tonnen Erdöl in die Meere, rechnen die Imperialisten – das sei „normale Meeresverschmutzung“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung). Was sind da schon 30 000 Tonnen Erdöl in der Nordsee, die für dieses Jahr weitgehend vernichtete Fischbrut, zerstörte Fischereiexistenzen, wenn sie die Bilanz der Ölmonopole verschönern.

Pakistan / Äthiopien: Spaltungsversuche der Imperialisten und Kampf dagegen

In Äthiopien „herrscht der Terror" und in Pakistan „das Chaos und Wahlbetrug". Das ist der Tenor der westdeutschen bürgerlichen Presse über Äthiopien seit längerem und seit Pakistan seit kurzem. So hätten es die Imperialisten gern, um im Namen der Menschlichkeit und der Demokratie intervenieren zu können. Pakistan in Südasien und Äthiopien in Ostafrika am Roten Meer sind zwei Knotenpunkte imperialistischer Rivalität.

In Äthiopien hatten die USA-Imperialisten lange Zeit Stützpunkte und Stützpunktrechte. Jetzt will der äthiopische Revolutionsrat die US-Imperialisten aus dem Land hinauswerfen. Äthiopien liegt zusammen mit Somalia und Djibouti direkt am Verbindungsweg zwischen dem Roten Meer und dem Indischen Ozean. Im Juni wird Djibouti unabhängig, die Niederlage der französischen Kolonialmacht besiegelt. Dann haben die westlichen imperialistischen Mächte keinen direkten Stützpunkt mehr in dieser Region; gleichzeitig umwirbt die sozialimperialistische Macht heftig Somalia und hat sie Castro nach Äthiopien geschickt.

Die Länder des südasiatischen Subkontinents versperren der sozialimperialistischen Macht den direkten Seezugang zum Indischen Ozean. Deshalb hat sie 1972 mit Indien einen „Freundschaftsvertrag" geschlossen, die Abtrennung Ostpakistans und dessen Unterwerfung unter Indien angestiftet und unterstützt. Die US-Imperialisten haben auf Pakistan gesetzt und wollten es sich über Erpressung mit „Wirtschafts- und Militärhilfe" gefügig machen.

Die Steigerung der imperialistischen Propaganda gegen beide Länder in den letzten Monaten ist verständlich, denn die Völker dieser Länder erheben sich gegen den Imperialismus, und die Regierungen dieser Länder ergreifen Maßnahmen, die die reaktionären Klassen im Innern und die Positionen des Imperialismus bekämpfen. Sie machen eine Außenpolitik, die dem Zusammenschluß der Dritten Welt dient und die Spaltungsmöglichkeiten der Imperialisten verringert.

Die westdeutsche Presse, in der Kunst des Wahlbetrugs erfahren, erregt sich über „Wahlfälschungen" und „Umstimmigkeiten", die bei den Wahlen zur Nationalversammlung Pakistans vorgekommen sein sollen. *Bei diesen Wahlen hatte die Partei des Ministerpräsidenten Bhutto eine Zweidrittelmehrheit gewonnen.* Entsprechend äußert sie Verständnis für das unterlegene Oppositionsbündnis PNA (Nationale Volksallianz), dessen erklärtes Ziel der Sturz des Premierministers Bhutto ist.

Premierminister Bhutto hat am Freitag, dem 29. April, vor der pakistanischen Nationalversammlung erklärt: Hinter der ganzen Kampagne stehen die USA-Imperialisten, „Blutsauger", die die PNA mit großem Aufwand finanzieren. Die Großmacht USA wolle ihn wegen seines Eintretens für den Zusammenschluß der Dritten Welt gegen den Imperialismus und wegen der Unterstützung Pakistans für den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes zur Vernichtung des Zionistenstaates beseitigen. Außerdem hält Pakistan trotz allen Drucks durch die US-Imperialisten an seinem Vertrag mit Frankreich über die Lieferung einer Wiederaufbereitungsanlage fest. Das US-Außenministerium hat rasch wie ein ertappter Dieb erklärt, Premierminister Bhuttos „Anschuldigungen seien grundlos".

Pakistan hat in den letzten Jahren Schritt für Schritt die Aussöhnung mit Bangla Desh, dem ehemaligen Ostpakistan, betrieben; mit der Volksrepublik China die Beziehungen gefestigt und auch gegenüber Indien, das in Südasien Großmachtinteressen verficht, auf Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen verfochten – alles Maßnahmen, die die Spaltungsmöglichkeiten der Supermächte verringern. Auch hat die Regierung Bhutto Schritt für Schritt den Einfluß und die Bastionen des US-Imperialismus im Land verringert, den Aufbau einer nationalen Wirtschaft gefördert und verstärkt Wirtschaftsbeziehungen mit EG-Ländern hergestellt.

Die Agitation vornehmlich der Presse der US- und BRD-Imperialisten setzte Mitte März schlagartig ein. Diese Imperialisten sahen nach der Wahlniederlage Indira Gandhis, auf die die Sozialimperialisten gesetzt hatten, ihre Chance gekommen. Schlagartig ist richtig, denn noch Anfang März hatte zum Beispiel die „Neue Zürcher Zeitung" geschrieben, daß „der Augenschein den Eindruck einer höchst korrekten Administration vermittelte". Das Oppositionsbündnis hatte vorsorglich einen triumphalen Wahlsieg angekündigt und erklärt, wenn der nicht eintrete, dann müsse das am Wahlbetrug liegen, und sich Waffen besorgt.

Das Oppositionsbündnis PNA ist aus reaktionärem Großgrundbesitz, Großbourgeois, Generälen, die es der Regierung Bhutto nicht verzeihen, daß sie den Bürgerkrieg mit Ostpakistan beendet hat, sowie der National Awami Party, die eine weitere Abspaltung einer Provinz von Pakistan betreibt, zusammengesetzt. Das Programm der Opposition propagiert die „Freiheit des Kapitals" gegen die Nationalisierungsmaßnahmen der Regierung Bhutto, unter dem Mantel und mit Hilfe des Islam wird die Fortsetzung der Unterdrückung der Frau propagiert, die erneut den Schleier tragen soll, wie auch wieder Geschlechtertrennung an den Schulen herrschen soll. Dies Oppositionsbündnis will Bhutto und dessen Partei aus dem Weg haben, um auf die Errungenschaften der Arbeiter und Bauern losgehen zu können. In Belutschistan, einer der Provinzen Pakistans, hat die Regierung Bhutto April 1976 die feudalen Grundherren enteignet und eine Agrarreform eingeleitet. Die Bauern werden in der Viehzucht und der Bekämpfung von Viehseuchen unterstützt ebenso wie in der Verbesserung des Getreideanbaus. Schritt für Schritt wurde eine Industrie aufgebaut, ein Schul- und Gesundheitswesen, und erstmals wurden in der bis dahin unwegsamen Provinz die Verkehrswege ausgebaut.

Kein Wunder, daß die USA-Imperialisten den jetzigen Augenblick nutzen wollen, um die Reaktion zu unterstützen und in Südasien Unordnung zu stiften. Sie wollen die Schwächung der sozialimperialistischen Supermacht ausnutzen und ihren Einfluß zurückerobern.

Der andere Knotenpunkt der Rivalität der Supermächte ist das Rote Meer und die Staaten am Roten Meer. In kürzester Zeit haben *alle* Imperialisten Niederlagen hinnehmen müssen. Äthiopien befreit sich vom US-Imperialismus und will dessen Personal hinauswerfen. Djibouti wird unabhängig. Im März haben sich die Anrainerstaaten zum Roten Meer – Sudan, Somalia, Volksdemokratische Republik Jemen und Arabische Republik Jemen – auf einer Konferenz getroffen und ihre feste Absicht erklärt, das Rote Meer und den anliegenden Teil des Indischen Ozeans zum Meer des Friedens zu machen. Zwischen der Volksdemokratischen Republik Jemen und Äthiopien gibt es bereits freundschaftliche Beziehungen; zwischen den anderen Staaten und Äthiopien verschiedene Widersprüche. Aber entgegen den Hoffnungen der Imperialisten haben die vier Regierungen auf der Konferenz erklärt, daß sie anstreben, daß beim nächsten Treff Äthiopien ebenfalls vertreten sein soll.

Aus den Schlagzeilen der bürgerlichen Presse über Äthiopien spricht der unverhüllte Klassenhaß. Wie wenig Rebellionen in Afrika zuvor hat die Bewegung der Arbeiter, Bauern und Soldaten mit dem Sturz Haile Selassis zugleich radikal mit dem Feudalsystem aufgeräumt. Alle Opportunisten Westdeutschlands haben mehr oder minder offen mit der „Revolution der Nelken" in Portugal sympathisiert, die den Großgrundbesitz nicht zerschlagen hat; gleichzeitig Gift gegen den äthiopischen Revolutionsrat verspritzt. In Äthiopien war der wichtigste Schritt nach dem Sturz Haile Selassis die vollständige *Nationalisierung* des Grund und Bodens, die Verteilung des Landes an die Bauern und Regierungsmaßnahmen zur Unterstützung der Bauern und der landwirtschaftlichen Produktion. Der zweite Schritt war 1976 eine fortgeschrittene Fabrikgesetzgebung: Einführung des Achtstundentages und der 48-Stunden-Woche; Gleichstellung von Mann und Frau in der Produktion; 45 Tage bezahlter Schwangerschaftsurlaub; Abschaffung der Regelung, daß die Arbeiter, um überhaupt einen Arbeitsplatz zu erhalten, z.B. eine Garantiesumme beim Kapitalisten hinterlegen müssen; erstmalig Koalitionsrecht für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst. Im April dieses Jahres hat der äthiopische Revolutionsrat die Schrift des Vorsitzenden Mao Tsetung „Über die zehn großen Beziehungen" auf amharisch veröffentlicht.

Dennoch ist die Lage in Äthiopien angespannt, denn das eritreische Volk kämpft für die Lostrennung Eritreas von Äthiopien, der äthiopische Revolutionsrat hingegen tritt für Selbstverwaltung Eritreas innerhalb Äthiopiens ein; aber auch hier ist entscheidend, daß durch die Einmischung der Imperialisten, die mal diese, mal jene Seite unterstützen, die Lage kompliziert gemacht wird, um zu verhindern, daß die Völker diese Widersprüche unter sich lösen.

Die Imperialisten, denen der revolutionäre Kampf der Völker und die wachsende Einheit der Dritten Welt an den Lebensnerv geht, wollen und müssen zumindest die Spaltung erreichen und Unordnung stiften. Dies machen sie gegenwärtig in beiden Regionen. Wir unterstützen die Kämpfe der Völker gegen Imperialismus und Reaktion und jeden Schritt der Regierungen dieser Staaten, der die Einmischung der imperialistischen Mächte bekämpft und deren Spaltungsmöglichkeiten verringert. – (Z-Red.)

Niederlage des Sozialimperialismus in Zaire

Seit Monaten verbreiten die Sozialimperialisten Verleumdungen gegen Zaire. In Kinshasa würde ein Plan „Kobra 1977" für die Invasion Angolas ausgeheckt, „Weihnachtsfest in Angola" sei sein Ziel. Wie die jüngsten Ereignisse zeigen, diente das nichts anderem, als der propagandistischen Vorbereitung der Invasion Zaires durch die Sozialimperialisten. Nachdem sie sich in Angola mit über 10 000 kubanischen Besatzungstruppen einen Brückenkopf geschaffen hatten, wollten sie die Afrikareise des sowjetischen Staatspräsidenten Podgorny und seines Söldnerführers Fidel Castro, wo sie sich als Befreier Angolas feiern lassen wollten, nutzen, um ein Haus weiter zu ziehen. Die Katanga-Söldner, übriggebliebene Truppen der alten Kolonialisten, sollten die Abspaltung der wirtschaftlich wichtigsten Provinz Zaires, dem Bergbau- und Kupferzentrum Shaba (ehemals Katanga), herbeiführen.

Hartnäckig leugnen sie die Verantwortung für den Überfall auf Zaire. Je mehr sie ihre Unschuld jedoch beteuern, um so offensichtlicher wird ihr imperialistisches Wesen. Schon in den ersten Tagen entlarvt sich ihre Einmischung an ihrer Hoffnung auf den Sturz der Regierung Zaires. Am 17.3. warnte die angolanische Regierung vor „einem neuen Vietnam" in Afrika. Auf die Ausweisung kubanischer Diplomaten, getarnter Agenten, reagierte Castro mit der frechen Beschimpfung, die „Vorwürfe" Zaires seien aus der Luft gegriffen, sie „zeigen die Doppelzüngigkeit eines zerfallenden Regimes, dem es an der elementarsten Ernsthaftigkeit" mangele (Süddeutsche Zeitung, 6.4.77).

Bereits am 1. April hatte die Sowjetunion ohne Kommentar den Vertrag zur Aufnahme des Luftverkehrs zwischen der Sowjetunion und Zaire gebrochen. „Die einzige ausländische Beteiligung bei diesen Auseinandersetzungen erfolge von seiten der ‚Imperialisten' (gemeint die anderen, westlichen Imperialisten), die um ihre Investitionen in diesem Staat fürchteten." (...) „Der Grund für die Vorgänge in Zaire" sei „in erster Linie in der ernsten wirtschaftlichen Lage und dem niedrigen Lebensstandard der Bevölkerung zu suchen" (Süddeutsche Zeitung, 9.4.77), spielt sich die sowjetische Nachrichtenagentur TASS zum Richter über andere Völker auf.

Ihre Rechnung, innere Widersprüche des Volkes von Zaire ausnutzen und durch die Söldnerinvasion die Südprovinz Shaba abspalten zu können, ist jedoch nicht aufgegangen. Im Kampf gegen die imperialistische Aggression festigen die verschiedenen Völker und Stämme ihre nationale Einheit. So haben „pygmäische Ellbogenschützen" entscheidend beigetragen zur Befreiung Mutshatashas, der ersten größeren Stadt, die die Invasoren besetzt hatten. Das Jägervolk der Pygmäen, das die Imperialisten stets als eines der rückständigsten hinzustellen versucht und das im Süden Zaires siedelt, zeigte sich den mit modernen sowjetischen Waffen ausgerüsteten und von kubanischen und Kriegsspezialisten aus der DDR ausgebildeten Söldnern im gerechten Widerstandskrieg des Volkes von Zaire überlegen.

Ganz Afrika gegen die Invasion

Bei ihrer Invasion in Angola war es den Sozialimperialisten noch gelungen, sich als Befreier hinzustellen und darüber die afrikanischen Staaten zu spalten. Bei ihrer Invasion in Zaire sind sie vollständig isoliert. Nur die Regierung des von ihnen besetzten Angola unterstützt die Invasion. Immer mehr afrikanische und andere Völker unterstützen direkt den gerechten Kampf des Volkes von Zaire für die nationale Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit.

Seewoosagur Ramgoolam, der amtierende Vorsitzende der OAU und Ministerpräsident von Mauritius, versicherte Zaire die uneingeschränkte Unterstützung der OAU und seiner Regierung. In seiner Botschaft heißt es:

„Die jüngste Verletzung der territorialen Integrität von Zaire, einem Bruderland und Mitglied der OAU, muß nicht nur die Empörung der OAU-Mitgliedstaaten, sondern aller fried- und freiheitsliebenden Völker wecken. Diese Aggression gegen die Sicherheit eines Staates ist ein unverantwortlicher Akt und droht, für die Sicherheit in dieser Region Afrikas sehr ernsthafte Folgen zu haben. Die OAU, in deren Charta die Prinzipien der territorialen Integrität und der nationalen Souveränität aller ihrer Mitglieder verankert sind, wendet sich entschieden gegen diese Invasion, die sie rückhaltlos verurteilt. Seien Sie, Herr Präsident und lieber Bruder, versichert, daß das Volk und die Regierung von Zaire die volle Unterstützung und Solidarität der OAU und meiner Regierung in dieser Stunde der Prüfung für ihr Land und Afrika genießen."

Die Staatsoberhäupter von Ägypten, Äthiopien, Ghana, Kongo, Liberia, Mauretanien, Marokko, Ruanda, Sudan, Tschad, Tunesien, Uganda, des Zentralafrikanischen Kaiserreiches verurteilten die Söldnerinvasion und leisteten Unterstützung in Form von Medikamenten, Lebensmitteln, Waffen bis hin zu Truppen wie Marokko, der Sudan und Uganda.

Angesichts der gefestigten Entschlossenheit der afrikanischen Staaten, eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten nicht zu dulden, versucht die Sowjetunion, die vorher Invasionen angezettelt hat, sich jetzt als Schutzpatron der nationalen Souveränität hinzustellen.

„Die Sowjetunion wies in einer über Tass verbreiteten Erklärung den Vorwurf der Komplizenschaft mit den Rebellen erneut als absurd zurück", heißt das in der bürgerlichen Presse. Und: „Die Sowjetunion betrachte jede fremde Einmischung in diesen Konflikt für unzulässig."

Der Schutzpatron der nationalen Unabhängigkeit der Staaten Afrikas, Breschnew, bei seinem kürzlichen Syrien-Besuch: „. . . jedes Land, das sich in die inneren Angelegenheiten des afrikanischen Staates einmische, müsse die daraus resultierenden Konsequenzen bedenken". Das ist die nackte Sprache der Intervention, der Einmischung in Zaire und der Einmischung in die Angelegenheiten weiterer Staaten bei dieser Gelegenheit.

Auch die übrigen Imperialisten setzen auf Spaltung

Auch die anderen imperialistischen Mächte hofften auf die Schwächung der Einheit des Volkes von Zaire und versuchen, ihren Einfluß auszudehnen. Ein starker Zentralstaat stört sie, weil Mobutu versucht, eine nationale Politik zu betreiben. „Präsident Mobutu . . . hat in den vergangenen Jahren eine Ost-West-Schaukelpolitik betrieben und dabei westliche Geschäftsleute mehr als einmal vor den Kopf gestoßen" (Süddeutsche Zeitung, 12.4.77). Sie nutzten die Gelegenheit, um die Rückgabe der nationalisierten Erdölgesellschaften an die „Ölgesellschaften Petrofina, Mobiloil, Texaco und Shell" zu erzwingen. (Handelsblatt 27.4.77) Unterstützt durch den BRD- und US-Imperialismus versucht Frankreich über Berater mit Truppen ins Land zu kommen. Die belgischen Agenten der westlichen Monopolkapitalisten in Shaba, die die Rohstoffe Zaires plündern, propagieren deutlich die Zersplitterung: „Mit einer Beendigung der Guerilla-Tätigkeit kann erst mit der Schaffung eines föderativen Systems gerechnet werden." Dieses Interesse steckt hinter der angeblichen „Zurückhaltung" der US-Imperialisten. „. . . die USA treten mit Nachdruck für die territoriale Unversehrtheit der afrikanischen Staaten ein." Andererseits aber hätten viele dieser Länder „künstliche Grenzen", meinte (der US-Botschafter bei der UNO) Young.

Das Spaltungsmanöver der Sozialimperialisten in Zaire nutzt in Zimbabwe dem US-Imperialismus und dem britische Imperialismus, um dort ein Stück weiterzukommen bei der Organisierung der Unterdrückung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe. Der britische Außenminister Owen erklärte, daß nunmehr Großbritannien sich direkt an einer Übergangsregierung beteiligen wolle. Auch von einer Friedenstruppe zu ihrer Sicherung ist plötzlich die Rede, und wozu die britischen Imperialisten Soldaten ins Land bringen wollen. Außerdem werde der US-Imperialismus jetzt für das ganze Manöver die Patenschaft übernehmen. „Washington (werde) sich viel intensiver und direkter in den Verlauf der Konferenz einschalten . . .", erklärte Owen. Die USA-Imperialisten hätten „ein absolutes Recht", sich in Afrika einzumischen.

Die Vorsitzenden der Patriotischen Front, die den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe führt, erklärten demgegenüber, daß das Volk von Zimbabwe und hinter ihm die afrikanischen Völker und Staaten sich gegen die Einmischung auch in Zimbabwe zusammenschließen und sie zurückweisen werden. Sie lehnten eine Beteiligung der USA an Verhandlungen über die Unabhängigkeit Zimbabwes kategorisch ab. „Die Unabhängigkeit Zimbabwes muß zwischen den Bewohnern 'Zimbabwes' und der britischen Regierung – den Kolonialherren – ausgearbeitet werden." „Wir werden Großmächten nicht erlauben, sich in unsere Angelegenheiten einzumischen." – (Z-Red.)


In Soweto und anderen Townships bei Johannesburg demonstrierten am Wochenende die azanischen Bewohner gegen den Versuch des Kolonialregimes, die Ausplünderung durch die Erhöhung der Mieten für die Elendsquartiere weiter zu verschärfen und die Afrikaner zum Abzug in die Reservate zu zwingen. Unter der Drohung der Kampfentschlossenheit der afrikanischen Massen wurden in Soweto die Mieterhöhungen zurückgenommen. Bild: ein Demonstrationszug im August 1976.

Die Existenz einer industriellen Reservearmee ist das Produkt der Akkumulation des Kapitals

„Recht auf Arbeit", das ist im Kapitalismus bloß eine verlogene Phrase

„Immer ungleicher wird die Verteilung des Arbeitsprodukts zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer neue Kräfte werden mit der Ausweitung der industriellen Produktion und der Vereinfachung der Arbeitsfunktionen in die Fabrik gepreßt: Frauen, Kinder und ausländische Arbeiter aus ökonomisch rückständigen Ländern und Regionen. Gleichzeitig führt die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit zu einer relativen Verringerung des Bedarfs der Kapitalisten an Arbeitskraft. Die Nachfrage an Arbeitskraft bleibt deshalb immer wieder hinter dem Angebot an Arbeitskraft zurück. Es entsteht eine industrielle Reservearmee, und infolgedessen steigt die Abhängigkeit der Lohnarbeit vom Kapital, der Grad ihrer Ausbeutung und die Unsicherheit der Existenz des Proletariers.

Noch mehr verschärfen diesen Prozeß die Krisen, die der Kapitalismus unvermeidlich hervortreibt. Die allgemeine Unsicherheit wird zum Normalzustand der Gesellschaft. Nicht die Ausbeutung, sondern die Tatsache, keinen Ausbeuter zu finden, erscheint dann als das größte Unheil, das einem Arbeiter widerfahren kann."

So faßt das Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) das „allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation" zusammen, wie es Karl Marx im ersten Band von „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie" entwickelt hat. Die Akkumulation des Kapitals, die Aufhäufung des gesellschaftlichen, von der Arbeiterklasse produzierten Reichtums in den Händen der Kapitalisten, geht Hand in Hand mit der Unterwerfung eines wachsenden Teils der Bevölkerung unter das Joch der kapitalistischen Ausbeutung. Gleichzeitig stößt sie laufend einen Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen, die der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen sind, aus dem kapitalistischen Produktionsprozeß heraus und wirft sie auf die Straße. Die Umwandlung der Masse der Bevölkerung in besitzlose Lohnabhängige durch die Entwicklung des Kapitalismus wie das Entstehen einer industriellen Reservearmee sind nur zwei Seiten eines Prozesses, des Akkumulationsprozesses des Kapitals. Das Ergebnis dieses Prozesses bis zum Jahre 1975: In der Hand der Kapitalisten und des bürgerlichen Staates befinden sich ungeheure Produktionsmittel, über 80 % der Bevölkerung sind lohnabhängig und über eine Million davon sind direkt arbeitslos. Mit den anerkannten Arbeitslosen ist die tatsächliche industrielle Reservearmee jedoch nur zu einem Bruchteil erfaßt.



Vetter auf der Maikundgebung in Köln kam nicht durch

Die Produktionsmittel der Gesellschaft befinden sich mit Ausnahme der Produktionsmittel der kleinen Bauern und Handwerker sämtlich in der Hand der Kapitalistenklasse und stammen aus der Ausbeutung des Proletariats. Ihrem Wert nach haben sie 1974 2926 Milliarden ausgemacht. Dies Kapital akkumuliert in der Hand der Kapitalisten und ihres Staates nur, weil das Proletariat ausgebeutet wird, und es akkumuliert um so rascher, je mehr das Proletariat ausgebeutet wird. Ist zuviel Kapital akkumuliert, dann kommt die Akkumulation des Kapitals ins Stokken und die industrielle Reservearmee wird durch Arbeiterinnen und Arbeiter, die auf die Straße geworfen werden und keine neue Arbeit finden, aufgebläht. Die industrielle Reservearmee geht aus dem Ausbeutungscharakter der Produktionsverhältnisse hervor. Es ist, wie es im Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) heißt:

„Die Ausbeutung der Proletarier durch die Kapitalisten ist in dieser Gesellschaft Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt: des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit."

Nimmt die Arbeitslosigkeit Massenumfang an, dann erscheint es so, als entspringe das gesellschaftliche Elend

	Bruttoanlageinvestitionen*	Bruttoanlagevermögen*	Arbeitslose
1959	14575,3	171856	539942
1960	18025	185644	270678
1961	20128	201786	180855
1962	20722	218394	154523
1963	19300	233676	185646
1964	20442	248780	169040
1965	22734	264310	147352
1966	22306	280164	161059
1967	19953	293962	459489
1968	20988	306150	323480
1969	27778	320927	178579
1970	31762	339487	148846
1971	30027	356618	185072
1972	30051	374572	246433
1973	27962	389895	273498
1974	24326	403024	582481
1975	.	.	1074217
1976	.	.	1060336

* in Preisen von 1960, Industrie, in Millionen DM (Quelle: Krengel u.a., Produktionsvolumen, Berlin, 11. Folge und 17. Folge 1975)

(siehe Schaubild)

nicht der Lohnarbeit und der Ausbeutung, sondern aus der Arbeitslosigkeit, die wie ein blindes Schicksal zuschlägt.

„Nicht die Ausbeutung, sondern die Tatsache, keinen Ausbeuter zu finden, erscheint dann als das größte Unheil, das einem Arbeiter widerfahren kann."

An diesem Schein, als wäre die Arbeitslosigkeit und nicht die Lohnarbeit, aus der die Arbeitslosigkeit entspringt, das größte Unheil, knüpft die Sozialdemokratie mit ihrer Agitation für das „Recht auf Arbeit" an. An diesem 1. Mai hat der DGB diese Forderung ins Zentrum gestellt. Sie ist hervorragend geeignet, die Arbeiterbewegung in die Irre zu führen. Bei dem Kampf für diese Forderung kann zudem nichts herauskommen. Deshalb wird sie mit soviel Inbrunst von Leuten wie Vetter vertreten, die gleichzeitig für Lohnkürzungen und Kurzarbeit statt für den 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich und die Beschränkung des Arbeitstages nach der Seite der Überstunden, der Nacht- und Schichtarbeit und der Akkordarbeit hin eintreten.

Recht auf Arbeit kann im Kapitalismus immer nur sein Recht auf Lohnarbeit, das heißt Recht darauf, ausgebeutet zu werden. Dies „Recht" gibt es. Aber die Arbeitslosigkeit entspringt gerade der Lohnarbeit und ergibt sich daraus, daß die Kapitalisten durch Entlassung von Arbeitskräften ihre Kosten bei der Profitproduktion senken wollen.

„Solidarität heißt, daß sich alle Arbeitnehmer für das Recht auf Arbeit einsetzen", hat Vetter auf der zentralen Maikundgebung des DGB in Köln ausgerufen und hat dabei dem Kanzler Schmidt zugezwinkert.

Diese Art „Solidarität" kann in Wirklichkeit nur zur Einführung der Zwangsarbeit führen, wobei sich die Kapitalisten und der bürgerliche Staatsapparat dabei auf den wirtschaftlichen Druck stützen, dem die Arbeitslosen unterliegen, und der ausgehend von der industriellen Reservearmee auf alle Arbeiter übertragen wird. Solidarität der Arbeiter im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung kann bloß bedeuten, den Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung, gegen Entlassungen, für den 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich, einen ausreichenden Tariflohn auf den Normalarbeitstag und ausreichendes Arbeitslosengeld von mindestens 80 % des Lohnes gemeinsam zu führen. Die Arbeiter können sich nicht dafür zusammenschließen, daß alle ausgebeutet werden. Sie können sich nur zusammenschließen im Kampf für die Schranken, die sie der Ausbeutung ziehen, und im Kampf für den Sturz der Ausbeuterordnung.

Regierung und Sozialdemokratie in den Gewerkschaften haben, wenn sie vom Recht auf Arbeit reden und von der Vollbeschäftigung, gerade das Umgekehrte im Auge: Beseitigung der Schranken, die die Arbeiter in ihren Kämpfen der Ausbeutung und damit der Konkurrenz untereinander gezogen haben. So führt die Regierung sogenannte „Mobilitätszulagen" ein und die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften unterstützt das und fordert ihre Erhöhung. Damit tragen sie überhaupt erst dazu bei, daß die industrielle Reservearmee für die Kapitalisten allseitig und überall zu Lohndruck eingesetzt werden kann, indem sie die Konkurrenz unter den Arbeitern verschärft. Grundlage dafür ist das viel zu niedrige Arbeitslosengeld. Deshalb funktionieren diese Machenschaften, wenn sich die Arbeiter nicht dagegen zusammenschließen, schon durch rein ökonomischen Druck. Durch das Arbeitsamt, das in der Hand der Bourgeoisie ist, kommt aber auch politischer Druck hinzu: Wer „zumutbare Arbeit" nicht annimmt, und durch die Mobilitätszulage wird jede Hin- und Herschieberei zumutbar, bekommt das Arbeitslosengeld gestrichen. Das „Recht auf Arbeit" ist im Kapitalismus nichts als die Rechtfertigung der Zwangsarbeit. Bei den jugendlichen Arbeitslosen wird die Zwangsarbeit bereits offen betrieben, indem die Ju-

„Recht auf Arbeit" ist im Kapitalismus nichts als die Rechtfertigung der Zwangsarbeit. Bei den jugendlichen Arbeitslosen wird die Zwangsarbeit bereits offen betrieben, indem die Ju-

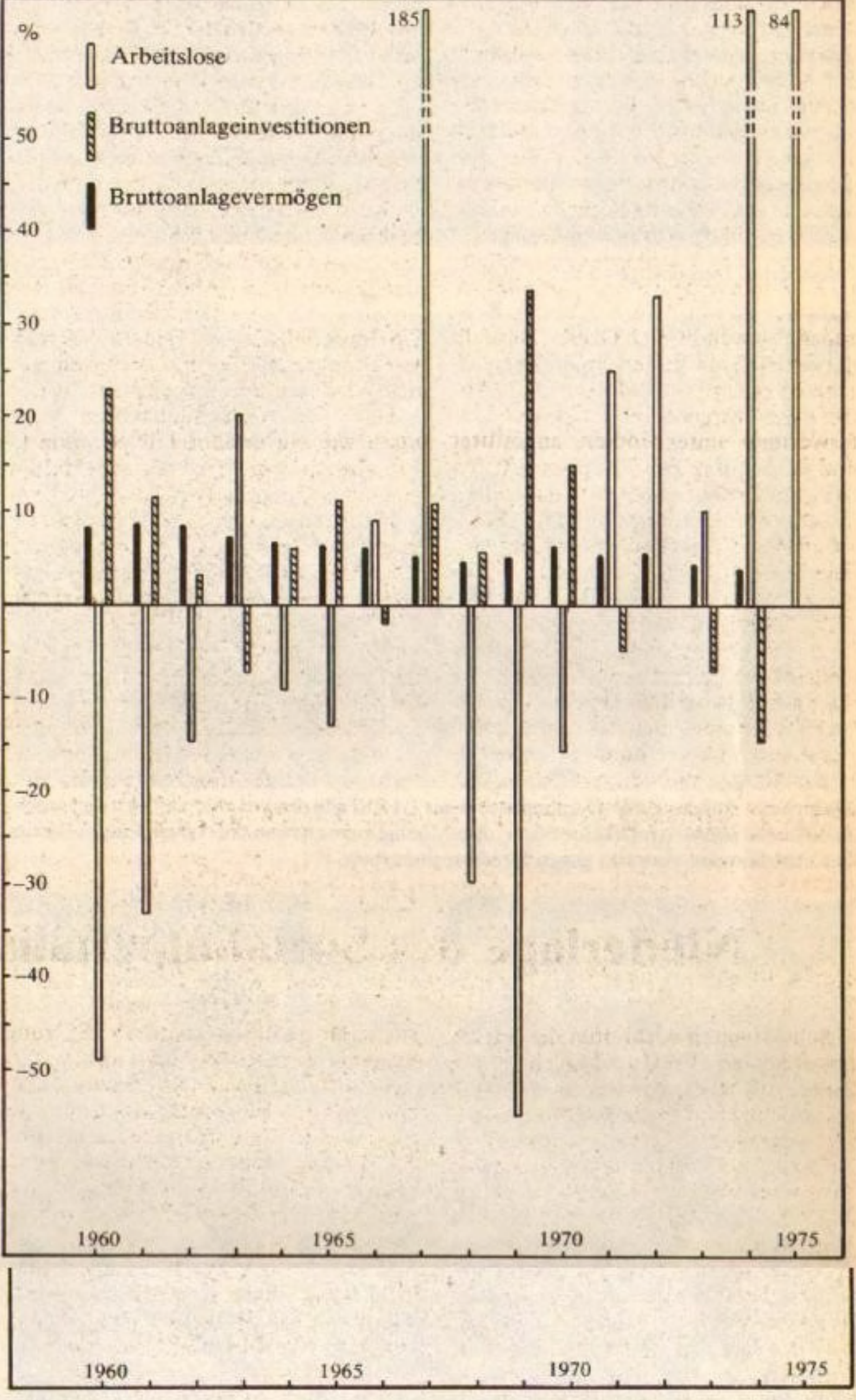
gendlichen für ein paar Hungerpfennige zu allen möglichen Arbeiten gezwungen werden. Die Folge davon ist nicht, wie die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie behaupten, daß der Arbeitsmarkt entlastet wird. Der Druck auf die Arbeitssuchenden verstärkt sich, und die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verschärft sich. Die Jugendlichen hören natürlich nicht auf, nach Arbeit zu suchen, nachdem sie für ein paar Pfennige zwangsverpflichtet worden sind. Um der Zwangsarbeit zu entkommen, werden sie im Gegenteil dazu gezwungen werden können, jede Arbeit zu jedem Lohn anzunehmen. Der Standard der Arbeitsbedingungen wie der Standard des Lohns kann so durch die Kapitalisten mit Hilfe der Konkurrenz, die sich durch ökonomischen und politischen Druck verschärft, insgesamt gedrückt werden. Den Weg der Arbeitsbeschaffung, den die Sozialdemokratie mit der Losung nach Recht auf Arbeit eingeschlagen hat, hat sie auch schon in der Weimarer Republik während der Überproduktionskrise nach 1928 eingeschlagen. Hitler ist diesen Weg bloß konsequent weitergegangen.

Nein, nicht die demagogische Losung nach „Recht auf Arbeit" kann den Druck auf die Arbeitslosen und den Druck der industriellen Reservearmee auf die ganze Arbeiterklasse beschränken, sondern bloß der Kampf für ein ausreichendes Arbeitslosengeld und die Bezahlung der Versicherungskosten durch die Kapitalisten.

Vetter sagte auf der Maikundgebung in Köln:

„Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist unser Hauptproblem."

Das will einleuchten. Es ist aber falsch. Besteht das Problem darin, daß die Arbeitslosen nicht ausgebeutet werden, oder darin, daß sie nicht produzieren können und nichts zum Leben haben, besteht das Problem darin, daß keine Arbeit da ist, oder darin, daß die Arbeit im Kapitalismus Lohnarbeit ist und daß die gesellschaftliche Produktion nicht gemeinschaftlich durch die Produzenten, sondern durch die Kapitalisten privat beherrscht wird? In letzterem besteht das Problem jeweils für die Arbeiterklase, und sie kann es nur durch Klassenkampf und Revolution lösen, in ersterem besteht das Problem jeweils für die Bourgeoisie, und sie will es durch Lohndruck und Reaktion lösen. Ideologisch steht die Sozialdemokratie dabei von vornherein vollständig auf der Seite der Bourgeoisie.



1960
1965
1970
1975

Jährliche Steigerungsraten des Bruttoanlagevermögens der Industriekapitalisten, jährliche Veränderungsraten der Arbeitslosigkeit und der Investitionen der Industrie. Während Jahr für Jahr der gesellschaftlich produzierte Reichtum in den Händen der Kapitalisten wächst, ist das Schicksal der Lohnarbeiter ständiger Unsicherheit unterworfen. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist abhängig von den Investitionen der Kapitalisten: Nicht, daß die Arbeitslosigkeit zurückgeht, wenn die Investitionen steigen, wie die Kapitalisten behaupten, wohl aber, daß die Arbeitslosigkeit steigt, wenn die Investitionen zurückgehen, wobei dies gerade durch steigende Investitionen vorbereitet wird, die Überakkumulation von Kapital hervorrufen und so die industrielle Reservearmee anschwellen lassen.

Und wie will der DGB das „Hauptproblem" lösen? Vetter führte dazu auf der Kundgebung in Köln an den Kanzler gewandt aus:

„Man soll sich merken: Die Gewerkschaften können und werden es nicht hinnehmen, daß die Arbeitslosigkeit zur Dauererscheinung wird. Kolleginnen und Kollgen, wir begrüßen das 16-Milliarden-Programm der Bundesregierung. Es hat nach unserer Ansicht nur einen Fehler: Es ist nicht umfangreich genug. Klotzen, nicht kleckern, heißt das Gebot der Stunde."

Der Ausdruck ist bei der Artillerie gebräuchlich. Auf wen hat es Vetter abgesehen? Er könnte gleich ausrufen: „Kapitalisten, wie seid ihr doch dumm, die Lage war noch nie so gut. Der Arbeitsmarkt ist übervoll, und ihr könnt reichlich Arbeiter zu niederen Löhnen bekommen. Die Lage ist gut, um durch die Arbeitslosigkeit ideologisch und politisch zu rechtfertigen, daß euch die Regierung die Milliarden aus den Steuergeldern in den Rachen wirft. Sie dienen euch doch dazu, die Bedingungen für die Profitproduktion mit Kanalbauten, Straßen, Erschließung von Grundstücken usw. durch billige Arbeit, die nicht ihr, sondern die Arbeiterklasse bezahlen muß, verbessern zu lassen. Packen wir's an." Vetter nennt das „vorausschauende Strukturpolitik", die betrieben werden müsse. Aber die Kapitalisten lassen sich Zeit, weil sie wissen, daß die Arbeitslosigkeit die Arbeiterklasse keineswegs demoralisiert hat, und weil sie hoffen, das, was sie wollen, noch zu günstigeren Bedingungen zu bekommen. Diese günstigen Bedingungen sind die Vernichtung der Arbeitslosenversicherung und die direkte Einführung der Zwangsarbeit durch den Staat. So ist es in der Weimarer Republik zum Faschismus gegangen. Diese Bedingungen sind gegen die Arbeiterklasse nicht durchsetzbar und werden nicht durchsetzbar sein, wenn sich die Arbeiterklasse nicht auf den Weg der Sozialdemokratie locken und sich nicht durch die Rufe mit dem „Recht auf Arbeit" locken läßt.

Vetter lockt geschickt. Er führt einen Scheinangriff auf die Kapitalisten und ihre Hetze gegen die Arbeitslosen. Aber er macht das nur, um ideologischen Unsinn in die Welt zu setzen, der die Arbeiter im Kampf gegen die Kapitalisten entwaffnet: Ursache der Arbeitslosigkeit sei, „daß private Gewinnerzielung selbst auf Kosten der Vernichtung von Arbeitsplätzen erlaubt bleibt". Tatsache ist, daß die „private Gewinnerzielung" überhaupt nur durch ständige „Vernichtung von Arbeitsplätzen" möglich ist: Ohne Steigerung der Produktivität der Arbeit durch verschärfte Ausbeutung mit Hilfe von neuer Maschinerie können die Kapitalisten die Produktion von Mehrwert nicht forcieren, und sie müssen sie bei Strafe des Untergangs forcieren. Dazu zwingt die Konkurrenz. Laufend werden im Kapitalismus Arbeitsplätze vernichtet. Laufend werden Arbeiter hin und her geschoben in der Fabrik, zwischen den Kapitalisten, zwischen den verschiedenen Branchen. Sie werden nur wieder eingesogen in die Profitwirtschaft, weil gleichzeitig die Profitproduktion woanders ausgedehnt wird. In der Krise ist es damit Schluß, und zur Ausbeutung als Schicksal der Lohnarbeiter kommt die Arbeitslosigkeit dazu.

Es hat keinen Sinn, das „Recht auf Arbeit" zu fordern. Es kommt darauf an, sich das Recht auf Klassenkampf und Revolution zu nehmen. – (Z-Red.)



Westberlin. Demonstration der IG Chemie und der HBV mit 4 500 Teilnehmern in Zehlendorf



Frankfurt


Darmstadt. Auf der DGB-Demonstration mit 1 450 Teilnehmern unterstützten die Druckarbeiter die dänischen Druckarbeiter. Am Montag zuvor hatten die Arbeiter eines Betriebes acht Stunden gestreikt gegen Streikbrecherarbeit.

bes acht Stunden gestreikt gegen Streikbrecherarbeit.



DGB-Kundgebung in Braunschweig



Hamburg. Medizinstudenten auf der DGB-Demonstration



Heidelberg. Demonstration des KBW

Umbruch

Südwestfunk am Nachmittag des 1. Mai über die zentrale Kundgebung des DGB in Köln, wo Vetter und Schmidt gesprochen haben:

„Nun hat der Kanzler doch immer so eine Art, gern Optimismus zu verbreiten, hat er diesmal keinen Anlaß gefunden, dies vor Gewerkschaftern auch zu tun?

Nein, er gab sich kämpferisch, schon dieses Stichwort ‚Unternehmer und Unterlasser' kann das ein wenig kennzeichnen. Aber es war eine ausgesprochen müde Rede, noch müder als Schmidts Rede in der vergangenen Woche, als hier in Köln der große SPD-Kongreß zum Thema Energie stattfand. Und ähnlich müde war auch die Rede von Vetter. Beide bekannten die Rede von Vetter. Beide bekannten sich übrigens zur Kernkraft, und da gab es also eisiges Schweigen unter den Teilnehmern, im Gegensatz zu einigen Städten im Ruhrgebiet, wo mir gesagt wurde, da sei also das Thema Kernenergie mit Absicht unterlassen worden, weil die Stimmung dadurch allenfalls gegen die Redner hätte aufgeheizt werden können."

Zuvor hatte der Reporter bereits berichtet:

„Die zentrale Großkundgebung fand auf dem größten Platz in der Kölner Innenstadt, auf dem Neumarkt, statt. Dieser Neumarkt war knapp zur Hälfte gefüllt, es mögen also über den Daumen gepeilt 8 000 Leute dagewesen sein, aber von diesen 8 000 Leuten waren vielleicht 1 000 Angehörige des DGB, die also dem offiziellen Aufruf gefolgt waren, der Rest waren DGB-Gegner, der Kommunistische Bund Westdeutschland, der mit Riesenplakaten und Spruchbändern aufgezogen war und sowohl die Rede von Bundeskanzler Schmidt als auch die Rede vom DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter nachhaltig und mit Erfolg störten."

Es ist übertrieben. Wir haben vielleicht 3 500 Teilnehmer an der Kundgebung gezählt. Es handelte sich in der übergroßen Mehrheit insgesamt um Mitglieder der Gewerkschaften. Es fanden keine „Störungen" statt, sondern es gab Auseinandersetzung zwischen der Führung der Sozialdemokratie in Regierung und Gewerkschaften und den Mitgliedern der Gewerkschaft, die sich großteils in den Sprechchören gegen die Politik der Sozialdemokratie zusammenschlossen.

In Köln wie fast überall in der BRD haben an den DGB-Demonstrationen wesentlich weniger Arbeiter und Angestellte teilgenommen als in den letzten Jahren, wo sich die spontane Arbeiterbewegung und demokratische Bewegung in den wachsenden Teilnehmerzahlen an den Maidemonstrationen ausdrückte. Das war dieses Jahr nicht der Fall. Die Arbeiter sehen, es geht so nicht weiter. Sie wollen nicht hinter den Losungen der Sozialdemokratie herziehen, mit denen sie in eine Niederlage nach der anderen geführt werden. Deshalb kamen so wenige und am wenigsten im Ruhrgebiet, wo die Machtposition der Sozialdemokratie und der Revisionisten am stabilsten ist.

Die Arbeiter suchen den Weg, auf dem der Klassenkampf geführt werden kann. Die Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes war trotz der geringeren Teilnehmerzahlen auf den diesjährigen Maidemonstrationen und -kundgebungen gestiegen. Das zeigt: in der spontanen Bewegung Das zeigt: in der spontanen Bewegung herrscht Stockung und Gärung, und die Kommunisten beginnen erst, in dieser Lage den Zusammenschluß der Arbeiter zielstrebig voranzubringen. Ihre Verbindung mit der Arbeiterbewegung ist enger geworden, aber ihre Kraft, die Arbeiterbewegung politisch zu führen, ist noch gering. Der 1. Mai 1977 hat die Situation geklärt. Nur durch den Aufbau der Kommunistischen Partei wird die Arbeiterbewegung den unaufschiebbaren Kampf gegen Reformismus, Revisionismus und Opportunismus für sich entscheiden können.


Frankfurt. Das Soldaten- und Reservistenkomitee ruft auf zur Unterstützung der Forderungen nach Lohnfortzahlung in der Armee und Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Polizisten.